

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pro Nummer:
Wochentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf.
Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Bestellungs-Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserations-Gebühren
betragen für die sechs-spaltige Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Werksammlungen 20 Pf.
„Kleine Inserate“ jedes Wort 5 Pf.
(bei dem ersten Wort 10 Pf.).
Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt 1. Nr. 1508.

Dienstag, den 5. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt 1. Nr. 5121.

Wie richten nochmals an die Landesvorstände, die
Provinzial- und Kreis-Agitationskomitees sowie die Ver-
trauensleute das dringende Ersuchen, die Rücksendung der
Petitionskisten zu beschleunigen.

Dieselben müssen unbedingt bis spätestens den 15. cr. an
die Adresse

Buchdruckerei Max Bading,
Berlin SW. 19, Benthstr. 2

abgeliefert sein.

Berlin, den 4. November 1901.

Der Parteivorstand.

Berliner Wohnungsreaktion.

In der ersten und einzigen Rede, die der verstorbene Bürger-
meister Brinmann im Berliner Rathaus gehalten hat, führte er
aus, daß die Wohnungsfrage nunmehr Einlaß beschand an die
Porten der Rathhäuser klopft. In der That, die Bekämpfung der
auf dem Gebiete des Wohnungswezens vorhandenen Schäden und
Mißstände gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeinde-
verwaltungen und man wird nicht fehlgehen, wenn man von dem
Nah und der Art, in der eine Kommune in der Wohnungsfrage sich
betätigt, Schlüsse zieht auf ihr sociales Empfinden, ihr sociales Ver-
ständnis im allgemeinen.

Bekanntlich ruht bei uns in Preußen der Schwerpunkt jeder
Wohnungsaktion bei den Gemeinden. Am 23. Januar d. J. erklärte
der Staatssekretär v. Posadowsky im Reichstage, daß der Reichs-
kanzler bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer wirksamen Bekämpfung
der sozialen Mißstände auf dem Gebiete des
Wohnungswezens doch die Ansicht hege, daß diese Frage
nur auf dem Gebiete der einzelstaatlichen Gesetzgebung
und Verwaltung erfolgreich gelöst werden könne. Während
man einige Einzelstaaten durch den Erlass von Baugesetzen,
gesetzlicher Einführung von Wohnungsinspektionen usw. wenigstens
einen bescheidenen Anfang nach dieser Richtung machten, schob die
preussische Regierung durch die bekannten Wohnungsbeschlüsse vom
10. März d. J. die Initiative den Gemeinden zu und beschränkte
sich darauf, den Gemeinden einige wohlwollende, nichts kostende
Ratschläge mit auf den Weg zu geben. Von jenem nachvollkommen,
energischen Einschreiten gegen den überall läppig gedeihenden Wohnungs-
wucher, das der verstorbene Minister v. Mikael selber einmal ver-
langt hatte, war nicht nur keine Spur zurückgeblieben, die Regierung
hatte es auch bei der im vorigen Jahre zu stande gekommenen Wahl-
gesetz-Reform abgesehen, den Hauptzweck des Uebels, die den Haus-
besitzern gesetzlich zustehende Majorität in den Stadtverwaltungen,
aufzuheben. Trotzdem man die Erlasse sich auf Anregungen und
Ermahnungen beschränkte, trotzdem in ihnen der Bod selbst zum
Gärtner bestellt ist, hat schon die bloße Möglichkeit eines Eingreifens
der Gemeinden in die bisherige schrankenlose Ausbeutung der
Wohnungsbedürfnisse der Bevölkerung durch das Privatkapital
genügt, das ganze Lager der Haus- und Grundbesitzer gegen diese
Erlasse mobil zu machen. Die vereinigten Hausbesitzer, allen voran
die Berliner, warnten in ihrer Presse wie in ihren Vereinen die
Minister, den Bogen nicht zu überspannen; ihre Geduld wäre bald
zu Ende.

Diese Gut, diese Drohungen wirken um so erweiternder, als
keine Kommune bisher der Privatpekulation mit dem Grund und
Boden freiere Bahn gelassen hat, als gerade Berlin. Wie nach den
Berechnungen des verstorbenen Dr. Voigt den Charlottenburger
Grundbesitzern in dem Jahrzehnt 1887/1897 jede neu hinzugekommene
Person einen durchschnittlichen Wertzuwachs von 2500 M. gebracht
hatte, so ist auch den Berliner Grundbesitzern der ungesündere, in
den letzten Jahrzehnten entstandene Wertzuwachs des Grund und
Bodens rein und ungefähr in die Thaten gestossen. Das schnelle
Wachstum der Bevölkerung, die dadurch bewirkte intensivere Ver-
braung und Ausbeutung der Stadt hat eine Wertsteigerung des
Grund und Bodens hervorgerufen, die nach Hunderten von Millionen
zählt. Nichts aber lag der Berliner Stadtverwaltung
ferner, als durch eine vorausschauende Bodenpolitik wenigstens einen
Teil dieser riesigen Gewinne in den Stadtsäckel abzuleiten. Auf der
einen Seite diese enormen Profite des Privatkapitals, auf der
anderen trasses Geld.

Nach der Wohnungsstatistik vom Jahre 1895 mußten sich 44 Proz.
der Berliner Bevölkerung mit Wohnungen begnügen, die nur ein
Zimmer, heizbar oder unheizbar, aufwiesen; die Besetzungsziffer
für diese Wohnungen war damals schon entsetzlich, sie sind
seit 1895 noch weit schlechter geworden. Der große Zuwachs der
Bevölkerung in den glänzligen Geschäftsjahren bis 1899, die Anlaß
der Privat-Kaufpekulation, sich dem Bau von Arbeiter-Wohn-
häusern zuzuwenden, die wegen der Unständlichkeit der Verwaltung
weniger leicht verläßlich sind, als bessere Häuser, die Umwandlung
der im Centrum der Stadt befindlichen, früheren Wohnstraßen in reine
Geschäftsstraßen und andre Gründe mehr, haben zu einer positiven
Wohnungsnot, dadurch zu einer Höhe der Mietpreise, die für die
ordnende Bevölkerung kaum noch zu ertragen ist, sowie zu Zu-
ständen geführt, die in sanitärer Hinsicht die schwersten Bedenken
erregen. Am 1. Jan. 1901 waren in Berlin nur 2 pro Mille leerstehende
Wohnungen vorhanden, von denen der größere Teil auf die besseren
Wohnungen im Westen entfiel. Da allen diesen Uebelständen gegen-
über die Berliner Stadtverwaltung in der traditionellen Unthätigkeit
verharrte, brachte die socialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion
im Oktober v. J. einen Antrag ein, den Magistrat zu ersuchen, mit
der Versammlung in gemischter Deputation zu beraten:

- 1. durch welche Mittel die zur Zeit — namentlich für die
Arbeiterbevölkerung — herrschende Wohnungsnot zu beseitigen ist,
2. was städtischerseits zu geschehen hat, um durch kommunale
Maßnahmen den auf dem Gebiete des Wohnungswezens bestehenden
Mißständen zu begegnen.

Die Verhandlung der Interpellation wurde wochenlang hinaus-
gezogen und, als sie Ende November schließlich stattfand, verfloppelt
mit der Beratung über eine inzwischen eingegangene Magistrats-
vorlage betreffend die Errichtung einer Stiftung zur Beschaffung
billiger und gesunder Wohnungen für minder bemittelte Einwohner
Berlins. Diese Stiftung, die viel belächelt, mit einer ganzen Million
Mark ausgestattete König-Friedrich-Stiftung, deren Zweck es nach der
Begründung ist, den für unser Vaterland und unsre Stadt hochwichtigen
Tag, an welchem das Königreich Preußen 200 Jahre besteht, in angemessener
Weise auszuzeichnen und zu feiern, sowie den minder bemittelten Ein-
wohnern der Stadt billige und gesunde Wohnungen zu gewähren,
wäre noch im letzten Augenblick fast gescheitert. So sympathisch den
Berliner Hausgelehrten auch die Verbeugung nach oben hin war,
welche diese Stiftung in erster Reihe bedeutete, so ging ihnen doch die
weitere Zweckbestimmung, daß die Stiftung gesunde, billige Wohnungen
erhalten, also solche im Rahmen ihrer winzigen Mittel auch
event. bauen könnte, durchaus wider den Strich. Principis obsta —
hätte sich vor dem ersten Schritt. Ob eine städtische Stiftung, ob die
Stadt selbst bause, das sei vollkommen dasselbe, und so wurde an die
Stelle der genannten die unschätzbare, ja die Wirte vor Miets-
ausfällen schützende Bestimmung gesetzt, daß die Stiftung minder-
bemittelten Einwohnern bei der Erlangung billiger und gesunder
Wohnungen behilflich zu sein habe und ihre bereiten Mittel auch
dafür verwenden könne, solche Personen vor Wohnungslosigkeit zu
schützen.

Die von der socialdemokratischen Fraktion verlangte Einsetzung
einer gemischten Deputation wurde abgelehnt, beschlossen
dagegen, die gestellten Forderungen durch einen Ausschuß
prüfen zu lassen. In diesem Ausschuß trat wiederum der
ganze Eigensinn der hausgelehrten Mehrheit, ihr unsoziales
Empfinden, ihre Engherzigkeit sich jedem, auch dem schwächlichsten
gemeindlichen Eingreifen in der Wohnungsfrage zu widersetzen, klar
und unzweideutig zu Tage. Von den socialdemokratischen Ver-
tretern war die Notwendigkeit einer umfassenden städtischen Wohnungs-
politik betont und begründet worden. Um den Uebelständen,
soweit das im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung mit
den Nachtmitteln der Gemeinde möglich ist, zu fernern,
empfohlen dieselben planmäßige Erweiterung des städtischen
Grundbesitzes und Verwertung desselben im Wege des
Erbbaurechts, falls er für eigne städtische Zwecke nicht verwendet
werden könne, Errichtung städtischer Häuser mit gesunden kleinen
Wohnungen auf städtischem Terrain und Vermietung dieser Woh-
nungen zu Mietpreisen, die eine Ausbeutung der Mieter ausschließen,
Errichtung eines Wohnungsamtes, eines unentgeltlichen Wohnungs-
nachweises für kleinere Wohnungen, Anstellung von Wohnungsinspektoren
und schließlich Aenderung der städtischen Steuerpolitik nach der Richtung,
daß nicht wie jetzt die Nutzungswerte, sondern die gemeinen Werte
als Grundlage für die Besteuerung dienen. Von all diesen Forde-
rungen, die in zahlreichen anderen und weniger leistungsfähigen
Kommunen teils durchgeführt, teils in der Durchführung begriffen
sind, wurde keine angenommen. Der Antrag, auf städtischem
Grund und Boden Häuser mit gesunden kleinen Wohnungen zu er-
richten, wurde aufs schroffste nicht nur von den Ausschußmitgliedern,
sondern auch vom Magistrat bekämpft; ja, der Oberbürgermeister
der das Vorhandensein von Uebelständen zugab, verschmähte
es nicht, die ältesten manchesterlichen Schlagworte hervor-
zuführen und auszuführen, daß man bei Annahme dieses
Antrages sich bald auch einem Antrag auf Beschaffung billiger
Feuerung, billiger Kleidung und billiger Nahrung durch die Gemeinde
gegenüber sehen würde. Ein besseres Schicksal hatte ein social-
demokratischer Eventualantrag, nach welchem gemeinnützige Bau-
genossenschaften bei der Herstellung gesunder kleiner Wohnungen
durch Hergabe von Land oder Geld seitens der Stadt unterstützt
werden sollten, falls sie sich zur Einhaltung gewisser Schutz-
bestimmungen für die Mieter verpflichten. Der Antrag, der
gut klang und zunächst nichts kostete, fand einstimmige
Annahme. Als aber im weiteren Verlauf der Verhand-
lungen, um diesen principielle Antrag aus dem Reich der
Theorie in die Praxis überzuführen, der Antrag gestellt wurde, be-
stimmte Terrains für die genannten Zwecke bereit zu stellen, da
wurde dieser Antrag nicht nur abgelehnt, sondern in so schroffer
Weise bekämpft, daß man billig zweifeln darf, ob der angenommene
principielle Antrag jemals praktische Geltung erlangen wird.

Die im obigen kurz skizzierten Ausschußbeschlüsse sind in ihrer
Mehrzahl vom Plenum der Stadtverordneten-Versammlung zwar
noch nicht ratifiziert, doch würde es ein unverzeihlicher Optimismus
sein, anzunehmen, daß das Plenum weiter gehen könnte als der von
ihm eingesetzte Ausschuß. Das einzige Ergebnis der großen
Wohnungsaktion der Berliner städtischen Behörden ist daher, wie
dieser gedrängte Ueberblick über die Verhandlungen zeigt, die mit Ach
und Krach erfolgte Annahme der König-Friedrich-Stiftung! Es ist
schwer, keine Satire zu schreiben!

Mit einer Kommunalvertretung, die derart ihre elementaren
Pflichten vernachlässigt, hat die Bevölkerung wenigstens da, wo es
ihre möglich ist, heraus zu machen. Möge die Wählerschaft
der dritten Abteilung am Mittwoch ein Urteil über die Sachwalter
des Grundbesitzes fällen, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen
übrig läßt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. November.

Zum franko-türkischen Konflikt.

Außer Pariser Korrespondent schreibt uns vom 8. November:
„Das kriegerische Previsionsmittel, zu dem sich die Regierung gegen
die Türkei entschlossen hat, wird hier allgemein mit recht gemischten
Gefühlen beurteilt, und zwar auch in einem Teil der regierung-
freundlichen Presse. Anerkennungswert ist dabei das unbezwingbare
Schamgefühl, das selbst in so kapitalistisch gesimten Blättern, wie
der „Temp“, sich Luft macht ob des nächsten „Anlasses“ der
Flottendemonstration. Die Wahrnehmung der Interessen der Herren
Vorardo und Tubini wird nämlich bloß als ein Anlaß oder Vor-
wand betrachtet, während die wahre Ursache der Demonstration
darin liegt, daß überhaupt „das Wort Frankreich in Konstantinopel
kein Gewicht mehr hatte.“ So der „Temp“ und einige andre
Blätter, die, nebenbei bemerkt, unversehens damit zugleich ihre
sonstige Verhimmelung der russischen Allianz und deren Vorteile für
das Ansehen Frankreichs lägen strafen. Die Forts hatte eben sehr
bald herausgefunden, daß sie sich nur die Gunst des Jaren zu
bewahren braucht, um seinen unterhängigen Verbündeten straflos
mihachten zu dürfen. . . .

Der französische Chauvinismus ist für alles zu haben, nur nicht
für eine kriegerische Aktion zur Eintreibung der Ruderzinsen einiger
mehr oder minder achtbarer Geldmacher. Dieser Umstand macht es
schon allein erklärlich, daß man hier von der Flotten-
demonstration bedeutend mehr erwartet, als
die Befriedigung der Forderungen der Tubini
und Vorardo. Insbesondere wird auf die armenische
Frage hingewiesen. Selbst der diplomatisch gewiegte
„Temp“ erinnert daran, daß die Unthätigkeit Frankreichs zur Zeit
der armenischen Revolten sein Prestige im Orient, dessen christliche
Bevölkerung seit dem Mittelalter sich unter dem französischen „Pro-
tectorat“ befindet, arg geschädigt habe. Das Blatt vergißt nur,
hinzuzufügen, daß jene Unthätigkeit ebenfalls eine der segensreichen
Folgen der Jarenfreundschaft war. Und dieselbe Jarenfreundschaft
wird, wenn überhaupt nötig, schon dafür sorgen, daß die französische
Regierung keine „sentimentalen“ Seitenhänge zum Schutze der
Armenier macht.

Das Generalkomitee der socialistischen Partei
veröffentlicht gerade soeben — im Gefolge des neulichen Anrufs
des internationalen socialistischen Komitees — ein Manifest über
„die armenischen Revolten und die socialistische Partei“. Darin
heißt es u. a.: „Jur Stunde, da die Regierung der französischen
Republik als eifriger Diener einiger Kapitalisten in einen Konflikt
mit der Forts geraten ist, müssen wir sie daran erinnern, daß sie
schon längst aus ganz andren Gründen, aus Menschlichkeitsgründen,
sowie mit Rücksicht auf das Vertrauen des armenischen Volkes zu
ihre, energisch bei der Forts hätte intervenieren sollen. Sie
darf; man nicht mehr zögern, wenn sie sich nicht mit unauflöslicher
Schmach bededen will, von der Forts die Durchführung der Be-
stimmungen des Berliner Vertrags (1878) und des Memorandums
(der Mächte) von 1895 (in bezug auf die Verwaltungsreformen und
den Schut der Armenier), zu verlangen.“

Es ist sehr zu befechten, daß die „unauflösliche Schmach“ die
gegenwärtige Regierung ebensowenig erschrecken wird, wie ihre Vor-
gänger und Nachfolger, so lange die Riederregelung der Armenier
im Interesse der Jarenregierung liegt. . . .

Zu erwähnen ist schließlich, aber nicht zu verwundern die
autokratische Behandlung des Parlaments durch
die Exekutivgewalt. Die Regierung hat es für überflüssig ge-
halten, daß ja gegenwärtig tagende Parlament von einer Aktion auch
nur zu verständigen, die eventuell zu kriegerischen Ver-
wicklungen führen könnte. Indes protestiert dagegen nicht
einmal die gesamte Oppositionspresse, genauer gesagt, nur die
Minderheit der letzteren protestiert dagegen.“

Ferner liegen noch folgende Depeschen über die neueste Ent-
wicklung der Affaire vor:

Paris, 4. November. Der socialistische Deputierte Alémane
sündigte Delcassé an, daß er ihn heute oder morgen über die eigent-
lichen Ursachen der gegen die Türkei geplanten Flottenaushebung
interpellieren werde. Delcassé erklärte, er sei bereit,
die Anfrage zu beantworten, müsse sich aber die
Wahl des Tages vorbehalten. Es heißt, Delcassé wolle
die Angelegenheit erst dann in der Kammer erörtern, wenn die
Schiffdivision des Admirals Gailard an ihrem Bestimmungs-
ort eingetroffen ist.

Toulon, 3. November. Zwei Kreuzer sind unter Dampf ge-
stellt, um nach der Levante abzudampfen zur Unterstützung des Ge-
schwaders des Admirals Gailard. Die Marinerverwaltung trifft
Maßregeln zur Verproviantierung des Geschwaders.

Paris, 3. November. In hiesigen politischen Kreisen ist man
der Ansicht, die Mission Gailards werde keine friedliche sein, nach-
dem der Sultan die Absicht kundgegeben hat, sämtliche Streitfragen
zur Zufriedenheit Frankreichs zu regeln. Es heißt, der Sultan habe
die notwendigen Gelder dadurch erhalten, daß er dem deutschen
Schnidat in Kleinasien neue Konzessionen ge-
macht habe. — Das „Echo de Paris“ lobt den Präsidenten
Loubet wegen seiner energischen Haltung, die er in letzten Ministerat
zu Gunsten einer aktiven Politik gegenüber der Türkei eingenommen
habe.

Paris, 4. November. Hier aus der Türkei eingelaufene
Medungen lassen darauf schließen, daß der Sultan gewillt ist,
Frankreich in allen Punkten nachzugeben, da er den Aus-
bruch einer Revolution in der Türkei befürchtet, welche
durch die unter den Staatsbeamten und dem Militär wegen der

rückständigen Gehälter herrschende Unzufriedenheit hervorgerufen werden könnte.

Die nächsten Tage werden ja zeigen, ob sich Frankreich mit der Regelung der ursprünglichen Konfliktfrage begnügen will oder ob es unter dem Vorwand, Garantien für die Nichtwiederholung ähnlicher Vorkommnisse und für das Einstellen der armenischen Regierungen zu erlangen, sich eines Faustpfandes bemächtigen wird. Man schreibt ihm Absichten auf Smyrna, Beirut, namentlich aber Nysitene zu. Sollte Frankreich erst einmal von Nysitene Besitz ergriffen haben, so dürfte freilich an eine spätere Räumung überhaupt nicht mehr gedacht werden. Frankreichs Verhalten wird vor allen Dingen davon abhängen, inwieweit es mit Russland im Einverständnis operiert.

## Deutsches Reich.

### Anbinden an den Pfahl.

Im Stuttgarter Chinaprozess wurde auch erörtert, daß vielfach an Soldaten des Expeditionscorps Disziplinarstrafen in der Art vollzogen worden sind, daß sie an einen Pfahl gebunden würden. Nach dem uns und der übrigen Presse vorliegenden Bericht hat der Vorsitzende des Landgerichts einen Befehl verlesen, wonach bei strengem Arrest, in Ermangelung eines geeigneten Arrestlokals, die zu Verstrafenden an einen Pfahl gebunden werden können. Einen Tag Anbinden ist gleich zwei Tagen strengem Arrest zu achten. Das Anbinden muß in einer Stellung geschehen, daß die Angebundenen sich weder setzen noch hinstellen können.

Kun ist in der Gerichtsverhandlung, die überhaupt nichts von den chinesischen Vorgängen erklärt hat, auch darüber keine Klarheit geschaffen worden, ob entsprechend diesem Befehl auch Strafen verhängt worden sind, so war ihre Verhängung ebenso ungesetzlich wie der Befehl selbst, der ihre Zulässigkeit den mit Disziplinar-Strafgesetzen ausgestatteten Offizieren übermittelte.

Es mag in diesem Augenblick davon abgesehen werden, ob das Anbinden an den Pfahl unter den Verhältnissen, unter denen es angedeutet wurde, überhaupt zulässig war; es erscheint allerdings mindestens zweifelhaft, ob wirklicher Mangel an geeigneten Arrestlokalen herrschte, der die Voraussetzung für die Anwendung dieses grausamen Strafmittels bleiben müßte.

Wohl aber ist daran zu erinnern, daß nach den Vorschriften der Militär-Strafvollstreckungs-Verordnung das Anbinden an den Pfahl nicht mehr als zwei Stunden an einem Tage betragen darf. Zweitägiges Anbinden neben dem Aufenthalt auf der Wache während des übrigen Tages soll einem eintägigen strengem Arrest gleich stehen. Wenn aber nach der Angabe des Gerichtspräsidenten in Stuttgart ein Befehl ergangen sein sollte, daß ein Tag Anbinden zwei Tagen strengem Arrestes gleich zu achten sei, so ist dieser Befehl vorkriegs- und geschwehndrig und ein deutlicher Beweis der Rechts- und Gesehwidrigkeit, die der Nachfeldzug gegen China hervorgerufen hat.

Einen weiteren Beweis für den Geisteszustand, dem die Führer dieses heillosen Feldzuges verfallen sind, bietet die Aussage des Kommandeurs des ostasiatischen Expeditionscorps zu der Gelegenheit des Anbindens an den Pfahl. Generalleutnant von Vessel sagte als Zeuge:

„Das Anbinden an den Pfahl war durch die Verhältnisse geboten; es sind aber nur chinesische Kulis dabei vorkom-  
gekommen.“

Nach der Militär-Strafvollstreckungs-Verordnung soll das Anbinden an den Pfahl „an einem vor den Augen des Publikums möglichst geschützten Ort“ geschehen. Der Zeuge, Unteroffizier Weimann, aber sagte in Stuttgart aus:

„Es seien eine ganze Anzahl württembergischer und preussischer Soldaten im Vivonac der Kulu-Hofenstadt an den Pfahl gebunden worden. Es sei das auf offenem Wege gewesen, wo Hunderte von Chinesen und Angehörigen anderer Nationen vorbeis-  
gingen.“

Generalleutnant v. Vessel hat die Richtigkeit dieser Aussagen nicht bestritten. Er hat die Nichtbefolgung der Vorschrift damit entschuldigt, daß nur Kulis in der Nähe der an Pfählen gebundenen Soldaten vorbeigekommen seien. Nur Kulis!

Man darf zweifeln, ob die Chinesen die erhabene Anschauung europäischer Zivilisation zu begreifen vermöchten, nach welcher deutsche Soldaten getrost dem schimpflichsten Anblick preisgegeben werden dürfen, da der Kuli nicht als Mensch gleich andern Menschen gewertet wird. Vielleicht aber ist einigen dieser einfältigen und von der eigentlichen Menschheit ausgeschlossenen „Kur-Kulis“ die inbotmäßige Meinung aufgefliegen, ob etwa gezeigt werden sollte, daß der deutsche Soldat

vor der Herrscherkaste seiner Offiziere ebenso „gemein“ ist wie er, der „Kur-Kuli“!

### „Agenten des Auslandes.“

Früher hieß es „Reichsfeinde“! Und so ziemlich alle Parteien, die nicht konservativ und militaristisch „bis auf die Knochen“ waren und nicht jede „patriotische“ Volkshandlung billigten, kamen einander an die Reihe, dieses Ramens teilhaftig zu werden, der natürlich bald Ehrenname wurde. Jetzt heißt es: „Agenten des Auslandes“.

Als „Agent des Auslandes“ wird so auch Vebel jetzt durch die „Deutsche Tageszeitung“ beehrt. Vebel hat in seiner Ansprache an den Parteitag der österreichischen Socialdemokratie die Frage der Handelspolitik berührt und erklärt, die Stellungnahme des österreichischen Ministerpräsidenten v. Koerber gegenüber dem reichs-  
deutschen Zolltarif habe ihm große Freude bereitet. Darob Entsetzen beim Völklerblatt. Es lautet:

„In der Rede des Ministers v. Koerber, die dem Abgeordneten Vebel solche Freude gemacht hat, hat jener den österreichischen Standpunkt im allgemeinen so vertreten, wie der deutsche Standpunkt von unsern Staatsmännern vertreten werden sollte. Wenn Graf Billov in deutschen Reichstage eine Rede halten sollte, die mit der des österreichischen Ministers vollkommen übereinstimmte, wenn der deutsche Kanzler die deutschen Interessen so vertreten wollte, wie es der österreichische Staatsmann gethan hat, so würde der Abgeordnete Vebel voranständig die schärfsten Angriffe gegen den Reichskanzler richten. Ist es angeht eines solchen Vorgehens zu stark, wenn wir von „Agenten des Auslandes“ reden?“

Das Wort des Protokollers unterschlägt natürlich das Wesentliche. Die Socialdemokratie ist nur feindsig in der Lage, sich über Akte ausländischer Regierungen zu freuen, da die politischen und sozialen Verhältnisse international sind und im allgemeinen die Regierungen aller kapitalistischen Staaten eine gleich kapitalistische Politik betreiben. In der Frage der Handelspolitik liegen die Dinge aber wesentlich anders. Hier ist das zollpolitische Vorgehen der deutschen Regierung nicht hervorgerufen durch eine Verschärfung der Sperrpolitik anderer Staaten, sondern die deutsche Politik zwingt das Ausland zur Abwehr der angelegentlichsten Sperrmaßnahmen und bedroht provokatorisch die alte und die neue Welt mit Zollknechtschaft und Zollkrieg. Wenn in dieser Situation der österreichische Ministerpräsident bei Eröffnung des Reichsrats auf die Gefahren, die aus dem deutschen Vorgehen entspringen müssen, hinweist, so mag das die Agrarier der „Deutschen Tageszeitung“ schwer betreffen, die ihren Vorteil aus dem zollpolitischen Chaos schöpfen, aber die deutsche Bevölkerung, der das tägliche Brot schmälzlicht verteuert und der die Arbeitsgelegenheit entzogen werden soll, darf allerdings Freude empfinden, daß die Folgen des Billov'schen Zolltarifs klar vor Augen gestellt werden.

Die „Agenten des Auslandes“ sind auch hier wieder die wirklichen Freunde des Vaterlandes. Die wirklichen Auslandsagenten aber sind eben jene Agrarier, die um ihres persönlichen Profits willen das ganze Volk den schwersten Gefahren überliefern und die Entwicklung Deutschlands hinter die Entwicklung auswärtiger Staaten zurückwerfen.

Wenn die agrarische Pöze forschert, uns als „Agenten des Auslandes“ zu schmähern, so wird auch dieses Wort alsbald ein Ehren-  
name werden!

Eine Disziplinar-Untersuchung ist gegen Professor Dr. Heimbürger in Karlsruhe seitens des dortigen Oberschulrats eingeleitet worden. Prof. Heimbürger, der der demokratischen Partei angehört, ist den badischen Schul- und anderen Reaktionen längst ein Stein des Anstoßes und Bestimmungspunkt für die schon früher wiederholt zu demagogischen; diese Verjüngung wurden jedoch durch den früheren Kultusminister Dr. Koll abgewiesen. Jetzt wird gegen Prof. Heimbürger der Vorwurf erhoben, er stehe mit dem Koll vor der jüngsten Wahl herausgegebenen Flugblatt der Oppositionsparteien in Karlsruhe in Verbindung. Da diese Anschuldigung unwahr sein soll, so dürfte der reaktionäre Pöhl auch diesmal nicht besriedigt werden. Der Sprung zeigt aber, daß der badische „Liberalismus“ sich mit der preussischen Rückwärtserei getrost vergleichen darf.

Die Vorgänge auf der „Gazelle“. Aus Kiel wird vom Montag gemeldet: Das Kriegsgeschicht der ersten Marine-Inspektion sprach in seiner heutigen Verhandlung die Obermatrosen Geng und Schult vom Kreuzer „Gazelle“ von der Anklage des militärischen Auftrags frei und erlaubte wegen Achtungs-  
verletzung auf 14 beziehungsweise 35 Tage Mittelarrest. Der Anklageerzähler hatte je fünf Jahre Zuchthaus be-  
antragt.

Offiziersduell. Aus Jasterburg wird vom 4. d. Mts. telegraphiert: Heute vormittag fand in hiesigen Stadtwald ein Duell statt; Lieutenant Hildebrand vom Feldartillerie-Regiment

und ein Beispiel gab, wie man den Göttern der Fremde in wip-  
durchsammelten Ansprachen standhaft opfert. Unterdrück auch damals schon einmal Krankheit dein Wirken, so schienst du doch zur Er-  
ringung weitgesteckter Ziele gerüstet, und keiner von uns hätte in  
seiner Zeit vor komm einem Jahrgehn zu prophezeien gewagt, daß  
dein Geist sich verzeihen, dein Grab sich so bald aufstun sollte!

Das Pantheon in der Dresdenerstraße zu Leipzig ist ein  
Stück Parteigeschichte. So lange es eine Socialdemokratie im Orte  
gab, stand dies Lokal der Klassenbewußten Arbeiterklasse zur Ver-  
fügung, und in republikanischer Tradition werden daher auch heute  
noch alle inneren Partei-Angelegenheiten dort erledigt. So war es  
auch in der Ordnung, daß die Trauerfeier für den teuren  
Toten am Sonntagmittag an dieser denkmalreichen Stätte abgehalten  
wurde. Bereits Sonnabend waren zahlreiche Kränze hierher-  
gebracht worden; am Sonntag aber vilgetien von früher  
Stunde ab die Delegierten der Arbeitervereine durch die  
Stadt, um die letzten Liebedeichen hier vorerst niederzulegen.  
Schon lange bevor die Feier begann, war so der Saal von Blumen-  
und Tannenduft erfüllt, und im Verein hiermit gab das Rot und  
Weiß der zahlreichen Schleifen dem altverwöhnten Raum eine  
Weiche, wie sie feierlicher als bei diesem schmerzlichen Anlaß hier  
wohl nie erkannt worden war. Im Pantheon trafen auch von weit  
und breit die Delegationen zusammen. Bei solchen Gelegen-  
heiten wird die alte Zeit wieder lebendig, wo die Partei noch nicht  
noch Millionen zählte und sich daher als eine Familie betrachtete  
konnte. Alte, liebe Freunde, die einander seit Jahren nicht gesehen  
hatten, begegneten sich in Händedruck und lauschten Erinnerungen  
aus an die Tage, wo die Reaktion noch härter wütete als heute und  
der Sturmwind der Partei um die Ohren pfliff.

Wohl keiner der 23 sächsischen Wahlkreise hatte veräumt, durch  
Abgesandte und Blumenpenden Zeichen der Trauerkundgebung zu  
geben; aus der Provinz Sachsen, aus Thüringen und weiter aus  
Böhmen waren in städtischer Anzahl Delegierte erschienen. Ebenso  
war die socialdemokratische Reichstagsfraktion zahlreich vertreten.

Nur nach 12 Uhr begann vor der dichtgedrängten Versammlung  
die Feier. Eine Arbeiter-Viedertafel sang ein stimmungsvolles Lied  
und dann bestieg als Vertrauensmann der Leipziger Parteigenossen  
der Former Grenz das schwarzverhangene Rednerpult. In schlichten  
Worten brang der belovende Anspuch Leipzigs an den Toten durch. Hier  
hat er als Leiter der 1893 von ihm neugeschaffenen „Vollzeitung“  
den Meist seines viel zu kurzen Lebens in rastlosem Schaffen verbracht.  
Hier hat, so sagte Grenz, das glänzende Talent Schoenlants sich ungehemmt  
nach allen Richtungen entfalten können, und so ist durch ihn erst  
aus der „Vollzeitung“ ein politisches Blatt großen Stils geworden.  
Grenz schloß eine Erinnerung an die Kämpfe in der Frage der Wahl-  
ereitigung ein und schilderte dann den Verlauf der schiedlichen

Hoß Lieutenant Bladlowitz vom Infanterie-Regiment 147 in den  
Unterleib. Der Tod des letzteren ist wahrscheinlich.

### Die China-Expedition in der bayerischen Kammer.

Bei der Beratung des Militär-Etats kam am Montag auch die  
Teilnahme der bayerischen Truppen an der China-Expedition zur  
Sprache. Referent Wagner (liberal) meint, für Bayern sei keine  
besondere Indemnität notwendig, da der Reichstag und die Reichs-  
regierung die Indemnität ausgedrückt haben. Frau  
(Centrum) hält nicht alle Bedenken für beseitigt, nämlich hohe  
allerdings das Recht insofern auf Seiten der bayerischen Regierung,  
als sie nicht anders handeln konnte; allein hoffentlich  
werde noch eine Form gefunden werden, um dem verletzten Volks-  
gefühl Rechnung zu tragen. Rifler (kons.) hält die Bedenken im  
allgemeinen für zerstreut. v. Bollmar führt aus, daß die  
China-Expedition einer rechtlichen Grundlage  
entbehrt habe, die bayerische Regierung treffe eine  
Rückschuld, da sie zu willfährig gegenüber Berlin gewesen  
sei, zweifellos sei Bayerns Armee-Reservatrecht  
verletzt. Koehl (Demokrat) stimmt dem Vordredner zu. Hierauf  
wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

### Fälschungsforschtung.

Aus München wird uns geschrieben:  
Die Glaubwürdigkeit des Abgeordneten Steininger wurde  
in den letzten Tagen von untrer bayerischen Parteipresse an der Hand  
von allemähigen Beweisen neuesten Datums einer Unter-  
suchung unterzogen, deren Resultat nicht sehr schmeichelhaft ist für den schmerz-  
bereiten Vertreter des Wahlkreises Wiesbad. Der biederer Centrumsmann  
fühlte sich durch sehr getränkt und veröffentlicht in der  
neuesten Nummer der „N. Bayer. Zig.“ einige neue Mitteilungen  
über die angeblichen Vergehungen Vebels in der Kammer-Kommission.  
Er sagt:

„Da muß ich vor allem meiner Verwirrung Ausdruck  
geben, daß es die Herren fertig bringen, jetzt abzulesen, was  
der Abg. Franz Josef Ehrhart vor zwei Jahren direkt zugestanden  
hat! In der Sitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer vom  
22. Mai 1900 habe ich die Aeußerung Vebels ganz genau in der  
gleichen Weise präzisirt, wie ich es am 8. Oktober cr. eben auch  
gethan habe. Damals hat der Abg. Ehrhart wörtlich Nach-  
stehendes erwidert:

„Wenn der Vordredner (Abg. Steininger) bemerkt hat, Vebel  
habe gesagt, wenn Sie beweisen, daß der Bauerstand bei dieser  
Lage zu Grunde gehen soll, dann mag er ruhig zu Grunde gehen,  
so sage ich, es muß auch gesagt werden, welche  
Lage das war und auf was hin er das damals  
gesagt hat und weshalb er es gesagt hat.“ (Steno-  
graphischer Bericht Nr. 144 Seite 764.)

Der Abg. Ehrhart hat also damals den Anspruch selbst  
rückhaltlos zugegeben.

Wie kommen nun die Herren dazu, jetzt in so scharfer  
Weise auf mich loszufahren und den Anspruch Vebels in  
Abrede zu stellen? Man kann sich dieses Vorgehen wohl nur  
in der Weise erklären, daß die Herren erst jetzt darauf ge-  
kommen sind, daß in dem betreffenden Ausschussprotokoll diese  
Aeußerung nicht enthalten ist, und insofern haben sie jetzt den  
Mut, die Sache in Abrede zu stellen. Nach weniger kann man  
diese plötzliche Bereittheit verstehen, wenn man in Betracht zieht,  
dass von Seite hervorragender Socialdemokraten  
eine Anzahl gleich scharfer und wohl noch  
scharferer Ausdrücke gegen die Landwirtschaft  
bekannt sind. Wenn ich nun ferner noch daran erinne-  
re, daß Vebel auf einem socialdemokratischen Parteitag  
dem Abgeordneten von Bollmar direkt ins Gesicht sagte,  
daß er nur Bauerntum treibe, wenn er dem Keinen  
Bauerntum Verbesserung seiner Lage verspreche, so wird auch  
das Auftreten von Bollmars in dieser Angelegenheit mir gegen-  
über schwer zu verstehen sein. Außerdem ist diese Aeußerung  
Vebels seit Jahren durch die Presse gegangen, in  
Versammlungen und Schriften wiederholt citirt worden, und  
man stellen sich die Herren an, als ob erst jetzt ich dieselbe er-  
funden hätte!

Bei dieser Sachlage hätten die Herren diese persönlichen An-  
rempelungen und verheidenen Aeußerungen mir gegenüber wohl  
besser unterlassen, denn auf solche Weise werden Thatfachen nicht  
aus der Welt geschafft.“

Auch diese Darstellung bietet nur einen gänzlich vergeblichen  
Versuch des Abg. Steininger, seinen guten Glauben zu beweisen.  
Zunächst ging Genosse Ehrhart, der nicht Mitglied der Kammer-  
kommission war, in seiner Entgegnung doch von der Annahme aus,  
daß Herr Steininger nicht in dreifacher Weise gelogen hat. Er war  
also gar nicht in der Lage, die angebliche Vebel'sche Aeußerung zu  
bestätigen. Dagegen verschweigt Herr Steininger, daß  
ein anderer Parteigenosse, Abg. Ad. Müller, bemerkte:

„Ich will auf das, was der Herr Kollege Steininger in  
Bezug auf die angebliche Aeußerung meines Freundes Vebel  
gesagt hat, nicht eingehen. Man weiß, diese Aeußerungen, die in  
der Kammer-Kommission gefallen sein sollen, liegen  
keineswegs fest. Man hat im Verlaufe der Zeit wiederholt

## In Memoriam.

### (Bruno Schoenlants Begräbnis.)

Bald, nachdem wir im Morgenrauschen vom Anhalter Bahnhof  
abgefahren waren, suchte die Sonne sich durch den Novembernebel  
hindurchzusehen. Aber es sollte kein lachender und leuchtender Sonntag  
werden. Je mehr der Zug sich Leipzig näherte, je dicker türmten sich  
die Nebelbänken dem hiesigen Sonne entgegen und bald waren in  
der einförmigen Landschaft entlang des Schienenstranges nur noch  
die nächsten prächtig mit Staubreif überzuderten Sträucher und Bäume  
zu sehen; weiterhin schien alles in grauem, trübseligem Nichts unterzu-  
gehen.

So grau, so einseitig ist da, teurer Bruno, verloren sich auch deine  
letzten, schredlichen Tage. Es war als wollte die neidische Natur Rache  
dafür nehmen, daß sie dich einst gar zu verschwenderisch mit allen Gaben  
des Geistes ausgestattet hatte, und du so vermessend warst, den gött-  
lichen Funken denen leuchten zu lassen, die noch allem, geistlichem  
Aberglauben verdammt sein sollten, ewig im Dunkeln zu wandeln.  
Ja, es lag etwas titanenhaft Tragisches in dem Kampf, den du als  
Führer des zum Licht emporstrebenden Proletariats kämpfdest. Ich  
habe dich kennen gelernt in der Blüte deiner Schaffenskraft, damals,  
als der erste Parteitag nach dem Socialistengesetz das „Völkler-  
Blatt“ mit der hohen Ehre betraut hatte, Central-  
organ der Partei zu werden. Der Alte und du, ihr hattet die  
Führung des politischen Teils, und beide ergänzten ihr ein so, daß  
es eine Lust war, den „Vorwärts“ zu lesen. Während Lieblich, aller-  
dings vielfach durch Agitationstouren gehemmt, seine Kraft vornehmlich  
an Artikel allseitig ansetzenden und begeisternden Inhalts zu setzen  
wußte, lag es dir ob, die Tagesfragen im Einzelnen zu behandeln, den  
Schleichenwegen der Reaktion in ihren Verzweigungen nachzugehen.  
Und diese schwierige und ermüdende Aufgabe löstest du, damals im  
Anfang der Dreißiger, mit der Erfahrung und dem vielfältigen  
Wissen eines im politischen Kampf ergrauten Strategen. Weißer der  
Politik und Meister des Stils, hast du Tag für Tag die Kräfte der  
Mächtigen geschwächt und den Arbeiterscharen neuen Boden erobert.  
Dies dankte Dir die Berliner Socialdemokratie in voller  
Erkenntnis; und den Empfindungen derer, die du  
einst ins Feld führtest, haben die drei Delegierten  
der Berliner Partei, die Genossen Vogt, Scholz und Farrer,  
am Sonntag durch Niederlegung des Kranzes an deinem Grabe tief-  
bewegten Ausdruck gegeben. Aber nicht allein im hiesigen Streit,  
auch wenn des Tages Last vorüber war, bist du ein treuer Freund,  
ein guter Kamerad gewesen. Heute hält es ja jeder für eitel Re-  
nommüßerei, aber wirklich und wahrhaftig gab es damals unter uns  
in der Redaktion noch wonnig durchschwärzte Nächte, wo du beim  
Becher nicht minder wie vor dem Feinde deinen Mann standest und

Arankheit. Im Februar d. J. besuchte Schoenlant zum letztmal  
eine Parteiversammlung, die Landeskonferenz. Er, der Lebendige,  
bei dem jede Muskel, jeder Nerv in ständiger Aufregung war, mußte  
gebückt am Stode gehen und trug, ein schwerer unter der Last der Schmerzen  
seufzender Mann, bereits damals den hippokratischen Zug im Ant-  
litz. Am 6. Mai brach dann die Katastrophe aus, die es notwendig  
machte, Schoenlant in die Nerven-Klinik zu bringen. Hier noch  
war auch in der Geistesumnachtung all sein Denken bei der Partei;  
als Heinrich, der technische Leiter des Blattes, ihn vor 14 Tagen  
zuletzt besuchte, war seine erste und einzige Frage die nach dem  
Abmienenstand der Zeitung.

Wenige Tage vor dem Tode sah ihn noch die tiefgedrungte  
Gaitin; mit einem Verzweiflungsschrei über sein Elend sank er ihr  
zu Füßen nieder.

Nachdem Grenz dies erschütternde Bild vorgeführt, schilderte  
Genosse Volzender, was die sächsische Socialdemokratie  
dem Toten an Dank schuldet, und hierauf traten aus den Reihen,  
wo Schoenlant hauptsächlich gewirkt hatte, die Abgeordneten hervor,  
um in wenigen Worten zu sagen, was er ihnen allen gewesen. Aus  
Dresden, wo Schoenlant belanntlich in den Reichstag gewählt  
ist, brachte Genosse Heymann die letzten Schreddegriffe; der  
München-Delegierte, Ernst Schmidt, schilderte, wie Schoenlant  
dort als blutjunger Mann in die Partei eingetreten war und für  
sie gedacht und im Gefängnis gelitten hatte. Redacteur Schröder  
aus Berlin überbrachte die Huldigung des „Vorwärts“ und den Dank,  
den die Parteigenossen der Reichshauptstadt insgesamt dem Toten schulden,  
und Redacteur Rudolf aus Nürnberg teilte mit, wie er dort  
an der „Frankfurter Tagespost“ gewirkt und durch seine berühmten  
Untersuchungen über die Quacksilber-Beleganstalten besonders der  
Färther Arbeiterklasse gedient hat.

Nur nach 1 Uhr setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Wer  
will bei einer Totenfeier, wie sie in so imponierender Größe nur die  
Socialdemokratie veranstalten kann, die Zahl der Teilnehmer be-  
rechnen? Bei Lieblich's Reichsbegegnung gingen die Schätzungen  
um viele Tausendende auseinander, und so war es hier auch wohl.  
Genau, wie am 12. August des vorigen Jahres das ganze Berliner  
Proletariat seinem großen Führer die letzte Ehre erwies, so  
war auch am Sonntag ganz Leipzig, soweit es proletarisch dachte,  
entweder im Zuge oder auf dem Bürgersteige versammelt. Vom  
Anfang die Kranzträger, hunderte an der Zahl, dann folgten die  
auswärtigen Delegierten, hierauf die Parteigenossen des zwölfen  
Wahlkreises (Leipzig, innere Stadt), weiter die Gewerkschaften, und  
endlich die Genossen aus dem Wahlkreis Leipzig-Land. Kräftigsten  
traten die einzelnen Abteilungen. Im Universitätsviertel, das in  
seiner mächtigen Ausdehnung allein eine Stadt für sich bildet, hielt  
der Zug an. Hier wurde von der Nerventheil in der Lieblichstraße

das Glat zu bestimmten Zwecken anzuheben und das Glat hat dadurch eine Gestalt angenommen, daß man seine ursprüngliche Bedeutung gar nicht mehr feststellen kann."

Also schon vor zwei Jahren wurde Herr Steininger darauf aufmerksam gemacht, mit welcher fragwürdigen Waffen er socht. Uebrigens behauptete er in jener Sitzung: "Der Ausdruck, den der Reichstags-Abgeordnete Bebel damals gebraucht hat, lautete wörtlich: Wenn man mir sagt zc." In der Sitzung vom 8. Oktober dieses Jahres aber hauchte er schon etwas zurück: "wenigstens dem Sinne nach" habe sich Bebel so geäußert.

Indessen können diese Bemerkungen erst in zweiter Linie in Betracht kommen. Bebel hat erklärt, er halte den Abg. Steininger so lange für einen Ehrabschneider, bis er den Beweis für seine tendenziöse Unterstellung bringe. Die von Herrn Steininger daraufhin beliebigen Spiegelfechtereien beweisen nicht das allergeringste außer der politischen Leichtsinnigkeit des Herrn Steininger.

## Ausland.

### Oesterreichischer Parteitag.

Ueber die Verhandlungen des Parteitages von Samstag und Sonntag findet der Leser in der ersten Beilage den ausführlichen Bericht. Ueber die Montag-Verhandlung meldet uns ein Privattelegramm aus Wien:

Heute fand die lebhafteste Programm-Debatte statt. Der Entwurf der Parteileitung wurde scharf angegriffen von Brod, Heller, Kristian, Stein, weil er durch Abschwächung des bisherigen Gausfelders Programms dem Bernsteinismus Konzessionen mache. Brod verteidigt eine absolute Verleumdungstheorie. Vernerstorfer verteidigt unter Widerspruch Bernsteins Person und die Freiheit der Kritik. Kautsky erklärt den Entwurf für verbesserungsbedürftig, aber er sei nicht ein Zeichen von Versteinerung; er sei überzeugt, daß die Beratung ein gutes Ergebnis herbeiführen werde. Ellenbogen, Remec, Wachtisch und andre verteidigen den Entwurf, der schließlich mit zahlreichen Änderungen der erweiterten Programmkommission überwiesen wird. Nach neuer Redaktion soll Mittwoch ein neues Referat gehalten werden, eventuell auch neue Diskussion stattfinden. Heute Abend ist durch die Wiener Genossen ein Kommerz bereitet.

### Der Boykott Englands.

Eine Versammlung der Vertreter von 36 gewerkschaftlichen und politischen Organisationen Amsterdams beschäftigte sich vergangene Woche mit der Boykottfrage. Nach lebhafter Debatte wurde eine Resolution angenommen, worin die Versammlung ihre Sympathie mit dem Plan der Transportarbeiter kundgibt, des Weiteren aber der Wunsch ausgesprochen wird, daß die organisierten Arbeiter nicht nur mit dem Transvaalkrieg ein Ende machen, sondern daselbe Mittel auch gegen andre Kriege, z. B. den Kisch-Krieg (der Holländer gegen die Eingeborenen im Norden Sumatras) und den Krieg auf den Philippinen, in Anwendung bringen. — Die Wahl eines Komitees wurde auf die nächste Woche verschoben, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, in ihren Organisationen darüber zu beraten.

Der Wunsch, durch Sperren und Arbeitseinstellungen den Krieg überhaupt zu bekämpfen, ist nur logisch, aber er beweist zugleich das ansichtslose der ganzen Bewegung. Wohin sollten die Arbeiter kommen, wenn sie bei jeder Gelegenheit durch internationale Arbeitseinstellungen die Kriegsgelüste heute dieser, morgen jener Nation bekämpfen wollten. Die Idee des nationalen Generalstreiks ist noch ein engherzig-proletarisches Gedanke gegenüber diesem Weltboykott mit beständiger sich ändernder Frontlinie. So leicht ist leider die Macht des den Krieg stets neu zugehenden Kapitalismus nicht zu brechen.

### Frankreich.

Zur Bergarbeiterbewegung. Der geschäftsführende Ausschuss der Bergarbeiterföderation des Pas de Calais hat in seiner Sitzung vom 2. November, an der außer den Deputierten Lomandin und Pashy 17 Delegierte teilnahmen, die Haltung ihres Delegierten Vorstands zum Nationalkomitee gebilligt. Nur ein Delegierter, ein Mitglied der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten) beantragte einen Tadel gegen das Nationalkomitee, weil es den Generalstreik nicht zum 1. November erklärt hatte, sein Antrag wurde von allen andern abgelehnt. Beschlüsse wurden gefasst, aber nicht veröffentlicht. — Auch in Rouen und in Albi haben Sitzungen der Provinzialkomitees stattgefunden. — Der Generalsekretär des Bundes, Cotte, hat seinen Bericht über die Arbeitsverhältnisse der Bergleute an die außerparlamentarische Kommission abgegeben. — Obwohl überall die größte Ruhe herrscht, bleiben in den Centren der Kohlenindustrie noch immer große Truppenmassen konzentriert.

aus die Leiche Schoenlaufs aufgenommen und hier schlossen sich auch die Familienangehörigen an den Zug ein.

Durch den Proletariatsvorort Thonberg ging nunmehr der inzwischen immer stärker angeschwollene Trauerkolonn, und nun brachte aus allen Fenstern, von den Dächern herab, die Bevölkerung dem Toten ihre Stimme und doch so vereinte Ehrung dar. Zehntausende und aber Zehntausende schritten stils durch die Reihen daber, kein störender Zwischenfall unterbrach die musterhafte Ordnung und selbst die lässliche Polizei glaubte die Trauerhuldigung des Volkes achten zu müssen. Die Träger der zum Teil mit roten Schleifen verzierten Kränze blieben unbedrängt, ein bis dahin wohl in Sachsen unerhörter Fall. Nach zweistündigem Marsche erreichte der Zug den Friedhof.

Alte, Ehrwürdige Gewerksöhnen, Inshvohl mit Säulenbildern und blumenbedeckten Ketten besetzt, senken sich über die Grube. Eine stumme Ehrung aus der Zeit trugener Jungferntätigkeit, die Schoenlaufs in seinen anmutigen "Niederberger Studien" beschreibend und unterhaltend zugleich beschrieben hat. In endlosen, im Nebel verwehrenden Reihen sammelt sich Leuchtendes Arbeitergeschicht zu der Grabstätte, der zunächst die vom Schmerz verzerrte Witwe und die drei schlafenden Kinder stehen. Ein Gesang ertönt und dann läßt Genosse Pfannkuch, der im Verein mit Wengel vom Parteivorstand delegiert ist, das Wirken des Toten noch einmal an der großen Trauergemeinde vorüberfluten. Im Auftrage der Delegationsfraktion gedenkt Pfannkuch der Tätigkeit Schoenlaufs im Reichstage und der Vöde, die er als Parlamentarier hinterlassen. Nicht die Trauer um den Toten zieme einer Partei des Kampfes, wohl aber habe sie mit Bedacht aus seinen Geistesgaben und seiner Hingebung Gewinn zu ziehen. Neben andern der Bewunderung werten Eigenschaften habe Schoenlaufs seinen Genossen namentlich in einer Jugend vorangeleuchtet, in rastlos, sich selbst verzehrendem Fleiß. Wenn nur diese eine Eigenschaft von den Jüngern als Vermächtnis übernommen und gepflegt werde, müsse Schoenlaufs Wirken der Partei reichen Segen bringen.

Als die Feier in tiefer Abenddämmerung beendet war und bereits zahlreiche Perionen den Friedhof verlassen hatten, drängten sich immer noch die Zugteilnehmer in langer Reihe in der zum Friedhofsthor führenden Straße. In der Stadt nur ein Gespräch, die gewaltige Trauerfeier zu Ehren des Proletariatsführers. Der Bebel, der den ganzen Tag über den Weg ins Weite gekommen hat, lagert sich jetzt in unmittelbarer Schwere über die weitverstreuten Volkgruppen. Müde ist nicht, aber Armutenskind! Die stehende Sonne zerlegt dich doch eines Tages. Deine Toten haben die Menschheit auf die Zeit vorbereitet, wo es wieder Licht wird und wir Lebenden wollen dich heilbringende Werk in ihrem Geiste vorsetzen. W. S.

### Wahregung eines sozialistischen Bürgermeisters.

Die neueste Ordnungsthat des Kabinetts Walder-Müllerand ist die Suspendierung (zeitweilige Amtsentsetzung) des sozialistischen Bürgermeisters von Bourges für die Dauer eines Monats. Der Bürgermeister, Genosse Pailaudet, Mitglied der "sozialistisch-revolutionären Partei" (Blanquisten), hat nämlich das Verbrechen gegen die kapitalistische Ordnung begangen, in einer antimilitaristischen Versammlung an die Rekruten eine Ansprache gerichtet zu haben, worin den Arbeitern in Uniform geraten wurde, auf ihre freilebenden Brüder nicht zu schießen. Die Ordnungs- und chauvinistische Presse begrüßt die Regierung zu ihrer rettenden That, erwartet aber noch die endgültige Amtsentsetzung des sozialistischen Bürgermeisters. Nur Melines Blatt fügt den Beglückwünschungen die Worte hinzu: "Wir wollen der Regierung ein freilich heroisches Mittel angeben, das die Feinde der Armee und der Republik plötzlich entmüden würde: Gehen Sie fort!" Melines ist eben ungeduldig. Er sieht nicht, daß eine Ordnungsthat dieses Ministeriums der Ordnung ungleich mehr nutzt als ein Schuß Gewaltakte eines Kabinetts Melines.

### Asien.

#### Attentatsversuch gegen die Kaiserin von China.

Aus Peking wird gemeldet: Die aus Missionstreffen gemeldet wird, soll auf die Kaiserin-Witwe, als sie sich auf dem Wege nach Honanfu vor dieser Stadt über den Fluß setzen lassen wollte, ein Mordanschlag ausgeführt worden sein. Der Angreifer, dessen Waffe ein Speer gewesen sei, habe einen Wegleiter getötet. Die Kaiserin jedoch sei unverletzt geblieben. Der Verbrecher wurde niedergeschlagen. Der Hof hat am Freitag nach fünfzigem Aufenthalt Honanfu verlassen.

Der Sühnepinz ist in Shanghai eingetroffen. Er erklärte, was man ihm gern glauben wird, daß er sich auf seiner Sühnfahrt ausgezeichnet unterhalten habe.

#### Vollendung der Raubschurei-Bahn.

Der Korrespondent der "Daily Mail" meldet aus Petersburg: Die letzte Schiene der Raubschurei-Eisenbahn wird auf der Station Menduche am 3. November gelegt werden. Hiermit wird die Linie Moskau-Wladivostok vollendet.

### Amerika.

#### Ründigung des Nicaraguakanal-Vertrages.

Nicaragua kündigte den Vertrag vom Jahre 1867, der den Vereinigten Staaten das Recht einräumt, den Kanal durch Nicaragua zu bauen, sowie den Auslieferungsvertrag vom Jahr 1870. Ein Grund für die Kündigung ist nicht angegeben. Wie der "Frankf. Zig." jedoch aus New York gemeldet wird, werden die freundschaftlichen Beziehungen zu der Union dadurch nicht gestört werden. Und "Morning Post" erklärt aus Washington, Nicaragua habe den Kanalvertrag mit den Vereinigten Staaten auf Veranlassung des Staatssekretärs Haye gekündigt, welcher angeht, daß der Vertrag doch binnen Jahresfrist ablaufen würde, es für das Beste gehalten, ihn schon jetzt zu beiseite zu lassen, um den Abschluss eines neuen Vertrages zu erleichtern, welcher den Vereinigten Staaten eine längere Frist zum Bau des Kanals gewährt.

## Der Boeren-Krieg.

### Ueber die englische Niederlage bei Beerenlaage

Uegen noch folgende ergänzende Meldungen vor: "Die Boeren griffen am 30. Oktober die Nachhut des Obersten Venon an und erbeuteten zwei Kanonen. Venon fiel bald nach Beginn des Kampfes. Major Woods Sampson übernahm nun das Kommando, sammelte die Truppen und nahm eine Verteidigungsstellung. Die Boeren machten verzweifelte Anstrengungen, die ganze Streitmacht der Engländer niederzuwerfen und gingen wiederholt gerade auf deren Linien los, wurden aber unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Ihr Gesamtverlust wird auf 200 bis 400 Mann geschätzt. Die Verteidigung der Engländer wurde standhaft aufrecht erhalten, bis Oberst Carter am 1. November früh mit Verstärkung eintraf. Alsdann zogen sich die Boeren zurück.

Die "Daily Telegr." aus Pretoria meldet, gelang es Major Sampson, den ganzen Convoi der Truppen und die Wagen zu retten. Die Boeren liegen in ihrem Angriff nicht nach, feuerten aus guter Deckung und aus Verhauungen auf das in Eile formierte Lager, ver mochten aber die beiden Kanonen, welche im offenen Felde 500 Yards von den kämpfenden Parteien entfernt standen, nicht fortzuschaffen. Carter hat nach seiner Ankunft den Feind zerstreut. Die Boeren, welche gehofft hatten, die ganze Truppenmacht gefangen zu nehmen, hatten das Befehl bis zur Ankunft Carters fortgesetzt. Andre Truppen sind annehme zur Verfolgung des Feindes abgegangen. Die Engländer machten einige Gefangene.

Es ist nur wunderbar, daß diese Einzelheiten, die die englische Niederlage auf den ersten Blick minder schwer erscheinen lassen, erst so ver spätet bekannt werden. Wenn Oberst Carter noch in den Kampf eingriff, die zwei Geschütze rettete und die Boeren zerstreute, half, so verrät es einen für einen englischen Befehlshaber doppelt auffallenden Mangel an Ehrgeiz, daß er hier von Kitchener in seinem ersten Telegrammen nicht mit einer Silbe Mitteilung machte. Da man eine solche Selbstverleumdung Oberst Carters im Ernst nicht zutrauen kann, hat man diese ganzen Details zum guten Teil wohl als Erfindungen zu betrachten. Kamentlich die "Schätzung" des Boerenverlustes hat nicht den mindesten Wert. Ebenso unwahrscheinlich ist es, daß die Engländer einige Gefangene gemacht hätten.

Eine andre englische Meldung behauptet,

### Louis Botha

sei der Führer der Boerenabteilung gewesen, die Venons Kollonne überfallen habe. Ausgeschlossen wäre es nicht, daß Botha in Eilmärschen nach Norden geeilt wäre, um den Engländern, die seine beinahe erfolgte Gefangennahme ja verschiedentlich angekündigt hatten, einen schlagenden Beweis dafür zu liefern, daß er sich noch der vollen Bewegungsfreiheit erfreut. Etwas Gewisses darüber, ob Botha wirklich das Befehl bei Beerenlaage geleitet hat, werden die Engländer aber schwerlich in Erfahrung gebracht haben. Man schließt seine Anwesenheit wohl aus der Schwere der Niederlage.

### Ueber den Eindruck der Diabbspö

schreibt uns unser Londoner Korrespondent: "Die Nachricht von der blutigen Niederlage Venons bei Behel wurde den Londonern vorgelesen vor mittag bekannt. Sie kam zu einer möglichst ungeliebten Zeit. Die Bevölkerung befand sich in einer Mafeking-Stimmung, das Bestand war im Hologenschmauch gefüllt zu Ehren des von seiner Reise durch das Empire heimkehrenden Kronprinzen. Witten in dieses fest hinein kam die südafrikanische Diabbspö. Die patriotische Begeisterung erlitt eine bedeutende Herabstimmung. Man fragt sich, ob die Behörden in England und Südafrika noch immer nicht von dem fatalen Irrtum der Unterschätzung des Feindes geheilt seien. Seit dem 17. September haben die Boeren eine geradezu stamenswerte Tätigkeit entfaltet. In den letzten sechs Wochen mußten sich die englischen Verluste an Toten und Verwundeten auf mindestens 1000 Mann belaufen haben. Die Boeren waren auf der ganzen Linie in der Offensive. Ist es möglich, daß sie all diese Angriffe in den verschiedensten Teilen des südafrikanischen Gebietes mit 10000 Mann vollführen könnten? Die Antwort auf diese Frage kann nur die sein, daß die Kapkolonien sich den Boeren in Massen anschließen. Aber das will die Regierung nicht zugehen, wenigstens nicht öffentlich zugehen. Denn ein solches Zugeständnis würde in

sich eine Verdamnung ihrer Kapkolonie-Politik schließen. Die Abendblätter fordern die Regierung auf, mit dem Massenanstande der Kapkolonien als mit einer Thatsache zu rechnen und schleunigst nach Südafrika Verstärkungen zu schicken. Ueber die Stimmung in der Provinz ist nicht viel bekannt.

### Eduard VII. als Vetter.

Ueber diese ungewöhnliche Erscheinung wird vom Sonntag aus London gemeldet: Anlässlich der Rückkehr des Herzogs und der Herzogin von Cornwall und York fand Freitagabend an Bord der königlichen Yacht in Portsmouth eine Festfeier statt. König Eduard brachte einen Trinkspruch aus, in welchem er unter andern sagte: "Leider dauert der Krieg immer noch fort; aber wir beten inbrünstig um Wiederherstellung des Friedens und der Wohlfahrt."

Eduard VII. betet und Lord Kitchener hängt die gefangenen Boerenoffiziere! Erst hat nun der König hierfür den himmlischen Segen?

### 300 000 Mann Boerenverlust.

Im "Morning Leader" konstatiert ein Einsender, der sich als "Engländer" unterzeichnet, daß er sich das kleine Privatvergnügen gemacht habe, während der vergangenen vier Monate die täglich in den Londoner "Morning" und Tagesblättern angegebenen Verluste der Boeren zu notieren. Da aber in der genannten Zeit die boerische Verlustliste schon über die Hunderttausend hinausging, während die von den englischen Truppen angeblich erbeuteten Pferde, Schafe, Ochsen, Wagen usw. schon den sieben Ziffern sich näherten, so habe er das Zählen aufgegeben, fürchtend, daß seine Rechenkunst einer solchen Berichterstattung nicht standhalten könne. — Das radikale Blatt "Reynolds News" gab schon vor mehreren Monaten die Verluste der Boeren nach den in London veröffentlichten Zahlen auf mehr als 300 000 an, und knüpfte daran die ironische Bemerkung, daß auf diese Weise der ganze Krieg den Boeren auf die Dauer über eine Million Menschen kosten würde.

### Russische Pferde für Südafrika.

Warschau, 3. November. Einer Blättermeldung zufolge hat ein hiesiges Handlungshaus mit der englischen Regierung einen Vertrag auf Lieferung von 20 000 Pferden für die englische Kavallerie abgeschlossen. Einige Tausend seien bereits geliefert.

### Protest gegen die Konzentrationslager in Südafrika.

Das internationale sozialistische Bureau hat, wie der Telegraph bereits gemeldet, am letzten Samstag eine Sitzung im Raillon du Peuple zu Brüssel abgehalten. Der Sekretär des Bureaus Serny war die vergangene Woche in England gewesen und hatte mit Hyndman, Quetch und Lee von der sozialdemokratischen Föderation und Penny, dem Sekretär der unabhängigen Arbeiterpartei zu beraten. Dieselben sind mit einer internationalen Kundgebung gegen die Konzentrationslager einverstanden, meinen aber, daß dieselbe zugleich einen Protest enthalten müsse gegen alle Grausamkeiten, die seitens anderer Nationen in ihren Eroberungskriegen begangen worden sind. Die englischen Genossen haben erklärt, daß sie dem Boykott Englands seitens der Hafenarbeiter des Kontinents sympathisch gegenüberständen, daß sie aber den Erfolg bezweifelten.

Hyndman machte sich ferner anbeifig, durch Zahlen nachzuweisen, daß England sich in einem ökonomischen Niedergang befinde. Das Bureau beschloß die Veröffentlichung eines Pamphlets gegen die Konzentrationslager.

## Partei-Nachrichten.

Protest gegen den Hungerzoll. In Frankfurt a. M. wurden bei 295 000 Einwohnern 44 873 Unterschriften gegeben, in Magdeburg bei 290 000 Einwohnern ungefähr 38 000, in Braunschweig bei 128 000 Einwohnern 38 497, im elbischen Wahlkreis Milansau ungefähr 19 000, davon allein in der Stadt Mühlhausen mit 69 000 Einwohnern 17 531, in Gießhübel mit 6000 Einwohnern 1122. Im Herzogtum Koburg-Gotha kommen noch einige Tausend Unterschriften zu den bis jetzt gezählten hinzu, so daß mindestens die Summe von 20 000 erreicht wird. In dem nur rund 4000 Einwohner zählenden Städtchen Oberberg i. M. wurden 1089 Unterschriften gegeben.

In dem Streite zwischen Bebel und Kolb bezog den badischen Parteigenossen, antwortet Kolb jetzt nochmals auf Bebel's Erwiderung. Bezüglich der Keuherung von Ueberbordwerfen von Programmballast, wie z. B. des Frauenstimmrechts, hat Kolb einen unbedeutenden Zuhörer gebeten, ihm zu besätigen, wie sich dies zugetragen hat. Dieser schreibt nun an Kolb:

Soviel mir erinnerlich, war die in Frage stehende "inkriminierte" Keuherung über das Frauenstimmrecht von Ihnen gethan in der auf unsrer Land-Konferenz entstandenen Debatte, als es sich für Sie darum handelte, zu zeigen, daß mit der bloßen revolutionären Phrase ohne praktische Meinarbeit nichts für uns zu erreichen sei. Sie wollten dabei u. a. darthun, daß unser Programm eine Anzahl prinzipieller Forderungen enthalte, die, wenn sie jetzt schon verwirklicht würden, durchaus zu unserem Schaden ausfallen würden. So insbesondere das politische Stimmrecht der Frauen, die heute noch zu neuem Scheitern unter dem Einflusse der traditionellen politischen, sozialen und religiösen Anschauungen der bürgerlichen Gesellschaft ständen.

Der Eindruck, als wollten Sie die prinzipielle Verchtigung jener programmatischen Forderung in Abrede stellen, konnte bei denjenigen, die Sie richtig verstehen wollten, keineswegs ausfallen. Schließlich war auch jeder Zweifel an dem Sinn Ihrer Worte ausgeschlossen, nachdem Sie auf die Angriffe eines Parteigenossen, der Ihre Keuherung in isohaler Weise sofort zu einem Verbrechen an der Majestät unsrer Parteiprogramms anzuhängen versuchte, die formelle Erklärung abgegeben hatten, daß Sie selbstverständlich in allen Punkten auf dem Boden dieses Programms ständen.

Meines Erachtens stellte Ihre Keuherung viel mehr den Ausdruck Ihrer persönlichen Stimmung als Ihrer Aderzeugung dar.

In der Sache mit der Gehaltsberhöhung des Oberbürgermeisters von Karlsruhe hatte Bebel geschrieben, daß ihm die Gründe, die Kolb dafür angegeben bewiesen, wie sehr das sozialdemokratische Denken in Karlsruhe Schaden gelitten hätte. Kolb giebt deshalb nochmals eine ausführlichere Darstellung des Vorganges, indem er schreibt:

Durch die Einführung des bürgerlichen Gehaltsbuches kamen bei dem hiesigen Oberbürgermeister ca. 2500 M. Gebühren in Wegfall, die er bis dahin neben seinem etatmäßigen Gehalt bezogen hatte. Daß ihm dafür in Form einer Erhöhung des etatmäßigen Gehalts Ersatz geleistet werden mußte, wird Bebel — formalweise wenigstens — zugeben müssen. Das etatmäßige Gehalt hätte also von 14 000 M. auf 16 500 M. erhöht werden müssen. Die Logik dieses Sages wird auch noch vor dem sozialdemokratischen Denken bestehen können. In einer gemischten Sitzung, zu welcher Genosse Schaler zugezogen war, wurde von bürgerlicher Seite vorgeschlagen, eine über das absolut notwendige Maß hinausgehende Gehaltsberhöhung zu bewilligen, mit der Begründung, daß der hiesige Oberbürgermeister gegenüber seinen Kollegen in den andern größeren Städten Badens ein verhältnismäßig geringeres Gehalt bezog (der Mannheimer Oberbürgermeister bezog 20 000 M.). Genosse Schaler lehnte in der Kommission eine blühende Antwort ab, da er sich erst mit der Fraktion verständigen wollte. Diese war einstimmig der Meinung, daß man es billigerweise verantworten könne, das Gehalt nach oben abzurufen und 17 000 M. zu bewilligen. Damit erklärte sich die bürgerliche Mehrheit einverstanden.

Kolb geht dann noch weiter auf die von Bebel behauptete Sozialistenfresserei des Oberbürgermeisters ein und setzt den Behauptungen Bebel's eine gegenteilige Darstellung entgegen. Im übrigen erklärt Kolb, seinerseits die Polemik nunmehr schließen zu wollen.

Das Jubiläum seines zehnjährigen Bestehens feierte das „Volkblatt für Anhalt“. So lange besteht das Blatt als selbständige Zeitung, während es vor dem Jahre hindurch als Kopfbild existierte. Das Blatt, das heute in gutem Stande ist, hat seine Kämpfe durchzumachen gehabt wie alle sozialdemokratischen Parteiblätter; hat es doch in den 10 Jahren seines Bestehens 11 verantwortliche Redacteure verbraucht, während der 12. jetzt noch zeichnet. Die Jubiläumnummer bringt zahlreiche lokale Erinnerungen aus der Zeit vor 10 Jahren.

**Gemeinderatswahlen.** Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Eberswalde errangen unsere Parteigenossen einen schönen Erfolg. Es waren 6 Stadtverordnete zu wählen. Es fielen 745 Wähler ihre Wahlrecht aus, so daß die absolute Majorität 373 beträgt. Gewählt wurden 2 Gegner mit 376 und 391 Stimmen, in die Stichwahl kommen 2 Gegner mit 367 und 340 Stimmen mit den 6 Parteigenossen, die 864 bis 847 Stimmen haben. Es sind also noch 4 Stadtverordnete zu wählen, so daß unter allen Umständen mindestens 2 Parteigenossen gewählt werden müssen. Die Stichwahl ist am 16. November.

In Forst in der Lausitz errangen die Parteigenossen einen glänzenden Sieg. Während die vereinigten Gegner 771 Stimmen aufbrachten, ergab unsere Liste 1001 Stimmen. Es wurden 6 Parteigenossen gewählt, so daß wir jetzt 11 Vertreter im dortigen Stadtverordneten-Kollegium haben.

**Aus den Organisationen.** In einer Parteiverammlung in Riel wurde die Berechnung des 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreises für die Zeit Dezember 1900 bis inkl. Oktober 1901 vorgetragen. Danach hatte die Kreisliste eine Einmache von 2472 W. Die Lokalliste in Riel hatte eine Einmache von 3547 W. und eine Ausgabe von 2718 W.

**Totenliste der Partei.** Genosse E. W. Müller in Hamburg, einer der ältesten Streiter für die Sache des Proletariats, ist am Freitag im Alter von 81 Jahren gestorben. Der Verstorbene war Arbeiter; er schloß sich schon vor mehr als dreißig Jahren dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein an. Die schweren Stürme des Sozialistengesetzes brachten den schon im Greisenalter stehenden Kämpfer nicht ins Wanken. Getreulich fand er sich in seinem Bezirk ein, wenn die tätigen Genossen zusammenberufen wurden. Erst als das Alter seinen Tribut forderte und dem Körper die Kräfte schwanden, war Müller gezwungen, seine Tätigkeit einzustellen. Die Genossen werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Genosse R. J. Gabrielsen, der Redacteur des sozialdemokratischen Wochenblattes „Folkebladet“, ist am 31. Oktober in Stockholm gestorben. Ursprünglich Arbeitermann und hauptsächlich bei Eisenbahnanlagen tätig, hatte er sich durch eifernen Fleiß eine umfassende Bildung erworben. Als die sozialdemokratische Partei 1894 das für die Landbevölkerung bestimmte „Folkebladet“ gründete, wurde er Redacteur dieses Blattes, nachdem er vorher schon längere Zeit für „Socialdemokraten“ tätig gewesen war. Auch als Dichter der Arbeiterbewegung hat sich Gabrielsen vielseitige Anerkennung erworben.

**Ueber das Schicksal Georg Haases** von der polnisch-sozialistischen Partei, der seit Monaten in Katowitz in Untersuchungshaft sitzt wegen des polnischen Mai-Aufstands, erzählt die „Gazeta Robotnicza“, daß die Untersuchung seit circa 2 Monaten beendet ist, daß aber trotzdem bis jetzt noch kein Termin zur Hauptverhandlung angesetzt ist.

### Polkeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Amtsblatt-Redacteur im sächsischen Voigtlande hatte beantragt, die Sammler von Unterschriften für eine Kampfbroschüre hätten die Unterschriften von Frauen und Mädchen „herausgepreßt“. Dafür hatte ihn das sächsische Volksblatt „gehörig auf die Finger geklopft und verlangt, er solle Beweise für seine Behauptungen erbringen, andernfalls müsse es ihn für einen „gewerbsmäßigen Verleumder“ erklären. Der Herr bewies nichts, klagte aber statt dessen wegen Verleumdung unter Vernichtung des fliegenden Gerichtsstandes und erzielte die Beurteilung des verantwortlichen Redacteurs, Genossen Rob. Albert zu 14 Tagen Gefängnis.

### Aus Industrie und Handel.

**Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinen-Industrie.** Bis zu welchem Grade die Krise in den Eisen verarbeitenden Industriezweigen den Arbeitsmarkt zerrüttet hat, zeigen die Ergebnisse einer Rundfrage, die die Redaktion der Berliner Halbmonatsschrift der „Arbeitsmarkt“ Mitte Oktober bei Arbeitgeber und Arbeitern veranstaltet hat. Die eingelaufenen Antworten beziehen sich auf die Beschäftigungsverhältnisse von ca. 182 000 Metallarbeitern, also mehr als den 10. Teil aller im Metall- und Maschinengewerbe beschäftigten Personen. Fast an allen Orten, namentlich aber in den Hauptcentren der Metall- und Maschinen-Industrie, so in Chemnitz, Magdeburg, im Solinger Bezirk usw. ist eine erheblich verkürzte Arbeitszeit eingeführt, die sich auf mehr als 1/3 der Gesamtzahl erstreckt. Die Wirkungen der Krise beschränken sich aber nicht auf die bloße Verkürzung der Arbeitszeit, sie führen zu erheblichen Entlassungen und steigern die Zahl der Arbeitslosen. Von 88 000 Arbeitern, für die Angaben vorliegen, sind 11 150 ohne Beschäftigung, das heißt 12,6 Proz. — ein Prozentsatz, der allerdings nicht ohne weiteres auf die Million Metallarbeiter, die es in Deutschland im ganzen gibt, verallgemeinert werden darf. Dazu kommt endlich die Reduktion der Lohnhöhe. Fast in allen größeren Betrieben werden Lohn- und Recordabzüge gemacht. Am schärfsten gehen die Recordabzüge zurück. Lohnherabsetzungen haben bisher in Orten mit zusammen 80 000 Arbeitern stattgefunden.

**Der Centralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin** berichtet über den Geschäftsbetrieb im Monat Oktober 1901:

ungelehrte Arbeiter	Maler	Schlosser	Klempner	Tapenzer	Weißb.	insgesamt
Eingeschriebene, arbeitsuchende Pers.	2049	1149	450	129	430	3187
Von Arbeitgebern vermittelte Arbeitskräfte	1798	1418	206	130	547	4394
In Arbeit gebrachte Personen	1650	608	179	95	246	3006

Ein ungeheurer Wahner ist der bürgerlichen Presse in Leipzig in der „Deutschen Hochschulzeitung“ entstanden. Wir brachten vor kurzem die Mitteilung, daß dieses Blatt den Vorwurf erhob, die Leipziger bürgerliche Presse habe vor dem Zusammenbruch der Leipziger Bank warnende Nachrichten zurückgehalten und von sachkundiger Seite eine Schilderung über die faule Gründung der Treibergesellschaft zurückgewiesen. Jetzt legt die „Hochschulzeitung“ ihre Angriffe fort, mit dem Hinweis, daß die „Frankfurter Zeitung“ und der „Völkchen-Courier“ lange vor dem Zusammenbruch des Schwindelnunternehmens dem Finanzinstitute Egner u. Dodel ihr Vertrauen bekundeten. Warum, so fährt das Blatt fort, hat keine der Leipziger Zeitungen diese aggressive Haltung zweier auswärtiger Organe auch nur einmal in einen haarscharfen Ruffrage zur Erörterung herangezogen? Warum ließ denn Herr Dr. Lman von den Leipziger „Neuesten Nachrichten“ den Sprudel seines Tiradentums unter permanentem hermetischen Verschluss, so daß es fogeliche Angriffe auf die „Leipziger Bank“ und den Kasseler Schwindel zurückzuweisen gab? Ja, warum schwieg der in Berlin domizilierte Chefredacteur der „Leipziger R.“? ... Niemand zur Freund, niemand zum Leid trieb insbesondere eine heftige Tageszeitung ihre unverfrorene Verleumdungspolitik bis zum dritten Tage vor dem Einsturz der Leipziger Bank weiter.

Das Blatt wundert sich, daß der von ihm bekanntgegebene Fall, wonach ein Kaufmann, der der Kasseler Treibergesellschaft ihre unsolide Grundlage nachweisen wollte, von der Redaktion einer Leipziger Tageszeitung zurückgewiesen wurde, in der bürgerlichen Presse von keiner Seite zu einer Rechtfertigung benutzt wurde. Die „Hochschulzeitung“ folgert daraus:

„Also muß doch jenes argbefangene Blatt bis zuletzt in irgend welchem Sinne zu der ruinirten Bank auf der Klosterstraße gestanden haben! In einem mindestens diskutablen Zusammenhang, der im vorliegenden Fall, als wider die guten Sitten verstößend, Tausende von unsren Mitbürgern um ein reichliches Stück ihres Vermögens brachte! Oder hat jener Herr aus dem Kongressviertel gelogen? Hat er's etwa auf das bewußte Blatt aus rein egoistischen Gründen besonders abgesehen? Dann gebiet der Betreffende, mit dessen Namen wir zu jeder Zeit dienen können, vor den Rudi. Als ein Verleumder, der die öffentliche Ruhe in unerhörter Weise zu tangieren wußte...“

Auf jeden Fall aber ist Licht und abermals Licht in jener dubiosen Sache nötig, soll nicht zuguterletzt der Verdacht immer mehr an Nahrung gewinnen, daß in dem Handelsteil eines gewissen hiesigen Blattes der Gesamtbetrieb mindestens an leitender Stelle an Objektivität und kritischem Gleichmaß manches, um nicht zu sagen alles, zu wünschen übrig läßt.

Besser wäre es, wenn die „Hochschulzeitung“ zum offenen Angriff überginge und die Zeitung, gegen die sie den Vorwurf erhebt, nennen würde. Das Versteckspiel hat keinen Zweck, hier heißt es fest zupacken.

**Die Reichsbank** hat nach ihrem Wochenauweis zum Monatswechsel eine stärkere Ironspruchnahme zu verzeichnen. Der Metallbestand ging um 15,6 Millionen zurück und der Rotenumlauf stieg um 50 Millionen. Gegenüber dem Vorjahre ist keine Verschlechterung eingetreten, denn während die Bank heute noch über eine steuerfreie Notenreserve von 103 Millionen verfügt, war im Vorjahre ein steuerpflichtiger Rotenumlauf von 188,6 Millionen zu verzeichnen. Der Wechsel und Lombardbestand ist um 32 535 000 M. gestiegen und erreicht die Summe von 975 590 000 M.

**Drahtstrickverband.** In der am 30. Oktober abgehaltenen Sitzung des Ausschusses des Drahtstrickverbandes wurde die Verlängerung desselben auf drei Jahre beschlossen, nachdem die größeren rheinisch-westfälischen Fabrikanten, die noch zurückhielten, beigetreten waren.

**Das westfälische Kohlenhändlertum** bewilligt die „R. B.“ zufolge, gemeinsam mit dem Halbzahnerverband die Ausfuhrvergütungen in bisherigem Umfang für Lieferungen bis Ende März.

**Konkurrenz gegen den Petroleum-Trust.** Der bisher den Weltmarkt beherrschenden, im Besitz des Dr. Modestellens befindlichen Standard Oil Company ist auf dem Gebiete der Petroleum-Produktion ein Rivale entstanden in dem kürzlich gebildeten Hog-Swayne-Trust, welches in Beaumont im Staate Texas seinen Sitz hat. Die Gesellschaft verfügt über ein Betriebskapital von 25 Millionen Dollar und besitzt 60 Quellen, die eine tägliche Ausbeute von 100 000 Barrels (ca. 165 000 Hektoliter) ergeben. Am dieser Produktion, die man durch die Vornahme von Neubohrungen noch zu steigern hofft, einen schneellen und billigen Absatz zu sichern, soll von Spindletop, in der Nähe des unweit der Ozeanenge des Staates Texas, etwa 50 Kilometer vom Golf von Mexiko landeinwärts gelegenen Beaumont, bis Sabine Pass, etwa 100 Kilometer östlich Galveston, eine besondere Abzweigleitung geführt werden. Ferner ist der Bau von 50 Speicell für den Öltransport eingerichteten Dampfern sowie die Anlage umfangreicher Sammelbehälter für eine größere Zahl von Häfen in Aussicht genommen. Die Gesellschaft hofft, den Produktionsbetrieb in dem projektierten Umfang noch vor Ablauf des nächsten Jahres aufnehmen zu können.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Arbeiter!** Die Firma Rowa & Co., Nischhofenstr. 10, Van Evertstraße und Landsberger Allee, ist wegen Lohn-differenzen gesperrt.

Bisher wurden gezahlt für bessere Tapeten, teils mit Wandstücken 18 Pfennig pro Rolle, Vordern überhaupt nicht, Preise mit 50 Pfennig.

Die Lohnkommission, welche auf Wunsch der Kollegen vorstellig wurde, konnte mit dem Unternehmer nicht Rücksprache nehmen, da Frau Rowa die Verhandlungen vermittelte.

Die Lohnkommission der Arbeiter Berlin und Umgegend.

#### Deutsches Reich.

**Eine Urabstimmung im Sattler-Verbande,** die namentlich zu dem Zwecke stattfand, die Stimmung der Mitglieder bezüglich der Frage einer Beitragserhöhung sowie ihrer Stellungnahme zur Arbeitslosen-Unterstützung kennen zu lernen, führte zur Annahme der ersteren, aber Ablehnung der letzteren. Von 3928 Stimmberechtigten stimmten 1980, also 50,42 Proz. ab. Für die Beitragserhöhung stimmten 79 Proz., dagegen 21 Proz. An der notwendigen Zweidrittel-Majorität für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung fehlten 132 Stimmen, inmerhin betrug die Anzahl der für eine solche Unterstützung Eintretenden weit über 50 Proz. der Abstimmenden.

**Das Kreisamt der Buchdrucker für den Tarifkreis VII (Sachsen)** hat sich dieser Tage mit den für diesen Kreis beantragten Lokalzuschlägen zum Tarifminimum befaßt und folgendes beschlossen: Die für Dresden und Pilsna beantragten Erhöhungen des Lokalzuschlags wurden abgelehnt. Neu belegt mit Lokalzuschlägen wurden Bautzen mit 5, Pirna mit 2 1/2 und Jüdischau mit 7 1/2 Proz. Erhöht wurden die Lokalzuschläge von Chemnitz von 10 auf 12 1/2 und Plauen von 5 auf 10 Proz. Für Leipzig war der Lokalzuschlag schon bei den Beratungen des Tarifamts über den neuen Tarif im September von 17 1/2 auf 20 Proz. erhöht worden.

**Die Dresdener organisierten Droschkenführer,** die Mitglieder des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter sind, befinden sich zur Zeit in einem Kampfe um Aufrechterhaltung ihrer Organisation, die die Droschkenbesitzer mit allen Mitteln zu zerstören trachten. Zu diesem Behufe gebrauchen sie eine Art Femgericht, das nur zusammengesetzt ist aus Mitgliedern der Unternehmer-Organisation: Wenn sich ein Aufseher in irgend einer der Herren Droschkenbesitzern unangenehm Weise bemerkbar macht, dann schließt dieses Femgericht den Aufseher auf 3 und 6 Monate vom Fahrtdienst aus. Jetzt sind wieder 6 Aufseher, die ein gewerkschaftliche Angelegenheiten behandelndes Flugblatt unterzeichnet hatten, auf sechs Monate von der Beschäftigung ausgeschlossen. Die Droschkenbesitzer haben nun beschlossen, die Droschken, von denen die sechs Kollegen durch Verurteilung hinweggenommen wurden, so lange nicht zu fahren, als diese Berrufs-erklärung in Kraft bleibt und mit allen gesetzlichen Mitteln für die Durchführung dieses Beschlusses einzutreten.

**Die Arbeiter auf dem Salzbergwerk Neu-Stassfurt** bei Stassfurt haben ihre Kündigung eingereicht. Ursache ist die wiederholte Mißregelung von drei Kollegen, von denen einer 1. Bevollmächtigter, ein anderer Kartellvorsitzender ist. In Betracht kommen 11 Verheiratete mit 32 Kindern und 1 lediger Streikender. Da das Salzwerk Neu-Stassfurt ein Millionen-Unternehmen ist, wird der Kampf ein harter werden.

#### Rudland.

**Hafenarbeiterstreik in Palermo.** Die Doder von Palermo sind sämtlich in den Streik getreten. Die Kohlen beginnen zu mangeln und die Gasproduktion ist bereits eingeschränkt. Der Verkehr im Hafen ruht vollständig. Die Hafenarbeiter aller italienischen Hafenplätze sind benachrichtigt und werden Schiffe, von Palermo kommend, nicht löschen. Die Gasgesellschaft hat sich an den Präfecten gewandt.

### Sociales.

Das endgültige Ergebnis der Volkszählung für den preussischen Staat wird in der „Statistischen Korrespondenz“ veröffentlicht.

Öffentl. Nach. Danach hatte der Staat am 1. Dezember 1900 im ganzen 34 472 039 Einwohner, darunter 17 501 084 weibliche. Die einzelnen Provinzen des Staates hatten, der Größe nach geordnet:

Rheinprovinz	5 759 798
Sachsen	4 688 857
Westfalen	3 187 777
Brandenburg	3 108 564
Sachsen	2 832 616
Hannover	2 590 939
Ostpreußen	1 906 626
Hessen-Nassau	1 897 661
Stadtkreis Berlin	1 888 848
Posen	1 887 275
Pommern	1 634 832
Westpreußen	1 563 658
Schleswig-Holstein	1 387 968
Hohenzollern	66 790

Der Staat hatte 1296 Städte und im Stande der Städte verteilte Flecken. Darunter waren 88 mit weniger als 1000 Einwohnern, 240 mit 1000 bis 2000 Einwohnern, 290 mit über 2000 bis 3000 Einwohnern, 145 mit über 3000 bis 4000 Einwohnern, 110 mit über 4000 bis 5000 Einwohnern, 71 mit über 5000 bis 6000 Einwohnern, 46 mit über 6000 bis 7000 Einwohnern, 42 mit über 7000 bis 8000 Einwohnern, 33 über 8000 bis 9000 Einwohnern, 16 mit über 9000 bis 10 000 Einwohnern, 110 über 10 000 bis 20 000 Einwohner, 60 über 20 000 bis 30 000 Einwohner, 21 über 30 000 bis 40 000 Einwohner, 10 über 40 000 bis 50 000 Einwohner, 24 über 50 000 bis 100 000 Einwohner und 22 über 100 000 Einwohner.

### Der französisch-türkische Konflikt in der Deputiertenkammer.

Paris, 4. November. In der heutigen Sitzung interpelliert zunächst Berry die Regierung über die Mittel, durch welche sie im Einvernehmen mit den andern Mächten von England erwirken könnte, daß die Frauen und Kinder der Boeren nicht länger in den Konzentrationslagern verbleiben. Der Minister des Auswärtigen Delcassé verlangt die Vertagung dieser Interpellation bis nach der Erledigung der übrigen. Die Vertagung wird vom Hause angenommen.

Sembat verlangt die sofortige Beratung seiner Interpellation über den französisch-türkischen Konflikt, welche auf den 15. November festgesetzt war. Der Minister des Auswärtigen erklärt sich bereit, diese Interpellation sofort zu beantworten. Sembat (Soz.) begründet hierauf seine Interpellation. Delcassé erklärt sodann: Er habe die armenische Frage niemals aus dem Auge gelassen. Von dem Zwischenfall mit der Türkei sei nichts geheim gehalten worden, nicht einmal die Tatsache der Entsendung des Schwabers. Geheimgehalten sei nur, welches der Bestimmungsort desselben sei. Was man wolle, sei ein für allemal der Wengung des Rechts und den Winkeln ein Ende zu machen, welche man Frankreich gegenüber zur Anwendung gebracht habe. Frankreich habe Geduld gehabt und wenn es diese solange bewiesen habe, so sei dies geschehen, um desto besser zu zeigen, daß ihm andre Mittel zu Gebote stehen. (Bezeugung.) Der Minister legt sodann dar, worin die Beschwerden Frankreichs beständen. Die Regierung wolle, indem sie in diesen verschiedenen Fällen für die französischen Staatsangehörigen eintrete, gleichzeitig auch die anderen Interessen Frankreichs verteidigen. In der ganzen Angelegenheit habe er nur solche Forderungen vorbringen wollen, welche er vor der ganzen Welt vertreten könne (Beifall) und es liege nur an dem bösen Willen der Türkei, daß die diplomatischen Beziehungen unterbrochen seien. Die Regierung werde alles Mögliche thun, um in Armenien und sonst die Ruhe wiederherzustellen.

Hierauf wird über die Priorität der Tagesordnung Sembat abgestimmt, welche lautet: „Die Kammer ist, in der Ueberzeugung, daß Frankreich einen Mangel an Pflichtgefühl zeigen werde, wenn es nicht in wirksamer Weise den Schutz der Armenier ausüben würde, entschlossen, die Herbeiführung dieses Schutzes durch ein Zusammengehen mit den Mächten zu erleichtern.“ Die Priorität dieser Tagesordnung wird mit 227 gegen 212 Stimmen angenommen. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärt hierauf, die Regierung wolle die Tagesordnung Sembat zurück, weil dieselbe nicht das Vertrauen der Kammer zum Ausdruck bringe, welches die Regierung zur Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe nötig habe. (Beifall.) Ribot sagt, er werde nicht für ein Vertrauensvotum der Regierung gegenüber stimmen, weil er zur allgemeinen Politik der Regierung kein Vertrauen habe. Brisson erklärt, unter den obwaltenden Umständen der Regierung ein Vertrauensvotum vorzulegen, heiße das Andenken Frankreichs herabmindern. Er fordere alle Republikaner auf, sich zu vereinigen, um der Regierung ihr Vertrauen auszudrücken. Schließlich wird die Tagesordnung Sembat mit 314 gegen 75 Stimmen verworfen und für eine Tagesordnung Chaufenet, welche von der Regierung angenommen wird, mit 302 gegen 241 Stimmen die Priorität angenommen. Diese Tagesordnung lautet folgendermaßen: „Im Vertrauen darauf, daß die Regierung den Interessen und der Ehre Frankreichs Achtung verschaffen wird, geht die Kammer zur Tagesordnung über.“ Die Tagesordnung selbst wird sodann ebenfalls angenommen und die Sitzung um 6 Uhr aufgehoben.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

#### Entgleis.

**Antwerpen, 3. November.** (W. H.) Unbekannte legten in der vergangen Nacht fünf große Holzblöcke auf die Eisenbahnschienen der Linie Antwerpen-Tournout, wodurch der um Mitternacht abfahrende Personenzug, in welchem sich zahlreiche Passagiere befanden, entgleiste. Der Maschinenführer wurde schwer verletzt und verstarb auf dem Wege nach dem Hospital. Mehrere Passagiere haben leichte Verwundungen davongetragen. Der Zug wurde vollständig zertrümmert.

#### Schnuggler im Konflikt mit Grenzwächtern.

**Roubaix, 3. November.** (W. H.) Zwei französische Grenz-wächter gerieten mit einer Bande belgischer Schnuggler, vier Männern und einer Frau, in Konflikt. Die Schnuggler versuchten, als sie die Grenzbeamten bemerkten, dieselben zu erschrecken, worauf die Beamten ebenfalls von ihrer Waffe Gebrauch machten. Ein Schnuggler wurde schwer verwundet und ein Unbeteiligter von einer von einem Stein abrollenden Kugel verletzt. Die übrigen Schnuggler konnten sich nach Belgien retten.

#### Boths Repressalien.

**London, 4. November.** (W. H.) Nach Meldungen aus Kapstadt richtete General Botha ein Schreiben an Lord Ritchener, worin er diesem mitteilt, daß die kürzliche Erschießung eines englischen Offiziers durch die Boeren als erste Repressalie für die Hinrichtung der verschiedenen Boerenführer zu gelten habe. Weitere Repressalien würden folgen.

Badung in Berlin. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Gesamtparteitag der Socialdemokratie Oesterreichs.

Wien, den 2. November.

Erster Verhandlungstag.

Der Gesamtparteitag der österreichischen Socialdemokratie trat heute morgen im Wimmerers Saal zu seiner ersten Sitzung zusammen...

Der Saal, in dem die Verhandlungen stattfinden, ist mit Fahnen, Schildern und Inschriften in deutscher, tschechischer, polnischer und italienischer Sprache geschmückt.

Nachdem Vorkonferenzen die Delegierten im Namen der Wiener Arbeiterkassette begrüßt hatte, eröffnet Popp Wien gegen 10 1/2 Uhr die Verhandlungen im Namen der Gesamtleitung...

In Vorkonferenzen werden Popp und Remec-Prag gewählt. Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt:

- 1. Bericht der Gesamtparteivertretung.
2. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
3. Revision des Parteiprogramms.
4. Die Handels- und Zollpolitik der Socialdemokratie in Oesterreich.
5. Die Regierungsvorlage betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung.
6. Alters- und Invaliditätsversicherung, Witwen- und Waisenernährung.
7. Eventuelles.

Für die Debatte über die Revision des Parteiprogramms wird jede Beschränkung der Redezeit für den Referenten und die Diskussionsredner aufgehoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Popp herzlich die in Wien erschienenen deutschen Freunde (Bravo!) und den Vertreter der ungarländischen Socialdemokratie, den Genossen Grohmann.

Bebel, mit lautem Beifall begrüßt, erwiderte folgendes: Im Namen der socialdemokratischen Partei Deutschlands bringe ich Ihnen, zugleich im Einverständnis mit meinem Mitdelegierten und Reichstagskollegen Ehrhart die herzlichsten Grüße...

Die Revision Ihres Programms faßt ja im wesentlichen auf Erörterungen, die auch wir in Deutschland in recht umfangreicher Weise gepflogen haben.

Man kann ein Programm von Grund aus umschreiben, man kann aber auch bloß Schönheitsfehler beseitigen wollen. Im allgemeinen wird man freilich Reingefaltungen nur dann vornehmen, wenn die Entloftung der ökonomischen und politischen Verhältnisse dazu zwingt, wenn sich die Ueberzeugung Bahn bricht, daß eine oder die andre Stelle des Programms mit dem Fortschritt der Verhältnisse oder mit der wissenschaftlichen Erkenntnis nicht mehr ganz im Einklang steht.

Die zweite wichtige Frage, die uns besonders interessiert, ist Ihre Stellung zur Handelspolitik. Es handelt sich hier um eine internationale Frage, denn kein Kulturstaat kann auf sich allein angewiesen leben.

Gefällt Sie mir noch einen kleinen Rückblick. Es sind sieben Jahre her, seitdem ich das letzte Mal unter Ihnen gewesen habe. Damals gewann ich den ersten tiefsten Einblick in die österreichischen Parteiverhältnisse.

sein, und das ist gut; denn zufrieden soll man niemals sein, ehe nicht unser letztes Ideal erreicht ist, und das wird noch eine gute Weile dauern, leider! Wir wenigstens geht es viel zu langsam. (Beifall und Heiterkeit.)

Auch auf andern Gebiete habt Ihr große Erfolge errungen. Der Sturz Baderis war im wesentlichen Euer Werk und die Art, wie Ihr die Rationalitätenfrage gelöst habt, hat bewiesen, daß Ihr allen andern Parteien an Einsicht weit überlegen seid.

Den Bericht der Gesamtparteivertretung erstattet der Parteisekretär Skaret: Der überleitete Bescheid, den die Gesamtpartei in Krakau stattfanden zu lassen, wußte aus finanziellen Gründen aufgehoben werden.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Den Kassenbericht erstattet Korinek. Der Central-Wahlfonds vereinnahmte 31 251 Kronen; die Ausgaben für die Wahlen betragen 30 520 Kronen.

Den Kassenbericht erstattet Korinek. Der Central-Wahlfonds vereinnahmte 31 251 Kronen; die Ausgaben für die Wahlen betragen 30 520 Kronen.

Den Kassenbericht erstattet Korinek. Der Central-Wahlfonds vereinnahmte 31 251 Kronen; die Ausgaben für die Wahlen betragen 30 520 Kronen.

Nach kurzer Diskussion tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Von Friedrich Lehner aus London, dem Rektor der Socialdemokratie, ist ein längerer Begrüßungsrede eingegangen.

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Berichterstatter Reichsrats-Abgeordneter Ignaz Daszynski referierte über den Zeitraum der letzten Parlamentsperiode. Von der Lösung der Frage: § 14 der Verfassung, sind wir ebenso weit entfernt, wie vor 2 Jahren.

meinem Beizit sind mir allein 9000 Wähler durch Fälschung der Wählerlisten gestohlen worden. Wir sind aus den Wahlen mit dem Verlust von 5 Mandaten herausgekommen.

Wenn ich so an die Zukunft zu denken wage, beschleicht mich ein außerordentlicher Skeptizismus. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob wir überhaupt weiterarbeiten können.

Zu der That kann jeden Augenblick die Obstruktion wieder losgehen. Wenn der Pacal oder der Ramarez, der Wolf oder gar der Fressl, der dümmste von allen (Heiterkeit), ein Quod non sagen, dann muß das ganze Haus patieren.

Nur eine gesunde Wahlreform könnte Oesterreich noch auf geraume Zeit in Ordnung bringen. In diesem Sinne haben wir auf die Socialdemokratie als auf eine staatsbehaltende Partei hingewiesen.

Der Koeber will das alte einseitige Oesterreich schaffen. Gegen die Arbeiter ist es noch einseitig. Soweit Volkzigen, Gewerksamen und Staatsanwälte in Betracht kommen, ist überall ein einseitiges Vorgehen gegen das arbeitende Volk zu konstatieren.

Dr. Stark-Starbada erinnert daran, daß die Arbeitsfähigkeit des Parlaments dem Volke auch Belastungen gebracht hat. So die Erhöhung der Verbrauchsteuer.

Winaroff-Wien: Unsere Abgeordneten haben nicht immer dazu beigetragen, das Privilegien-Parlament unmöglich zu machen.

Dr. Margensien-Mährisch-Schönberg fragt an, weshalb die Regierungserklärung zur Restsummenricht nicht in Paragraphen gefaßt und für alle Zeiten festgelegt worden ist.

Winaroff-Wien: Unsere Abgeordneten haben nicht immer dazu beigetragen, das Privilegien-Parlament unmöglich zu machen.

Dr. Adler: Sie haben eine Reihe Anklagen hier gehört und ich bitte nicht zu vermuten, daß ich der Offizialverteidiger der Fraktion bin.

Dr. Adler: Sie haben eine Reihe Anklagen hier gehört und ich bitte nicht zu vermuten, daß ich der Offizialverteidiger der Fraktion bin.

klären, die Anlagen, die hier erhoben worden sind, erscheinen mir unaltbar und unbegründet, auch wenn sie auf allen Parteitagungen erhoben werden. Auf jedem Parteitag steht ein Mann, der Winarsky heißt (Heiterkeit) auf, um uns von den Vorzügen des allgemeinen Wahlrechts zu überzeugen. (Große Heiterkeit.) Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechtsbewegung, die uns angepriesen werden, sind gewiß zu jeder Zeit eine sehr gute Sache. Aber die Fraktion muß wissen, was sie will. Sie kann nicht bei jeder Gelegenheit hergehen und erklären: Wir wollen das allgemeine Wahlrecht; sie kann nicht auf alle Vorlagen erwidern: Gebt uns das allgemeine Wahlrecht. Das hat nicht die jegliche und auch nicht die vorige Fraktion getan. Soll sie etwa sagen: Die wirtschaftlichen Dinge sind unwichtig, die politischen und nationalen Dinge sind wichtiger. Das wäre die größte Thorheit. Wäre es sehr klug gewesen, wenn wir die Wasserstraßen-Vorlage verhindert hätten? Ich glaube nicht. Winarsky sagt: Die Fraktion soll eine Haltung einnehmen. Aber welche denn? (Heiterkeit.) Von Obstruktion will auch er nichts wissen. Stark wirft der Fraktion vor, sie habe die Brantweinsteuer nicht verhindert. Sie hat dagegen gesprochen und dagegen gestimmt. Was sollte sie noch thun? (Heiterkeit.) Sie soll die Fahrkarten-Steuer nicht bekämpfen haben? Ja, sie hat ja noch gar nicht dem Parlament vorgelegen. Der Fraktion wird hier die schöne Pose empfohlen. In anderen Ländern versteht man solche Hinterlistigkeiten gar nicht. (Heiterkeit.) Mit solch leichtfertigen Anlässen kompromittiert man nur den Parteitag. Ich bin der allerletzte, der für die Fraktion unbedingtes Vertrauen hat. Wenn ich mich aber in die Gesellschaft einer solchen Kritik begeben soll, da schweige ich lieber. Kritik ist gut, aber Rörgelei ist nicht gut. (Bravo!) An der Budgetdebatte haben wir ein sehr großes Interesse, und es hätte nichts geschadet, wenn die erste Lesung unseres Dringlichkeitsantrages auf Einführung der Altersversicherung statt am 25. Oktober am 10. November stattgefunden hätte. So ist die Sache verpufft. Der Fraktion sollte die Arbeit durch Rörgeleien nicht vereitelt werden. (Lebhafter Beifall.)

**Kritik-Exkurs:** Auf die Parlamente werden Hoffnungen gesetzt, die unerfüllbar sind. Das muß den Genossen immer wieder zum Bewußtsein gebracht werden. Die zehn Mann im Parlament können unmöglich Hercules-Arbeit verrichten. Das Parlament hat heute kaum mehr Wert als eine Tribüne. Die Verliebtheit in den Parlamentarismus muß den Genossen ausgetrieben werden. Etwas mehr Fühlung zwischen Abgeordneten und Arbeitern müßte hergestellt werden. Wenn ich aber gefragt werde, wie diese bessere Fühlung hergestellt werden soll, so stoße ich auf so viel Schwierigkeiten, daß ich meine Impotenz bekennen muß. (Große Heiterkeit.) Wünsche sollten an die Fraktion zu jeder Zeit gebracht werden, nicht nur bloß auf den Parteitag. Vom Parlament ist aber eine Befreiung nicht zu erwarten, wir müssen uns da auf unsere alten revolutionären Prinzipien verlassen.

Es werden zwei Anträge gestellt.

**Dr. Lech-Brillm** beantragt, die Fraktion möge einen Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts stellen.

Die Lokalorganisation von Grünwald beantragt, die Fraktion möge alle zweckmäßigen Mittel anwenden, um die Einwanderung fremder Orden und Ordensspassen nach Oesterreich vollständig zu unterlagen.

**Reifel-Brax:** Das Parlament ist wirklich nur mehr eine Tribüne. Deshalb aber sollte man sie auch mehr benutzen. Wir ist etwas zu viel in Wasserstraßen gemacht worden. Wir sollten etwas mehr agitatorisch vorgehen und endlich wieder einmal die Stimmung für eine Agitation für das allgemeine Wahlrecht entfachen. (Beifall.)

**Remec-Brax:** Das Zurückziehen des Dringlichkeitsantrages über das Altersversicherungs-Gesetz kann ich nicht billigen. Nach der entfalteten Agitation war die Zulassung der Jurisdiktion ein Fehler.

**Schrammel-Kuffig:** Für dies Parlament wird kein Parteigenosse schwärmen. Aber was haben wir für eine Verantwortung, an der Zerschmetterung dieses Parlaments mitzubeteilten, wo diese Arbeit bereits von den bürgerlichen Parteien besorgt wird. Die Vorwürfe sind unberechtigt, sie erschweren die Agitation, wenn sie in dieser Öffentlichkeit erhoben werden.

**Reuener-Korff:** Es scheint, daß von manchen Genossen jeder Tag als ein verlorenes betrachtet wird, an dem nicht ein Präsident hinausgeworfen wird. (Heiterkeit.) Das betrachten wir aber nicht als unsere Aufgabe. Wir wollen so weit als möglich für die Arbeiter positiv wirken. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht wieder einmal der Moment eintreten kann, wo durch einen Hinauswurf positive Arbeit geleistet werden kann. Ein solcher Anlaß lag nicht vor. Gegen die Kritik bin ich nicht unzugänglich. Aber die Kritiker müssen sich schon etwas mehr mit der parlamentarischen Technik vertraut machen. Wir sind uns natürlich unserer Unzulänglichkeit bewußt, den Himmel stürzen können wir zehn Mann nicht. Wir sind mit Arbeit sehr überlastet. Da wir im Augenblick kein anderes Parlament zur Verfügung haben, so müssen wir selbst dieses schlechte Parlament wollen. Was sollen denn die deutschen Genossen zu ihrem Parlament sagen, das im wesentlichen von Junkern und Pfaffen geführt wird. Auch die deutschen Genossen sagen: Wir wollen dieses Parlament nicht! Trotzdem brauchen sie dieses Parlament als furchtbare Waffe im Interesse der Arbeiterschaft. Also ich will das Parlament und im Lande will man es auch, das zeigen die vielen Wünsche, die an uns Abgeordnete aus den Parteifreien herantreten. Wir würden eine miserable Figur im Parlament spielen, wenn wir uns nicht unserer Verantwortung bewußt wären. Wir haben alle Unterdrückung des Klassenstaats abzuwehren, auf der anderen Seite aber auch jeden Vorteil wahrzunehmen, den wir für die Arbeiter herausfinden können. (Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen.

**Dasynski** wendet sich im Schlusswort erregt gegen die Vorwürfe, die der Fraktion gemacht worden sind.

Der Antrag Dr. Lech wird der Fraktion überwiesen, der Antrag der Lokalorganisation in Grünwald wird abgelehnt.

Der Fraktion wird hierauf einstimmig das Vertrauen der Versammlung votiert.

Die Verhandlungen werden nach Verlesung einiger Begrüßungs-telegramme auf Sonntagvormittag verlegt.

Schluss 7 1/2 Uhr.

## Zweiter Verhandlungstag.

### Vormittagssitzung.

Zur Verhandlung steht Punkt 3 der Tagesordnung:

#### Die Revision des Parteiprogramms.

Referent **Dr. Victor Adler:** Nicht absolut zwingende Umstände führen uns zur Revision unseres Programms. Wir sind bis heute mit dem Hainfelder Programm sehr gut ausgekommen. Es war der Ausdruck der Ueberzeugungen, der Stimmung des Älthismus, in dem sich die Arbeiterschaft damals bewegt hat. Bisher hat sich seit 1888 vieles in der Welt geändert hat, reichen wir mit dem Programm aus. Und zwar deshalb, weil das Hainfelder Programm so nach und nach zu einer Art Reliquie für uns geworden war. Wir hatten nicht das Bedürfnis, unsere Grundanschauungen einen andern Ausdruck zu geben — ich habe mir vorgenommen, die unverrückte Wahrheit zu sagen — und zwar deshalb, weil der prinzipielle Inhalt des Programms seit vielen Jahren gar nicht Gegenstand einer ernstlichen Erörterung in der Partei war. Wir haben jahrelang einen wüsten Kleinkrieg gekämpft. Mit prinzipiellen Erörterungen, ja sagen wir die Wahrheit, auch mit prinzipieller Agitation haben wir uns seit Jahren nicht mehr befaßt. Der Wunsch, das Programm zu ändern, ist bei uns nicht aus einem tiefen theoretischen Bedürfnis hervorgegangen. Er ist auch nicht in Zusammenhang zu bringen mit dem Prinzipienstreit in Deutschland. Gar keine Spur! Er ist gekommen, weil eine Reihe Genossen gefunden haben, daß die Einteilung in eine Prinzipienklärung und zwei Resolutionen, wie sie das Hainfelder Programm bietet unhandlich ist, weil Bestimmungen darin verzeichnet sind, die heute gar nicht mehr vorhanden sind, und schließlich, weil eine Anzahl Genossen die Illusion

und den begreiflichen Wunsch haben, mehr in die agrarische Bevölkerung einzubringen und gewinnlos haben, daß das Programm adaptiert werde für die agrarische Agitation. Diesem letzten Wunsche hat die Kommission, die das Programm zu revidieren hatte, am allerwenigsten genügt. Wir können, das ist meine Ueberzeugung, den Bauern und Kleinbürgern mit unserem Programm nicht entgegenkommen, sondern wir müssen warten, bis die Bauern und Kleinbürger zu uns kommen. Das ist eine schwere Sache, aber es geht nicht anders. Ich bin nicht dafür, daß man den Leuten einredet, wir würden uns ihnen anpassen. Wir haben ja auch in der industriellen Arbeiterschaft noch soviel zu thun, daß wir gut thun, alle unsere Kräfte darauf zu verwenden.

Was ist ein Programm? Nicht nur der Ausdruck einer gemeinsamen Ueberzeugung des gemeinsamen Willens der Partei, sondern es ist auch ein bestimmter Ausdruck. Wenn es auch wahr ist, daß unsere Grundanschauung un verändert ist, so glaube ich doch nicht, daß man diese Grundanschauung nur in einer ganz bestimmten Weise ausdrücken kann. Der Kampf hier bei uns um die Revision des Programms bewegt sich nicht um die Grundanschauung, sondern ausschließlich darum, welcher Ausdruck dieser Grundanschauung zu geben ist. Wie ich unerbittlich bin gegen mich und andre, daß jeder, der sich zu unserer Partei rechnet, unsere Grundanschauungen — nicht bis zum Äußersten, wohl aber bis ins Innerste seines Gehirns und Herzens teilt, so bin ich in Bezug auf die Fassung dieser Grundanschauung gar nicht so streng. Ich gehöre nicht zu den ganz alten Leuten in der Partei, aber ich fange doch schon an, zu den alten Leuten zu gehören. Die Zeit hat mich gelehrt, daß in den Köpfen der Arbeiter, und auf die kommt es mir an, sich diese Grundanschauung, dieses ihr eigenes Wollen verschieden spiegeln. Älthismus, Stimmung, Ton in der Bewegung ändern sich, und ein Programm soll ein wirkliches Bild der lebenden Partei sein. Wenn der Parteitag sich nun heute mit der Revision des Programms beschäftigt und es sich dabei darum handelt, Ausdrücke von heute zu finden, so bitte ich Sie, sprechen Sie so, wie es in Ihnen aussieht, lassen Sie sich nicht einschüchtern durch die angeblichen Ergründlichkeiten einer neuen Wissenschaft, die mir manchmal recht zweifelhaft erscheinen will, aber auch nicht von denen, die jede Abweichung vom Alten für ein Verbrechen erklären. Es läßt sich nicht bestreiten: wir hören mit andern Ohren, wir sind in eine andere Periode eingetreten.

Beziehen Sie sich doch in die Zeit des Hainfelder Parteitagges zurück. Damals hatten wir nicht die geringste Aussicht für irgend welche Bethätigung, waren wir ohne jede sichtbare Hoffnung auf Erfolg. Aus dieser Stimmung ist das Hainfelder Programm geboren. Ich will Sie nicht gegen das Hainfelder Programm einnehmen. Das Hainfelder Programm ist gut. Freilich, so gut wie es jetzt dargestellt wird, ist es nicht. Jetzt ist gesagt worden, es sei ein Plakat, es sei geschlossenes Kunstwerk usw. Was bin ich damals für ein Künstler gewesen und wie sehr bin ich heute heruntergekommen, heute, wo ich manches an dem „Kunstwerk“ auszufragen habe. (Heiterkeit.)

Um eine ruhige Erörterung zu ermöglichen, will ich Ihnen gleich einen Akt von der Brust nehmen. Als wir in der Programmkommission zusammen waren, wollten wir die Sache möglichst geistreich und auch möglichst schön machen. Ich habe geglaubt, den Namen Arbeiterpartei in Socialdemokratie ändern zu können ohne besonderen Wert darauf zu legen. Nachdem ich aber gesehen, daß die Empfindung der Arbeiter durch diesen Vorschlag, den historischen Parteinamen zu ändern, verletzt worden ist, will ich hier erklären, daß die Kommission einstimmig beschlossen hat, diese Aenderung zurückzuziehen. Das Hainfelder Programm kann man gewiß noch im ganzen vertreten, aber wenn man es Satz für Satz kritisch prüft, dann sieht man auf Stellen, die, ich will nicht sagen falsch sind, aber heute anders ausgedrückt werden müssen. Auf den Entwurf ist ein Freischreiben veranfaßt worden. (Heiterkeit.) Es hat der Partei genügt, weil wieder einmal theoretische Erörterungen in die Partei getragen worden sind. Ich will nur wünschen, daß es dem Entwurf ebenso nützt. (Heiterkeit.) Von einer Seite, die den Entwurf gebilligt hat, ist gesagt worden, unsere Anschauungen in Bezug auf Parlamentarismus und Socialreform haben sich so geändert, daß das in Programm zum Ausdruck kommen muß. Soweit unsere Grundanschauung in Frage kommt, hat sich in Bezug auf beide Dinge nicht viel geändert. Wir halten das Parlament noch immer nicht für den allein gegebenen Weg zur Erringung der politischen Macht. Wir halten aber selbst das heutige tschechische Parlament, weil wir nicht die Garantie haben, daß ihm ein besseres folgen wird. Deswegen aber überschätzen wir das Parlament nicht. Eben so ist es mit der Socialreform. Wir fordern sie, weil wir sie brauchen, aber wir erklären gleichzeitig, daß sie irgend eine entscheidende Aenderung in der Klassenlage der Arbeiter nicht herbeiführen kann.

Sehr wünschenswert ist es, bei der Programmberatung keine Rechthaberei in Worten zu treiben. Das lege ich Ihnen besonders ans Herz. Ich betrachte keinen Ausdruck als Schönlies, ich hänge nicht am Wort. Ich glaube nicht, daß es eine allein vernünftig machende Methode des Ausdrucks gibt. (Medner verliest den prinzipiellen Teil des neuen Programmtextes und fährt fort): Ich habe den Eindruck, daß man das ganz gut sagen kann, ich weiß aber auch, daß man manches anders sagen kann. Ich klammere mich nicht an Worte.

Zwei Sätze sind es besonders, um die gestritten worden ist: Der Besizer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft in heutigen Klassenstaaten ihren Ausdruck findet. Der zweite Satz lautet: Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Answachsen des von ihnen selbstgeschaffenen Reichtums. Der zweite Satz von der Lebenshaltung ist prinzipiell wichtiger und vor allen Dingen agitatorisch wirksamer als der Satz im alten Programm vom steigenden Elend. Ich will auf die großen Diskussionen über die Elendstheorie, die in Deutschland geführt worden sind, nicht ausführlich eingehen. Natürlich sind diese Diskussionen auf uns nicht ohne Wirkung geblieben. (Webel: Aha!) Jawohl, aber angeregt ist die Programmänderung bei uns nicht durch die Diskussionen in Deutschland. Ich halte den Satz vom wachsenden Elend nicht für richtig und ich frage Kautsky, ob er den alten Satz für wissenschaftlich ebenso tadellos hält wie den neuen. Wenn er das thut, so würde er sich nicht nur zu Engels, sondern auch zu sich selbst in Widerspruch setzen. Acht Tage, bevor Kautsky unseren Entwurf kritisch bearbeitet hat, hat er die Kritik von Engels zum Exruter Programm veröffentlicht. Darin verweist Engels den Satz vom wachsenden Elend. Bernstein verweist in seinem neuesten Artikel darauf und fragt: War etwa Engels schon ein Bernsteinianer? Nein, Engels war kein Bernsteinianer und das ist auch nicht die Schlussfolgerung. Die Schlussfolgerung ist die, daß die ganze Bernsteinische Beweisführung überflüssig war. Was Bernstein gesagt hat, das haben die Alten, vor allem Engels, schon eher gesagt. (Heiterkeit.)

Ich will Sie nicht mit Citaten ermüden, aber nachdem man dem Entwurf vorwirft, daß er zu wenig vom Elend spricht, nachdem man das Hinauswerfen des Satzes vom wachsenden Elend für schwächlich und als eine Bagatelie erklärt hat, will ich doch für die, denen das gedruckte Wort eine Verhöhnung ist, aus unseren klassischen Schriftstellern, und dazu rechne ich Kautsky, citieren. Er hat eine lange Polemik mit Bernstein, um die ich ihn jetzt nicht beneide, aber die Bedeutung des Wortes Elend gefaßt. Er sagt darin, es kann im Sinne der unausrottbaren Tendenz des Kapitalismus, die Arbeiterklasse zu verelenden, begriffen werden. Gewiß, diese Tendenz spüren wir alle Tage. Aber auch die andre Tendenz ist da, auf die Kautsky selber verweist, die Selbstbewegung des Proletariats mit seinen immanenten Widerstand gegen die Tendenzen des Kapitalismus. Das eine wie das andre ist, Dinge, die nicht wahr sind, brauchen wir nicht zu behaupten. Was sagen wir denn, wenn wir vom wachsenden Elend sprechen? Nichts anderes als: es geht uns schlechter, als es uns vor 10 Jahren gegangen ist, und in zehn Jahren wird es uns noch schlechter gehen. Ich frage Sie alle,

Sie, wie Sie mit den Arbeitern leben, entspricht es Ihrer Empfindung, daß es den Arbeitern heute schlechter geht, als vor 10 Jahren? (Einzeln: Ja.) Glauben Sie wirklich, daß die Masse der Arbeiter ihre heutige Lebenshaltung vertauschen möchte mit der Lebenshaltung von vor 10 Jahren? Gewiß giebt es untergehende Branchen des Kleinbetriebes, wo die Dinge anders liegen. Ja möchte vor allem die großen Industriebetriebe fragen. Indem wir sagen, es geht uns schlechter als vor zehn Jahren, würden wir ja auch sagen, vor zehn Jahren war's viel besser, als heute. Und eine solche Behauptung wäre doch sehr erstaunlich. Sobald einmal der Blick auf die Frage gelenkt worden ist: Ist denn das buchstäblich richtig mit dem wachsenden Elend, müssen wir diesen Satz ändern. Kautsky sagt: da die Erhebung der Arbeiterklasse aus ihrem physischen Elend ein langsamer Prozeß ist, so folgt daraus die Zunahme ihres sozialen Elends, denn die Produktivität der Arbeit wächst viel rascher, als das physische Elend schwindet. Die Lebenshaltung des Proletariats kann dem Anwachsen der Produktivkraft nicht folgen. Das brauchen wir von Kautsky nicht zu lernen, das haben wir immer in der Agitation vorangestellt. Wir haben nicht wie die Pfaffen gemurmelt, daß die gute, alte Zeit vorüber sei, nein, wir haben die Massen auf diese Thatfachen hingewiesen, wir haben ihnen zugerufen: Schaut hinaus, seht, wie der gesellschaftliche Reichtum wächst, euch aber wirft man einen Brocken hin. Das ist der geschichtliche Springquell der ganzen socialdemokratischen Entwicklung. Was aber sagt Kautsky in seiner Kritik? Der Satz des Entwurfs: Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Answachsen des von ihnen selbst geschaffenen Reichtums ist als wissenschaftliche These tadellos. Aber... er steht in einem socialdemokratischen Programm an Stelle eines Satzes, der den Kapitalismus anfaßt, daß er wachsende Massenarmut und steigendes Elend für breiten Volkschichten mit sich bringt. Dieser letztere Satz machte den Kampf gegen Massenarmut und Volkselend zum Inhalt der socialdemokratischen Bewegung. In der neuen Fassung erscheint als dieser Inhalt der Kampf um ein rascheres Tempo im Steigen der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Der Wohlstand der Arbeiterschaft steigt, so kann man den Satz des Entwurfs aufpassen; aber er steigt nicht ganz so rapid, wie die rasch steigende Produktivkraft der Arbeit, der Wohlstand der Kapitalisten steigt schneller als der der Proletarier und darüber sind diese verärgert und deshalb wollen sie an Stelle der kapitalistischen die socialistische Produktionsweise setzen. Ich muß sagen, dieser Satz hat mich verärgert. (Heiterkeit.) Wenn wir nicht die Ueberzeugung hätten, daß die Produktivkraft der Arbeit wächst, dann wären wir Utopisten. Und gerade dieser Gegensatz, der die Arbeiter verärgert, ist unser Dynamit, ist der revolutionäre Sprengstoff; nicht das Elend, das macht den Arbeiter zum Schnapsbruder. (Bravo.) Immer mehr Appetit können wir dem Arbeiter machen auf die Reichtümer des Lebens. Wir rufen ihnen zu: Besser geht es Euch, weil Ihr Socialdemokrat seid, doch wie viel fehlt noch. Aber immer deuten wir auf die Welt und sagen: Euer Schuldanpruch wird immer größer, und immer leichter wird es, ihn zu befriedigen. (Bravo!) Im Hainfelder Programm heißt es, daß der Besizer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse zum Elenden der Besizer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse wird. Im Entwurf sagen wir: Der Besizer der Arbeitskraft wird in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse. Diese Aenderung hat nun auch verärgert. Daß wir aber auch Kautsky diese Aenderung vorwirft, finde ich merkwürdig. Er ist doch Theoretiker. In der Theorie aber kann man von dem freien Lohnarbeiter nicht sagen, daß er Sklave ist. Merkwürdig, daß Kautsky diesen bildlichen Ausdruck im Programm vernimmt. Wir haben doch nicht nötig, im Programm zu deklamieren, das besorgen wir außerhalb des Programms genug. (Heiterkeit.)

Nach dieser Antikritik komme ich zu einem wichtigen Punkte, wo ich mich wirklich schuldig bekennen muß und wo ich zugeben will, daß dieser Teil des Entwurfs so nicht bleiben kann. Der Gedanke beherrscht das Hainfelder Programm und den Entwurf, daß das, was wir wollen, auch geschichtliche Notwendigkeit ist. Wir sind deshalb natürlich nicht Fatalisten. Wissen wir doch, daß ein Faktor dieser Entwicklung unsere eigene Thätigkeit ist. Wir glauben, daß die geschichtliche notwendige Entwicklung sich nicht nur im Borrücken der Arbeiterklasse und im Untergang der Kapitalistenklasse ausdrückt, sondern auch darin, daß heute schon die Vorbereitungen eines künftigen Zustandes der Gesellschaft sich zeigen. Dieser Gedanke ist im Hainfelder Programm mit voller Präcision ausgesprochen. Wir hat das nicht genügt. Ich wollte gern den Gedanken hineinbringen, daß wir uns in den Dienst dieser Entwicklung zu stellen haben, daß wir in ganz bewußter Weise mit helfen müssen, diese Bedingungen einer künftigen socialistischen Gesellschaft zu ermöglichen. Darum heißt es in dem Entwurf: Es kommt zum Bewußtsein, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die notwendigen geistigen und materiellen Vorbereitungen geschaffen werden müssen, und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Es ist mir dabei um der Fehler passiert, daß ich die subjektive Seite hineingebracht, die objektive Seite aber vergessen habe und daß nicht darin steht, daß durch die technische Entwicklung, das isolierte Anwachsen der Produktivkräfte für die Form des gemeinsamen Besitzes die notwendigen Vorbereitungen geschaffen werden. Wir haben nun nichts weiter zu thun, als diesen lebenden Gedanken in den Entwurf hineinzubringen. Es wäre aber nicht gut, darum den neuen Gedanken, die subjektive Seite des Vorganges, zu eliminieren. Die subjektiven Vorbereitungen schaffen wir selbstverständlich immerfort und haben sie immer geschaffen. Wenn mir vorgeworfen wird, sogar von Kautsky, da steht ein Stück Utopisterei dahinter, nun da sind wir alle und auch die Strammsten von uns Utopisten gewesen. Wir gehen ins Parlament und warnen davor, daß man nicht den natürlichen Prozeß ablenkt, daß man nicht gesellschaftliche Kraft vergeudet, durch Zwirnsfäden die geschichtlich notwendige Entwicklung anzubalten sucht. Utopisterei ist das, glaube ich, nicht, sondern wir arbeiten dadurch an den Bedingungen der Entwicklung mit. Eine der wichtigsten Vorbereitungen ist die materielle und geistige Hebung des Proletariats. Ihr gilt unsere tägliche Arbeit; Tausende von Proletariaten werden in den Gewerkschaften und Krankenkassen mit der Verwaltungstechnik vertraut. Einen vornehmen Jungen kann ich anführen, den Generalrat der Internationalen, der in einer Adresse an den Genfer Kongreß die Kooperationsbewegung „als eine der Verwandlungsgewalten der gegenwärtigen Gesellschaft“ bezeichnet hat. In unsern ganzen Gegenwartsbewegungen, in dem Einbringen in die Verwaltungstechnik usw. sehe ich auch ein Erziehungsmittel für spätere Aufgaben. Man wird mir zurufen: Du bist doch ein Utopist. Unse Konsumvereine, das ist doch nur Krämererei. Schlechte Eigenschaften finden sich überall, wo Menschen zusammenkommen, auch bei uns, aber vielleicht sind diese Dinge doch geeignet, eine gewisse psychologische Umstimmung im Menschen zu bewirken, vielleicht wird so etwas hineingebracht von dem genossenschaftlichen Geiste, der die psychologische Würdigung der Zukunft ist. Da falle ich über eine große Sache. (Heiterkeit.) In dem Entwurf steht das Wort „genossenschaftlich“. Viele Genossen haben ein Kreuz geschlagen und gerufen: Jetzt kommt der leibhaftige Bernstein. (Heiterkeit.) Im Hainfelder Programm steht gar nichts über die zukünftige Produktionsform. Wie soll man die zukünftige Produktionsform nur bezeichnen. Ich habe nachträglich das Exruter Programm nachgesehen und gefunden, daß da von socialistischer Produktion gesprochen wird. Was soll das aber eigentlich heißen? Ein Programm soll doch die Antwort auf die Frage sein: Was wollen die Socialdemokraten? Antwort: Die socialistische Produktion! Da wird man nicht viel länger. Ohne das Exruter Programm beizubehalten zu wollen (Heiterkeit), muß ich doch sagen, daß es in diesem Falle in der Definition nur das selbe sagt wie in der Frage. Als der Genosse Prod das Wort „genossenschaftlich“ im Entwurf las, erklärte er sofort: Bernstein — 5 Jahre Zuchtstau. (Stürmische Heiterkeit.) Das ist aber keine Bernsteinerei, sondern Kautsky-Erei. (Heiterkeit.) Bernstein hat das Wort genossenschaftlich

doch nicht erfunden. Das ist gerade das Maß der bei Euch, das Ihr immer von dem Bernstein geglaubt habt, er hätte etwas Neues gesagt. (Webel ruft: Ach wo!) Du nicht, Webel, aber viele andre! Es ist ein gutes deutsches Wort, das einzige Wort, mit dem man die charakteristische Eigentümlichkeit der zukünftigen Produktionsform überhaupt bezeichnen kann. Unsere allerbesten Leute haben es immer angewendet, so Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms. Knautsch gebraucht es in seinen Erläuterungen zum Gothaer Programm. Im Eisenacher, im Gothaer Programm steht es. Es ist ein unansehnliches Wort, ehrlich geboren und unbescholten, und darum, weil Bernstein es auch gesagt hat, hört es nicht auf, richtig zu sein. Nicht durch Tragen äußerer Abzeichen, nicht durch Vermeidung bestimmter Worte kann man sich vom Opportunismus scheiden. Ich fürchte mich gar nicht, an die Vernfeinerer anzustreifen, ich bin gefestigt und innerlich meiner Sache ganz sicher.

Es habe, daß kein Mensch den Entwurf lobt, wo er offenbare Verbesserungen enthält. Das Hainfelder Programm spricht von der Form des gemeinsamen Besitzes. Der Entwurf sagt, „neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes“, denn alle Formen des gemeinsamen Besitzes haben wir ja schon im Urkommunismus gehabt. Nun gibt es noch einen Angelpunkt, an dem die Kritik eingeleitet hat. Es steht kein Wort von der Diktatur des Proletariats darin und noch schlimmer: es steht kein Wort von der Erringung der politischen Macht in dem neuen Entwurf. Ich habe mir das Hainfelder Programm angesehen. Es steht auch im Hainfelder Programm nichts davon. (Riefel ruft: Wir wollen doch die Mängel beseitigen!) Ich habe es aber nie als einen Mangel empfunden. Sie haben die „Diktatur gesucht“ und nur den „gebührenden Einfluß“ gefunden. Sie haben aber an der falschen Stelle gesucht. In dem letzten Absatz, wo von dem gebührenden Einfluß die Rede ist, haben wir nicht an die Diktatur gedacht. Damit ist die täglich notwendige Kleinarbeit gemeint. Wir hielten es für notwendig, diese Kleinarbeit auch im Programm zu erwähnen. Es sollte ehrlich ausgesprochen werden, daß wir aus einer fast ganz abstrakten Partei eine stark konkrete Partei geworden sind. Das Hainfelder Programm war ein gutes Beispiel, vortrefflicher Knochenbau, heute aber blüht der ganze Körper der Partei. Die Erringung der politischen Macht streben wir als selbstverständlich an. Es ist aber nicht notwendig, daß etwas so Selbstverständliches im Programm gesagt wird. Es ist die abtunde Beschränkung aufgestellt worden, wir hätten infolge des Bernstein-Streites auf die Hineinbringung dieser Worte verzichtet. Die Erringung der politischen Macht wurde ausgespielt gegen die Anarchisten vor zehn Jahren. (Sehr richtig!) Das Wort, das ja schon im März steht, lebte damals wieder neu auf. Mit dem Bernstein-Streit hat es nichts zu tun. Ich meine aber, nur weil Bernstein überflüssiges Zeug gesagt hat und nur aus Furcht, als Vernfeinerer zu gelten, brauchen wir die Erringung der politischen Macht nicht ins Programm hineinzubringen. Wenn Sie das Bedürfnis haben, durchaus diesen Satz im Programm zu haben, dann thun Sie es. Steht er nicht darin, so ändert das gar nichts an der Sache selbst. Ich komme nun zum Schluß. Ich weih, ich habe meine Aufgabe als Referent nur in ungenügendem Maße erfüllt. Ich habe mich nur mit dem theoretischen Teil des Programms beschäftigt und bin auf die zahlreichen Anträge gar nicht eingegangen. Viele dieser Anträge sind nicht prinzipiell abzulehnen. Es werden da Anderrufe vorgeschlagen, die dem einen oder andern besser gefallen mögen als die betreffenden Stellen des Entwurfs. Ich streite nicht um Worte. Andre Anträge freilich halte ich für unannehmbar. Wenn in dem Antrag der Wiener Organisation des vierten Kreises, der vom Genossen Heller verfaßt ist, verlangt wird, daß gesagt wird, alles was wir thun, thun wir allein im Hinblick auf das Endziel und auf das Wort „allein“ solcher Wert gelegt wird, so lehne ich das ab. Man kann die Erringung des achtstündigen Arbeitstages betreiben im Hinblick auf das Endziel, aber auch im Interesse des jetzt lebenden Bergarbeiters, der den Vorzeil davon hat. Genosse Heller wird bei allen Reformen im Aufständlergehilfen-Verband nicht auch bloß immer an die ferne Zukunft denken. (Heiterkeit und sehr richtig!) Alle diese Bedenken teile ich aus der Furcht ab, nur so nicht in den Verdacht der Vernfeinerer zu kommen, so unbedeutend dieser Verdacht auch hier wäre. Ein Programm muß weit genug sein, daß es alle, die auf demselben Anknüpfungspunkten stehen, umfassen kann. Bei einem Programm gibt es keine Majoritäten und Minoritäten, keine Sieger und Besiegten, nicht Strömungen und nicht Weiche. Ein Programm braucht nicht alles zum Ausdruck zu bringen, es darf nur nicht in dem einen oder andern Punkte Anstoß erregen. Ich bin der letzte, der einer Verwässerung unserer Grundsätze das Wort reden würde. Aber ein Programm muß vor allem auch der wirklichen Ueberzeugung, dem wirklichen Handeln entsprechen, es darf nicht zugeschnitten sein auf den Zustand der proletarischen Psychologie von vor zwölf Jahren. Deshalb werde ich mich auch schon jetzt energisch gegen die Anträge oder besser gesagt, die Ratichläge, alles beim alten zu belassen. Knautsch hat das Hainfelder Programm mit einem Kolloid verglichen und gesagt, man solle den Kolloid unverändert stehen lassen. Der neue Entwurf sollte die Schwächen des alten Programms nicht verhehlen. Es war nicht unsere Absicht, Aufstößiges auszumergen. Die Energie des Proletariats ist heute nicht geringer als vor zwölf Jahren. Vielleicht ist der Entwurf stillschweigend weniger gut gelungen als das alte Programm, aber das Erlauterungsprogramm ist stillschweigend sicherer als unser Entwurf. Wenn Knautsch unser Programm von 1888 so gut gefallen hat, warum hat er 1891 in Erfurt ein neues gemacht. (Heiterkeit.) Entschuldigend Sie diese Einmischung in deutsche Verhältnisse. Ich sage also noch einmal: Eine Abschwächung war mit dem Entwurf nicht beabsichtigt. Wir haben den Satz von dem wachsenden Gend herausgelassen und dafür den Satz von den steigenden Klassengegensätzen hineingenommen. Dieser neue Satz ist revolutionärer als der alte und ich hoffe, das neue Programm wird mit diesem neuen Satz zu gleichen Erfolgen wie das alte führen. Ich hoffe, die hier gefassten Beschlüsse werden zu einer neuen Quelle des Lichtes und der Energie des Proletariats werden. (Stimmlicher Beifall.)

Der Vorsitzende W o p p teilt mit, daß ein neuer Gast, die Genossin G o l d e, als Vertreterin der preussisch-polnischen Socialdemokraten eingetroffen sei. W e b e l erhält das Wort zu einer tatsächlichen Klärung. Er erklärt zunächst, daß sich die deutschen Delegierten an der Programmberatung nicht beteiligen werden, da sie sich nicht in speziell ökonomische Partei-Angelegenheiten einmischen wollen, aber auch überzeugt seien, daß auch ohne ihre Mitwirkung gute brauchbare Beschlüsse gefaßt werden würden. Er bejehret sodann, daß er, wie Adler heute behauptet hatte, gestern gesagt habe, die in Deutschland gepflogenen theoretischen Erörterungen hätten den Anlaß zur Programmrevision in Ostreich gegeben. Er habe nur gesagt, daß diese Erörterungen auch einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung des Entwurfs ausgeübt hätten. Wenn er Adler besonders daran liegt, so wolle er offen ansprechen, daß er in dem neuen Programm keine sogenannte Vernfeinerer sehe. (Beifall.)

Nachdem einige Begrüßungstelegramme, u. a. von den Pariser und russischen Genossen, verlesen worden waren, wurden die Verhandlungen mittags auf Montag früh verlagert.

Zu der bevorstehenden Beratung über Handelspolitik haben Referent Knautsch und Korreferent Karpeles gemeinsam folgende Resolution vorgelegt: Die Socialdemokratie erkennt die Notwendigkeit an, daß der Staat Maßregeln zur Förderung und Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktion selbst trifft. Als die wirksamsten dieser Maßregeln erscheinen ihr solche, die auf die Hebung der geistigen und körperlichen Arbeitsfähigkeit der Massen (Schulwesen, Arbeiterschutz) abzielen, sowie solche, die die Expropriation und gemeinnützige Verwaltung der großen kapitalistischen Monopole (Eisenbahnen, Bergwerke, Eisenhütten) bezwecken. Aber in den Anfängen der kapitalistischen Industrie kann die ökonomische Entwicklung auch gefördert werden durch Er-

ziehungsstätte für die Industrie. In Ländern fortgeschrittener kapitalistischer Industrie werden diese Stöße aus einem Förderungs-mittel ein Hemmnis der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, namentlich dort, wo man sie mit Agrarrollen verbindet, oder wo sie die Aufgabe haben, begünstigten Kapitalistengruppen Extra-profit zuzuschlagen.

Diese letzteren Stöße, ebenso wie Finanzstöße, sind unter allen Umständen auf das entschiedenste zu bekämpfen als indirekte Steuern, welche auf der einen Seite die ärmsten Schichten der Bevölkerung am drückendsten belasten, und auf der andern Seite den unthätigen und reichsten Schichten der Bevölkerung neue Millionen in den Schoß werfen.

Sie sind aber auch verwerflich als die größte Gefährdung des Abchlusses langfristiger Handelsverträge, deren die moderne Industrie dringend bedarf.

Von diesen Bestätigungspunkten aus besteht die Aufgabe der österreichischen Socialdemokratie bei der augenblicklichen Gestaltung der Handelspolitik darin, den Abschluß von langfristigen Handelsverträgen auf Grundlage der Preisbegünstigung, sowie überhaupt jede Erleichterung und Sicherung des internationalen Handelsverkehrs zu fördern, dagegen alle Maßregeln aufs schärfste zu bekämpfen, welche die Erhaltung oder gar Verstärkung der heutigen Finanz-, Agrar- und privilegierenden Stöße bezwecken.

In seinem Kampfe gegen dieses Jollsystem darf das Proletariat nur auf seine eigene Kraft bauen, denn die Bourgeoisie streckt auch auf diesem Gebiete vor den Regierungen, den Monopolisten, der hohen Finanz und dem Großgrundbesitz die Waffen und sucht ihnen Konzessionen nicht abzurufen, sondern abzuschöpfen auf Kosten des arbeitenden Volkes.

### Die proletarische Bewegung in Italien.

Unser römischer Korrespondent schreibt uns: Die Streikbewegung und die Organisationsarbeit ziehen immer weitere Kreise.

Wenn gleich es fast unmöglich ist, eine exakte Statistik der in diesem Jahre vom 1. Januar bis zum 5. Mai ausgedrohten 210 Streiks anzugeben, eine Zahl, die sich bis auf den heutigen Tag sicher verdoppelt hat, so kann man immerhin einige ihrer Resultate abwägen. Fest steht, daß die Mehrzahl dieser Streiks als Siege zu verzeichnen sind, sei es deshalb, daß die Arbeitgeber sich der Bewegung der Arbeitermassen gegenüber unvorbereitet haben, sei es deshalb, daß die durch die Streikzelle verursachte Erhöhung der Rente eine Erhöhung des Arbeitslohnes, der sich seit mehr als zehn Jahren hindurch auf demselben Niveau erhielt erzwang.

Thatsächlich setzen in dem bei weitem größten Teil der Orte, wo man einen Streik versuchte, die Arbeiter entweder eine Lohnerhöhung oder wenigstens ein rationelleres Zahlungssystem oder auch eine Beschränkung der Arbeitszeit und Abschaffung der Accordarbeit sowie Sonntagsruhe und Bezahlung der Ueberstunden durch, die bisher gratis geleistet werden mußten. Als weitere Resultate sind noch zu verzeichnen die Abschaffung der Stellenvermittlung und Einrichtung eines Arbeitsnachweises, Anerkennung der Arbeiterorganisationen seitens der Arbeitgeber, Entschädigung im Fall von Malaria-Erkrankungen oder auch Abschaffung der Nachtarbeit, wie zum Beispiel in den Großbädern von Florenz, von Arez, Anzi, Anola und Pisa.

Bemerkenswert ist, daß die Streiks leichter und schneller dort zum Siege führten, wo sie von bereits organisierten Arbeitern geführt wurden, während sie dort, wo sich noch keine Organisationen vorfinden, fehlschlagen. Aber selbst, wenn sie einen anfänglichen Erfolg zu verzeichnen hatten, so schwand dieser ebenso schnell wieder dahin und zwar gerade wegen des Nichtvorhandenseins einer Organisation, welche die errungenen Erfolge zu schützen verstanden hätte.

Es ist sogar zu bemerken, daß die Arbeiter viele der erreichten ökonomischen Vorteile allein der bloßen Existenz der Organisationen zu verdanken hatten. In sehr vielen Fällen hat es nämlich genügt, daß eine Kategorie organisierter Arbeiter ihre Forderungen vorlegte, um die Arbeitgeber zu ihrer gänzlichen oder doch mindestens teilweisen Gewährung zu veranlassen.

Die Mehrzahl der Streiks brach auf dem Lande aus, aber man kann sagen, daß es kaum eine Kategorie von Arbeitern giebt, die im verflochtenen Jahr nicht irgend eine Aufbesserung ihrer Lage verlangt hätte, von den ländlichen Arbeitern angefangen, bis zu den Maurern, Tischlern, Sattlern, Wädem, Eisenbahnern, Straßenbahnern u. c. c. namentlich haben sich auch sämtliche weiblichen Arbeitskräfte gerührt.

Selbstverständlich vollzog sich diese gesamte Bewegung in Nord- und Central-Italien in Gegenden, wo die industrielle Bewegung bereits entwickelt ist. In Süd-Italien, wo das Proletariat zwar auch, aber langsamer zu erwachen beginnt, war die Agitation nur schwach und leider auch nicht von Erfolg gekrönt.

Es ist leicht begreiflich, daß die Streikbewegung ansehnlich wirkte, daß die an verschiedenen Plätzen durchgeführten Erfolge gewisser Arbeiterkategorien andre dazu verführten, ebenfalls zum Streik zu schreiben, obgleich jede Vorbereitung und jede Organisation mangelte. So ist in einer gewissen Periode die Streikbewegung geradezu epidemisch gewesen.

Aber die bald folgenden Niederlagen waren bittere Lehren, so daß selbst die Anarchisten, die im Punkte der Agitation keinerlei Strampeln kennen, den Arbeitern mehr Vorsicht anrieten und ihnen empfahlen, vor der Proklamierung eines Streiks erst die Arbeiterkammern von ihrer Absicht in Kenntnis zu setzen.

Während an verschiedenen Orten die aufgebühten Organisationen zur unmittelbaren Erlämpfung wirtschaftlicher Ertragsmängel führten, hat an anderen das gegebene Beispiel und der Wunsch, ebenfalls Verbesserungen zu erlangen, zahlreiche neue Organisationsausführungen hervorgebracht.

Ich will hier nicht von den Landarbeiter-Organisationen sprechen, die ich schon andern Ortes berührt habe, auch in sämtlichen industriellen Berufszweigen ist ein starkes Anwachsen der Organisationen zu verzeichnen.

Es mag genügen, zu erwähnen, daß während 1893 auch nicht eine einzige Arbeitskammer bestehen geblieben war, gegenwärtig nicht weniger als 57 existieren. Dazu kommt noch, daß die verschiedenen industriellen Lokalverbände sich zu großen, das ganze Land umfassenden Bänden zusammenzuschließen im Begriff sind.

Das ist schon bei den Hutmachern eingetreten, deren Föderation 3500 Mitglieder umfaßt, bei den Metallarbeitern, bei den Holzarbeitern, Schuhmachern, Druckern und Maurern. Für diese letzteren mag die folgende kleine Tabelle dazu dienen, ihre enorme Organisations-Entwicklung zu demonstrieren:

1890:	8 Sektionen	900 Mitglieder	1000 Journalabzüge
1900:	54	7025	7500
1. Aug. 1901:	150	26 000	17 000

stigen und auszubauen, ist jedenfalls eine der Hauptaufgaben der socialdemokratischen Partei Italiens.

Zu den besten Hoffnungen berechtigt die Wahl des Socialisten Barbato, der vielfach von den Kriegsergebenen Siziliens verurteilt worden war. Er siegte in Corco über den auch in Deutschland als Philosoph und Schriftsteller bekannten Republikaner Giovanni Socio, für welchen die Republikaner, Radikalen und Reaktions-Bemächtigten vereint ihre Stimmen gegen die Socialisten abgegeben hatten.

Inzwischen trägt die ausgestreute Saat schon gute Früchte und in diesem Monat haben schon oder werden verschiedene Kongresse stattfinden, um die schon gethane oder zukünftige Arbeit rationell zu regeln.

In Reggio Emilia fanden in diesen Tagen zu gleicher Zeit die Kongresse der Cooperativ-Genossenschaften, der Gesellschaften für gegenseitige Unterstützung und der Arbeiterkammern statt. In allen dreien zeigte es sich, daß der größte Teil der Delegierten sich als Socialisten fühlte.

Auf dem Kongreß der Cooperativ-Genossenschaften wurden die Grundsätze für den Nationalverband der Cooperativ-Genossenschaften entworfen, der auch die socialistischen Cooperativ-Genossenschaften, die jetzt im Begriff sind, sich zu bilden, beizutreten hätten. Den Arbeits-Genossenschaften wurde empfohlen, sich des Credits zu bedienen; es wurde die Verpflichtung des Staates zur Kultur der bisher ungebauten Ländereien anerkannt, zur Ruhbarmachung und Trockenlegung der Sumpfertrains, und zwar müsse die Ausführung der notwendig werdenden Arbeiten den Arbeits-Cooperativ-Genossenschaften übertragen werden; ferner wurde der Beschluß gefaßt, praktische Inspektorate zu gründen, um die kleinen Cooperativ-Genossenschaften zu unterstützen und zu kontrollieren.

Auch die Gesellschaften für gegenseitige Unterstützung, welche sich verfeinern zu wollen schienen, und in die erst der Eintritt des socialistischen Elementes jetzt einen frischen Zug zu bringen scheint, haben einen Nationalverband gegründet.

Bei beiden Gründungen wurde der Antrag, keine Politik zu treiben, abgelehnt, denn es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß die Politik für sie das belebende und treibende Element sei.

Die Note einer entschiedenen Klassenpolitik ertönte lauter noch auf dem Kongreß der Arbeiterkammern, welche sich ebenfalls zu einem über das ganze Italien sich erstreckenden Verbandslokalität haben. Es wurde beschlossen, daß die Arbeiterkammern einen reinen ökonomischen Charakter haben und daß sie demnach nur die Gewerkschaften, welche den wirtschaftlichen Widerstand zum Zwecke haben, in ihren Schoß aufnehmen können. Es wurde die Opportunität anerkannt, daß auch die Landarbeiter-Gewerkschaften eintraten; gegen die Stimmen von 4 Anarchisten wurde beschlossen, daß die Arbeiterkammern in den Arbeitermassen dafür agitieren, daß das Parlament erzwungen werde, eine Arbeiterschutzgesetzgebung zu schaffen, zwar unter spezieller Berücksichtigung der Frauen- und Kinderarbeit und Einrichtung von autonomen Arbeitsbüros und -Räten mit einer Majorität von Arbeitervertretern; hingegen wurde der Antrag, für die Arbeiterkammern die Rechte einer juristischen Person zu verlangen eine Intention, die der Minister Zanardelli im Sinne hatte, abgelehnt.

Schließlich schloß man in einer Plenarsitzung, — wenn auch nicht formell, so doch thatsächlich, — ein Bündnis zwischen den drei, gegenseitige Unterstützung und wirtschaftlichen Widerstand repräsentierenden Organisationen ab, welche alle drei im Princip des Klassenkampfes wurzeln. —

### Sociale Rechtspflege.

Der Bleifahrer L. hatte sich im Brauereibetriebe den linken Ringfinger verletz, so daß er ihn nur wenig bewegen konnte. Er bezog deshalb 10 Proz. der Volkrente für Unfallverletzte. Der Vertrauensarzt der Brauerei-Verufsgenossenschaft empfahl eine medico-mechanische Behandlung zu dem Zwecke, die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit möglichst gänzlich zu beseitigen. Darauf gab die Verufsgenossenschaft L. auf, sich in einer Anstalt der angeregten Behandlung zu unterwerfen. Für den Fall der Zuwiderhandlung wurde ihm die Entziehung der Rente angedroht. L. ging in die Anstalt, verließ diese aber noch am selben Tage wieder. Die Verufsgenossenschaft entzog ihm nunmehr die Rente gänzlich und das Schiedsgericht als Berufungsinstanz erklärte die Entziehung für berechtigt. Nach den ärztlichen Gutachten wäre durch die medico-mechanische Behandlung eine gänzliche Heilung herbeigeführt worden und es sei deshalb die Ueberweisung des Verletzten in eine Anstalt gerechtfertigt gewesen. L. legte noch Refus ein, worauf das Reichs-Versicherungsamt ein Obergutachten darüber einholte, ob vom 15. August, wo Kläger in der Anstalt war, bis zum 30. August, dem Tage der Renten-entziehung, eine so wesentliche Besserung des Fingers zu erzielen gewesen wäre, daß eine nennenswerte Beschränkung der Erwerbsfähigkeit nicht mehr vorgelegen hätte. Der Obergutachter verneinte diese Frage. — Das Reichs-Versicherungsamt gab dem Refus statt und bewilligte L. wieder die 10 Proz., indem es ausführte, daß auf Grund der Weigerung des Klägers ihm die Rente nur dann hätte entzogen werden dürfen, wenn durch die Krankenpflege bis zu dem traglichen Tage eine Besserung eingetreten wäre. Das wäre hier aber nicht der Fall gewesen.

Stillschweigendes Einverständnis. Ein Fräulein S. war, vertreten durch ihren Vater, mit dem Inhaber einer Blumenbinderer, Herrn H a g e m e i e r, einen Lehrvertrag eingegangen, wonach sie zwei Jahre lernen, aber bereits während der Lehrzeit ein nach und nach sich erhöhendes Gehalt beziehen sollte. Dem jungen Mädchen sind nun für Tage und Stunden, wo nicht gearbeitet wurde, von den Monatsgehältern des Gehalts entsprechende Beträge abgezogen worden. So wurden auch die Stunden nicht bezahlt, die Sonntags mit Rücksicht auf die Schutzbestimmungen der Gewerbe-Ordnung von der gewöhnlichen Arbeitszeit wegfielen. Nach Beendigung der Lehrzeit verlangte Fräulein S. Herrn Hagemeyer auf Nachzahlung der abgezogenen Beträge in Höhe von 44 M. Die Kammer II des Gewerbegerichts war indessen der Meinung, daß sich die Klägerin schon dadurch ihres eventuellen Rechts auf jene Gehaltsbeträge begeben habe, daß sie bei den monatlichen Gehaltszahlungen niemals gegen die Abzüge protestiert und niemals während der ganzen Zeit eine Nachzahlung verlangt hat. Auf dringendes Anraten der Richter wurde die Klage zurückgenommen.

Eine Entschädigung von 210 M. beanspruchte der Schuhmacher S. durch Klage beim Gewerbegericht, indem er geltend machte, der besagte Schuhmachermeister Lange habe ihn bei andern Unternehmern schlecht gemacht und dadurch bewirkt, daß er 10 Wochen lang keine Stellung gefunden habe. Der Beklagte bestritt die Behauptung des Klägers in ihrer Allgemeinheit und gab nur zu, aber S. mit einigen Kollegen gesprochen zu haben, die ihn sowieso schon kannten und ihn nicht in Stellung nehmen würden. Die Kammer II wies die Klage wegen Unzulänglichkeit des Gerichts ab, weil es sich nicht um eine Forderung aus dem Arbeitsverhältnis handle, sondern um eine solche wegen der Folgen einer angeleglichen üblen Nachrede. Hierfür wäre das ordentliche Gericht, nicht aber das Gewerbegericht zuständig.

### Witterungsüberblick vom 4. November 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. °C	Temp. u. G. °F	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. °C	Temp. u. G. °F
Schwabmünde	772.8	2	bedeckt	5	Dapunta	767.2	1	bedeckt	5				
Darmstadt	773.8	1	bedeckt	2	Reichsburg	765.9	1	wolkig	3				
Berlin	773.8	1	wolkig	1	Kort	770.8	0	bed.	12				
Frankf./M.	772.8	2	wolkig	1	Aberden	—	—	—	—				
Wien	771.8	2	bed.	4	Paris	771.8	2	wolkig	3				
Wien	773.8	1	wolkig	2	—	—	—	—					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 5. November 1901. Wichtig, ein wenig kälter, vorwiegend neblig, aber wolfig ohne wesentliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Dienstag, 5. November.**  
**Opernhaus.** Der Barbier von Bagdad. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schaubühnhaus.** Der kommende Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Geflohen.  
**Schiller.** Die Braut von Messina oder: Die feindlichen Brüder. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Maria Magdalena. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leffing.** Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reibens.** Sein Doppelpänger. Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reines.** Das Grotto-Weibchen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Westen.** Der Barbier von Sevilla. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Sereffionsbühne.** Dessen Altkleid. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Der Seelkett. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Süssen.** Don Carlos. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Beck.** Der Märchenbrunnen. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelm-Bühne.** Die Landstreicher. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Welle-Milane.** Prinz Reuter. Hier auf: Focher Pöfel. Anfang 8 Uhr.  
**Casino-Theater.** Berlin W. Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.  
**Apollon.** Spezialitäten-Vorstellung. König Aqua. Anfang 8 Uhr.  
**Vasage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 6 Uhr.  
**Vasage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Zum Theaterlokal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.  
**Im H. d. d. a. l.** Wechselstrom und Drehstrom. Anfang 8 Uhr.  
**Invalidentheater.** 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr Sternwarte.

**Schiller-Theater**  
 (Wagner-Theater).  
 Dienstagabend 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina**  
 oder:  
**Die feindlichen Brüder.**  
 Ein Trauerspiel mit Kindern in 4 Akten von Friedrich Schiller.  
 Mittwochabend 8 Uhr:  
**Hans Huckebein.**  
 Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**

**Central-Theater.**  
 Heute Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 4. Male:  
**Mit prächtiger Ausstattung:**  
**Der Seekadett.**  
 Operette in 3 Akten von H. Gené.  
 Im 2. Akt: Lebendes Schachspiel, dargestellt von 32 Kindern.  
 Morgen und folgende Tage: **Der Seekadett.** Im 2. Akt: Lebendes Schachspiel.  
 Sonntag, den 10. Nov., nachmittags 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Die Gelsa. Mimosen: Mia Werber. Abends 7 1/2 Uhr: **Der Seekadett.**

**Metropol-Theater.**  
**Schön war's doch!**

Gr. Berliner Ausstattungspose mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
**Emil Thomas a. G.**  
**Joseph Josephi a. D.**  
**H. Bender. G. Kaiser.**  
**E. de Veré. Frid-Frid.**  
 Urmomische Parodie  
**Bender als Saharet!**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Banche überall gestattet.

**Sanssouci**  
 Kottbuserstr. 4a.  
 Wiederauftreten von **Adolf Hoffmann.**  
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
 Nach jeder Suite: Tanz. Anfang Sonntag 7 Uhr, von 5-7 Uhr Sonntag. Anfang 5 und 7 1/2 Uhr. Wodentags Anfang 5 Uhr, Gültig 30 u. 50 Pf. Wodentags Vereinstickets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Plätze zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

**Urania.**

Tauben-Strasse 48/49.  
 Im Theater um 8 Uhr:  
**Ueber den Wolken**  
 Im Hörsaal:  
 Wechselstrom und Drehstrom.  
 Invalidentstr. 57/62.  
 Tägl. Sternwarte.

**Castans Panoptikum.**  
 Friedrichstr. 165.  
**Horwarths wunderbare 6 Liliputaner**  
 mit ihren kleinsten Pfonden der Welt und Pracht-Equipage!

**Thalia-Theater.**  
**Ein tolles Geschäft.**  
 Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmreich als Wolzogen. Junkermann, Soja. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 10. Nov., nachmittags 3 Uhr, zu kleinen Preisen: Gebau und erlich.

**Carl Weiss-Theater.**  
 Große Frankfurterstr. 132.  
**Der Märchenbrunnen.**  
 Große Berliner Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Kurt Junge. Musik von W. Böhler. Anf. 8 Uhr. Morgen: Die Borstell. Sonnabendabend: Prinz Diamant.

**Apollo-Theater.**  
**Mit kolossalem Erfolge täglich um 9 Uhr:**  
**König Aqua.**  
 Ausstattungs-Burleske in 1 Akt und 4 Bildern von Max Novack und Leo Herzberg. Musik von Reinhold Ehrke. Ferner:  
**8 auserlesene Spezialitäten.**  
 Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater.**  
 Polyringerstr. 37.  
**Sollständig neues Programm.**  
 In Berlin noch nie gekannte **erstklassige Spezialitäten**  
 Dazu auf vielfachen Wunsch verlängert der Schläger **Berlin N. — Berlin W.**

**W. Noacks Theater.**  
 Brausenstraße 14.  
**Benefiz für Udo Hurst.**  
**Kean**  
 oder: Genie und Leidenschaft.  
 Schauspiel in 5 Akten von P. Barnay.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**  
 Rhythos:  
**Philippine Welser.**

**Deutsche Konzerthallen.**  
 An der Spandauer Brücke 3.  
 Vornehmst. Vergnügungsort!  
 Täglich: **Internationale Konzerte.**  
 Spezialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.  
**Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.**  
 Vorzügliche Küche.  
 Gut gepflegte Biere.

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
 Karlstrasse.  
 Wodentags 7 Uhr. Nur erstklassige Spezialitäten. J. M. Hätt.  
 Sonntags 5 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Soeben erschien: **BENEDICT FRIEDLAENDER**  
**DIE VIER HAUPTRICHTUNGEN DER MODERNEN SOCIALEN BEWEGUNG**  
 Marxistische Sozialdemokratie. Anarchismus. Eugen Dührings sozialistisches System. Henry Georges Neophysiokratie.  
 2 Teile. — Preis Mark 10.—, elegant gebunden Mark 12.—.  
 Das Buch zeichnet sich durch eine grosse Kraft klarer Darstellung der verwickeltesten theoretischen Probleme aus. (Soziale Praxis.)  
 Eine unbarmherzige Logik, Mitgefühl und vor allem ein völlig unabhängiger Charakter müssen ausser gründlicher Sachkenntnis von einem solchen Führer verlangt werden, und in der That besitzt der Verfasser diese selten vereinten Eigenschaften in selten entwickeltem Grade. . . . ist sein Verfahren durchweg ein Muster kritischer Gewissenhaftigkeit. (Bad. Landeszeitung.)  
 Ein Wegweiser, wie dieser dürfte gerade jetzt besonders willkommen sein. . . . wird auch denjenigen angenehm sein, welche den Ansichten und Urteilen des Verfassers nicht zustimmen. (New Yorker Staatszeitung.)  
 Das Buch ist von höchster Wichtigkeit für jeden, der sich für die mehr als je im Vordergrund des Interesses stehende soziale Frage interessiert. 2730L\*  
 Verlag von S. Calvary & Co., Berlin NW. 7, Neue Wilhelmstr. 1.

**Passage-Theater.**

Anfang Wodentags 5 Uhr, Sonntags 2 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Lotte Sebus,**  
 der neue Stern der Variétébühne.  
 „Mascagni“  
 Italienisches Opern-Trio, und 18 Nummern 1. Ranges.

**Palast-Theater**  
 (früher Feen-Palast) Burgstr. 22.  
 Direktion: Winkler u. Fröbel.  
 Das durchweg neue sensationelle **November-Programm.**  
 Um 9 Uhr. Novität. Um 9 Uhr.

**Grossstadtzauber**  
 Ausstattungsburleske in Gesang in 2 Akten von W. Geride. Musik von K. Sommerfeld. Ballett-Komponist v. E. Gleditsch. Neue Kostüme aus dem Atelier von H. Schaub.  
 Ingo Lustig — Dir. Rich. Winkler.  
 Neu:  
 Williams Cirkus. Wallenda-Truppe. Anfang 8 Uhr. **Entree 50 Pf.** Sonnt. 7 Uhr.

**Cirkus Busch.**  
 Dienstag, 5. Nov., abends 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Gala-Abend.**  
 Die Reiter-Matadore Alfred u. John Frederik Clarke mit ihrem Doppel-Vodewill. Dr. Wifford als Radfahrer-Künstler, dessen Abstieg auf dem Rad von der Grotto-Tropfen. 5 Elefanten. **Hier gut Brandenburg allowege.**

**Cirkus A. Schumann.**  
 Dienstag, den 5. November 1901, abends präc. 7 1/2 Uhr:  
**Große außerord. Galavorstellung.**  
 Kollochaler Erfolg der November-Spezialitäten.  
 U. a.: Reut! Zum erstenmal auf dem Kontinent! **Dr. Echter Johnson** der phänomenale Amerikaner mit seinem **vollständig neuen Akt.** Reut! Dr. Eppstein Thompson mit seiner für Berlin vollständig neuen **Elefanten-Kammer.** **Mlle. Jette,** die **Elefanten-Tränke.** **Wideltang** mit einem Elefanten u. Direktor A. Schumanns neueste Originalvorstellung. **Sum Schluß zum 25. Male!**

**Quer durch Paris**  
 (A Travers Paris).  
 Schlingstr. Nordseebad Scheveningen.  
 Grösste Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 8 Akten v. René Louis und Marsan, Paris. Feenhafte Beleuchtungs- und Wasser-Effekte. Auf das glänzendste inszeniert von Dir. Albert Schumann.  
 Sämtliche Einlagen.  
**Abendlich hümmischer Beifall!**

**Reichshallen.**  
 Stettiner Sänger.  
 „Bosco“.  
 Meysel. Britton.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.

**Honig!**  
 Unverfälscht deutschen Bienenhonig, beste Qualität, per 9 Pf. netto zu 6,50 M., 5 Pf. 4 M. fr. Nach. Garant. Nicht. 27292\*  
**E. Reil, Nordloh,**  
 Bahnhof Auguststr. Oldb.

**Hermann Meyer & Co.**  
 Amt 7, 3781. BERLIN O. Amt 7, 3781.  
**Fruchtstrasse 74.**  
**Billigste Bezugsquelle reeller Spirituosen.**

**Tafel-Liqueure A.**

	1/2 Fl.	1/2 Fl.
Alpenkräuter	0,75	
Thorer Lebenstropfen	0,80	
Stonsdorfer	0,70	0,40
Berliner Getreidekummel	0,90	
Berliner Doppelkummel	0,80	
Halb und Halb	0,80	0,45
Ingwer, Citronen, Kalmus, Bergamott, Himbeer, Pfeffermünz, Magenbitter, Pommeranzen, Rosen, Vanille, Stargarder Tropfen, Ingwer-Magenwein, Trakehaer Meyers feiner Magenbitter	1,—	0,55
	0,90	0,50

**Feine Tafel-Liqueure B.**  
 in Originalflaschen.  
 Anisette, Bergamotte, Bitter- und Grün-Pomeranzen, Curaçao, Vanille, Rosen, Ingwer, Ingwer-Magenwein, Maraschino, Pfeffermünz

	1,40
--	------

**Hochfeine Tafel-Liqueure C.**

Cherry-Brandy	1,65
Allasch	1,75
Cordial	1,75
Goldwasser	1,90
Eccau 00	2,25
Cacao à la vanille	2,40
Crème de Mocca	2,40
Pomeranzen 00	2,40
Choriner Cistanjenser grün u. gelb	2,40
Peppermint grün	2,40
Kurfürstl. Magenbitter	2,40
Abriocotine	2,90
Abtey-Liqueur I	2,90
Abtey-Liqueur II	1,80
La Mirabelle	2,90
La Prunelle	2,90

**Booncamp**  
 Nervus rerum, Gesundheits-Bitter (gesetzlich geschützt)  
 Kujawiak, arom. Bitter  
 Angostura-Bitter

	1,50	0,90
	1,85	
	1,90	1,00
	2,25	1,20

**El-Cognac,**  
 das Beste zur Stärkung, stets frisch.  
 Nur in feinsten Qualität.  
 1 Ltr. 2,40 M., 1/4 Ltr. 1,80 M., 1/2 - 1,25 - 1/4 - 0,65 -

**Branntweine.**

Nordhäuser	0,50
Nordhäuser, fein alt	0,60
Nordhäuser, sehr alt	0,90
Schl. Weizenkorn, fein alt	0,65
Schl. Weizenkorn, sehr alt	0,90
Tafel-Aquavit	0,80
Steinhäger	1,40
Slibowitz u. Kirschwasser	1,75
alt fein	2,25

**Cognac.**

Deutsch. Verschnitt-Cognac	0,90	0,50
Originalflaschen von	1,40	0,75
Hermann Meyer & Co.	2,40	1,25
3,40	1,75	
Franz. Verschnitt	2,—	1,05
Franz. Cognac	2,75	1,50
Franz. Cognac, fein	3,90	2,15
Franz. Cognac, hochfein	5,40	2,90

**Rum und Arac.**

Verschnitt	0,90	0,50
fein	1,25	0,70
hochfein	1,75	0,95
Original	2,50 bis	1,30
	4,40	2,20

**Punsch-Extrakte.**

Glühwein	1,—	0,55
Arac-Punsch	1,25	0,70
Grogk-Punsch	1,25	0,70
Rum-Punsch	1,25	0,70
Rotwein-Punsch	1,25	0,70
Schlummer-Punsch	1,25	0,70
Feinere Qualitäten	1,75	0,95
Ananas-Punsch	2,25	1,15
Burgunder-Punsch	2,25	1,15

**Zu gleichen Preisen auch in unsren 250 Niederlagen erhältlich.**  
 Alles excl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird. Nach auswärts gegen Nachnahme. Nicht Zufriedenstellendes wird zurückgenommen. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Tafel-Liqueure A. sind die gewöhnlichen in Berlin gangbaren Sorten.  
 Die billigen Preise sind durchaus nicht auf Kosten der Qualität gestellt, vielmehr gehören diese Liqueure zu den besten gleichnamigen Fabrikaten.  
 Unser Grossbetrieb und der grosse Absatz ermöglichen uns diese günstige Preisstellung.

Tafel-Liqueure B. gehören zu den feinsten in Deutschland hergestellten Qualitäten.  
 Diese Liqueure sind nur in unsren Originalflaschen käuflich.

Wir stehen in der Fabrikation feinsten Liqueure nicht im mindesten hinter Frankreich und Holland zurück; leider herrscht aber das Vorurteil noch vielfach, dass alles dasjenige besser sei, was aus dem Auslande kommt.  
 Bei keiner Ware ist dieses Vorurteil so wenig berechtigt, wie bei Liqueuren. Unse aus dem feinsten Weinsprit, bester Raffinade und den ausgesuchtesten Zusätzen hergestellten Liqueure sind in Qualität den renommiertesten ausländischen gleich und übertreffen viele derselben. Unser Preis ist kaum halb so hoch, da Zoll, Fabrikations- und Handelsgewinn bei andern deutschen Fabrikaten wesentlich geringer sind.

**Bitter-Liqueure.**  
 Unser Nervus rerum ist ein aus magenstärkenden, medizinischen Kräutern hergestellter, sehr kräftiger Süss-Bitter mit ausgezeichneter Wirkung bei Verdauungsstörung.

Wird von uns nur in frischer bester Qualität hergestellt. Besonders für schwache genesende Personen zu empfehlen, und auch in Krankenhäusern als Stärkungsmittel gebraucht.

An Stelle der teureren Cognacs ist ein alter Nordhäuser und Weizenkorn zu empfehlen, nicht minder Slibowitz und Kirschwasser.

Das oben von den Liqueuren C. Gesagte gilt in noch höherem Masse von Cognac. Wenn die Flaschen nur ein französisches Etikett und noch irgend eine mehr oder weniger bekannte französische Firma tragen, wird ein ganz aussergewöhnlicher Preis bezahlt. Unse Cognac-Fabrikation ist aber in Deutschland auf solcher Höhe, dass die an Frankreich gezahlten Millionen für diesen Artikel einen Nationalverlust darstellen. Unse deutschen Original-Cognacs halten jede Konkurrenz mit dem viel teureren französischen aus. Auch die von uns geführten franz. Cognacs sind bei gleicher Qualität wesentlich billiger als die andern französischen Firmen, welche sich lediglich ihren durch Reklame bekannt gewordenen Namen bezahlen lassen.

Wir beziehen nur feine, ausgesuchte Sorten in Rum und Arac und stellen die Qualität nach dem Preise, welcher jedoch sehr billig kalkuliert ist.

Sind rein und zweckentsprechend fabriziert.  
 Die teureren Sorten sind erste, unerreichte Fabrikate.

# Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen!

Agitiert mit ganzer Kraft für einen Sieg der **Socialdemokratie** bei den am **Mittwoch, den 6. November**, erfolgenden **Stadtvordnen-Wahlen**. Es gilt dem auf der Ungerechtigkeit des Dreiklassen-Wahlsystems fußenden Freisinn für seine schmachliche Vernachlässigung der socialen Pflichten einen Denktzettel zu geben, es gilt ihn daran zu erinnern, daß es im kommunalen Leben der Reichshauptstadt noch andres zu thun giebt, als Reverenzen nach oben zu machen und die Interessen der Geldsack-Privilegierten zu fördern. Parteigenossen! Müht die Säumigen auf, belehrt die Unentschiedenen, damit der Wille des arbeitenden Volkes am nächsten Mittwoch so imponierend, wie es unter dem Dreiklassenwahl-Unrecht möglich ist, zur Geltung komme!

Die Parteigenossen der **zweiten** und **ersten** Abteilung fordern wir auf, in allen Bezirken ihre Stimmen auf den Genossen **Paul Singer** zu vereinigen. Es ist notwendig, daß auch die Genossen der ersten und zweiten Wählerklasse Gelegenheit haben, bei der Wahl Protest gegen die freisinnige Kommunal-Miswirtschaft zu erheben.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

### Zur Stadtvordnenwahl.

Parteigenossen, die am Tage der Wahl helfen wollen, mögen sich einfinden **Mittwoch früh 8 Uhr** in folgenden Lokalen:

#### 1. Kreis.

4. Kommunal-Wahlbezirk: Restauration von Gomuth, Lützowstraße, Ecke Dörnbergstraße.

9. Kommunal-Wahlbezirk: Restauration von Vorgesfeld, Amst. 35.

10. Kommunal-Wahlbezirk: Restauration von Kühner, Hasenheide 89.

#### 4. Kreis - Südk.

11. und 12. Kommunal-Wahlbezirk: Central-Wahllokal bei St. Felgentreff, Oranienstr. 183.

#### 4. Kreis - Ostn.

22. Kommunal-Wahlbezirk: Otto Franke, Ballhofendstraße 9.

23. Kommunal-Wahlbezirk: Robert Lerche, Müldersdorferstraße 3.

#### 6. Kreis.

Für den 34. Bezirk bei Gröbner, Dunderstr. 83.

Für den 35. Bezirk bei Kramm, Schönhauser Allee 185, und bei Otto Wadgänger, Swinemünderstr. 34, Telefon Amt 8 Nr. 6167.

Für den 32. Bezirk bei Rosin, Nippinerstr. 42.

Für den 36. Bezirk bei Franz Schmidt, Kamlerstr. 28, Telefon Amt 3 Nr. 5560.

Für den 44. und 45. Bezirk bei Johann Pfarr, Pultitzstr. 10, Telefon Amt 2 Nr. 476.

Für den 48. Bezirk bei Böhrich, Panst. 32, Telefon Amt 2 Nr. 1515.

**Achtung, Parteigenossen!** Morgen Mittwochabend finden in den nachstehend benannten Wahlkreisen resp. Lokalen Versammlungen zwecks Verständigung des Resultats der Stadtvordnenwahlen statt:

**II. Kreis:** Wodbräuer, Tempelhofer Berg.

**IV. Kreis O.:** O. Franke, Ballhofendstr. 9, und Lerche, Müldersdorferstraße 3.

**IV. Kreis S.O.:** Graumann, Raunynstr. 27.

**VI. Kreis:** Schönhauser Vorstadt: Ruhmanns Gaudewille-Theater, Schönhauser Allee 148.

Rosenthaler Vorstadt: Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.

Gesundbrunnen: Weimanns Volksgarten, Bandstr. 56, und Dietrich, Wramnistr. 34.

Moabit: Abends Bräuer, Lurinstr. 25/26.

Regen Besuch erwarten **Die Vertrauensleute.**

**Zweiter Wahlkreis.** Dienstagabend 8 1/2 Uhr finden zu den Stadtvordnenwahlen folgende Versammlungen statt:

Für den 9. Kommunalwahl-Wahlbezirk bei Habel, Vergmannstr. 5/8, für den 10. Bezirk bei Schwegelsberg, Joh. Schindler, Hasenheide 21. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**10. Wahlbezirk, II. Teil.** Auf der amtlichen Wahlkarte ist durch ein Versehen als Wahllokal das Restaurant „Zum Holzwurm“ bezeichnet. Das Wahllokal ist, wie auch der Magistrat den Wählern durch besondere Benachrichtigung mitteilt, die Berliner **Hulons-Bräuer**, Hasenheide 22-31 (Kaiserhof). Die amtliche Wahlkarte behält ihre Gültigkeit als Wahllegitimation.

**Am 5. Wahlkreise** hat der socialdemokratische Verein folgenden Genossen Vertrauensämter übertragen. Es wurden gewählt:

**Zu Vertrauensleuten:** Richard Wabel, Linienstr. 99.

Julius Wahr, Reibelstr. 9.

**Zur Probestimmung:** Willy Friedländer, Elshafferstr. 25.

Otto Weis, Greifswalderstr. 45.

**Zur Lokalkommission:** Wilhelm Werler, Al. Hamburgerstr. 10.

Karl Klein, Georgenkirchstr. 12.

**Zur Agitationsskommission für die Provinz Brandenburg:** Franz Koyke, Greifswalderstr. 40.

**Im Auftrage des Vorstandes:** Leo Zucht, 1. Vorsitzender, Al. Frankfurterstr. 3-4.

**Erster Wahlkreis.** Die Generalversammlung findet am Mittwoch im Lokale des Herrn Trieschmann, Jüdenstraße 56, statt mit der Tagesordnung: Bericht und Remwahl des gesamten Vorstandes, Verständigung des Wahlergebnisses der Stadtvordnenwahlen, Preisverteilung. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Alles andre: siehe Inserat. Der Vorstand.

**Vierter Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).** Die Mitglieder werden dringend ersucht, die Wilses zur Krania-Vorstellung, welche nicht umgesetzt sind, bis spätestens Mittwoch zurückzugeben, da dieselben sonst als verfallen betrachtet werden. Gleichzeitig werden die Mitglieder ersucht, sich am Tage der Kommunalwahl (6. November) in den bekannten Lokalen zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand.

**An die Charlottenburger Parteigenossen!**

Am nächsten Mittwoch ist Euch durch die Stadtvordnenwahl Gelegenheit geboten, Abrechnung zu halten mit der Bourgeoisie, die sich im Stadtparlament in ihren Worten so gern als Vertretung der gesamten Einwohnerschaft aufspielt, durch ihre Thaten aber beweist, daß sie nichts weiter ist als die Vertretung einzelner Interessengruppen.

Was ist bisher für die Charlottenburger Arbeiterchaft geschehen? So gut wie nichts. Habt Ihr es vergessen, mit welcher Gleichgültigkeit die Mehrheit im Frühjahr die Wohnungen der socialdemokratischen Mitglieder zurückgab, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu thun? Erinnert Ihr Euch nicht mehr der beleidigenden Form, in welcher der socialdemokratische Antrag auf Lieferung von Kohlen durch die Gemeinde im vorigen Winter rundweg abgelehnt wurde? Habt Ihr keine Augen für die Komödie, die

sich hinter den Coullissen abspielt, um das **Wohnungsbedürfnis** zu vereiteln und ein Sinken der Mietpreise zu verhindern?

Iu lange, viel zu lange habt Ihr Euch von der Bourgeoisie zum Karren halten lassen. Gebt dieser Gesellschaft endlich die ihr gebührende Antwort! Verleht Ihr einen gehörigen Denktzettel, indem Ihr Mann für Mann an dem Wahllokal erscheint und für die socialdemokratischen Kandidaten stimmt! Jeder, der in der Wählerliste steht, ist stimmberechtigt, auch wenn er inzwischen nach außerhalb verzogen ist.

Macht von dem geringen Wahlrecht, das Ihr besitzt, den richtigen Gebrauch! Das seid Ihr Euch, Eurer Familie, Euren Massengenossen schuldig. Auf jede einzelne Stimme kommt es an. Ein jeder muß nicht nur selbst sein Wahlrecht ausüben, sondern auch die Säumigen anlocken, die Gleichgültigen aufträteln, die Zaghaften ermuntern.

Thut Eure Pflicht, und wir werden siegen.

**Charlottenburg.** Am Mittwoch, den 6. November, finden die Stadtvordnen-Wahlen in allen acht Bezirken statt. Um der Socialdemokratie den gebührenden Erfolg zu sichern, ist es erforderlich, daß die Parteigenossen und Genossen aus Charlottenburg und Umgebung sich an diesem Tage der Partei zur Verfügung stellen. Möge jeder, dem es Zeit und Umstände irgendwie erlauben, an diesem Tage helfend eingreifen; nur dann ist uns der Sieg sicher. Alle, die gewillt sind, am Tage der Wahl mitzuhelfen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen früh 8 1/2 Uhr einzufinden:

1. Bezirk: Wasche, Potsdamerstr. 44.
2. " Baade, Rehrlingstr. 25.
3. " Kant, Charlottenburger Ufer 2.
4. " Eberhardt, Spreerstr. 15.
5. " Betrid, Goethestr. 33 (Ecke Sesehelmerstraße).
6. " Fischer, Pestalozzistr. 84.
7. " Brill, Goethestr. 78 (Ecke Grolmannstraße).
8. " Wredlow, Ansbacherstr. 31.

**Reinickendorf-West.** Heute abend 8 Uhr ist eine **Volksvorversammlung** für Frauen und Männer bei Witwe Thomas, Eichenstraße und Augusta Victoria-Allee-Ecke. Genossin E. Jherer wird über Wesen und Schäden der Hausindustrie und die wirtschaftliche Stellung der Frau sprechen.

**Nieder-Schöneeweide.** An Stelle der am Mittwoch aufgelösten Versammlung findet morgen, 6. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Franz eine **Wahlvereins-Versammlung** statt, in der Genosse Litzin einen Vortrag hält. Ferner erfolgen Vorstandswahlen.

**Die Genossen von Tegel und Umgebung** werden auf die am Mittwoch den 6. November, abends 8 Uhr stattfindende **Volksvorversammlung** in den Festsälen von Krapp in Tegel, Bahnhofsstraße 1, aufmerksam gemacht. Der Reichstags-Abgeordnete Emil Koenow spricht über „Die politische Lage und der Kampf um die Handelsverträge“. Parteigenossen, nach langem, unermüdlichem Kampf ist es den Genossen von Tegel gelungen, sich hier an Orte einen Saal zu erobern. Erscheint recht zahlreich, rüttelt die Säumigen und Launen auf, damit sich die Versammlung zu einer recht wirkungsvollen gestalte.

**Spandau.** Morgen (Mittwoch) abends 8 1/2 Uhr findet bei Wehe eine öffentliche **Kommunalwähler-Versammlung** statt, in welcher unsere Genossen Bericht über ihre Thätigkeit im Stadtkonze erstatten werden. Recht zahlreicher Besuch wird bestimmt erwartet. Das Resultat der Berliner und Charlottenburger Stadtvordnenwahlen wird in unserer Versammlung bekannt gegeben werden.

## Tokales.

### Koste es, was es wolle!

Die Freisinnigen machen verzweifelte Anstrengungen, bei den diesjährigen Stadtvordnen-Wahlen zum mindesten ihren bisherigen Besitzstand im Roten Hause zu bewahren. Wenn es ihnen nicht gelingt, das eine oder das andre der Mandate zurückzuerobern, die sie im Laufe der Zeit verloren haben, so wollen sie doch den Trost haben, sich nicht noch weiter zurückgedrängt zu sehen. Wie die Verhältnisse für sie liegen, müssen sie es in der That schon als einen Gewinn erachten, wenn sie nur keine neuen Verluste erleiden. Aber das wenigstens wollen sie mit allen Mitteln durchzusetzen versuchen, und dazu soll ihnen kein Opfer zu groß sein.

Dieser Gedankens beherrscht mit gleicher Stärke die Freisinnigen aller Schattierungen und gibt ihnen die Richtschnur für ihre Agitation. Mit ihren angstvollen Bemühungen, die zum Teil nach rechts, zum größeren Teil nach links abdrückende Wählerschaft festzuhalten, bieten sie ein Bild kläglicher Grundlosigkeit. Bald wird ziemlich unverhüllt mit den wirtschaftlich wie politisch reaktionären Elementen geliebäugelt, bald werden den ernsthaft demokratisch gesinnten und social empfindenden Wählern scheinbar einige Jugendsünden gemacht. Dabei wird aber keineswegs streng darauf gehalten, daß nach dem Prinzip der Arbeitsteilung der eine Teil dieser doppelten Aufgabe den „auch“ Freisinnigen überlassen wird und der andre den „entschieden“ Freisinnigen vorbehalten bleibt. Wo es nötig scheint, da weiß gelegentlich ein „auch“ Freisinniger nicht minder geschickt den Fortschrittlichen zu spielen und die socialen Aufgaben der Kommune zu betonen, während andererseits auch die „entschieden“ Freisinnigen es nicht immer verschmähen, einmal ein bißchen nach rechts hinüberzuangeln. Warum auch nicht? So oder so — sie alle wollen ja doch nur der Sache des gemeinsamen Liberalismus dienen.

Auch in den wiederholt von uns belächelten Valgereien zwischen den beiden Richtungen des Freisinn, die wir allemal vor den Stadtvordnen-Wahlen erleben, kommt dieser Gedanke schließlich immer wieder siegreich zum Durchbruch. Von den „entschiedenen“ Freisinnigen werden die Valgereien in der Regel mit der Erklärung eingeleitet, daß kein „wahrhaft“ liberaler Mann dem „Kammweichen“ Kandidaten jener „auch“ freisinnigen Richtung seine Stimme geben würde; die Rücksicht auf die Ehre

des Liberalismus verbiete es, einen solchen Mann zu unterstützen. Wenn aber der Verlauf der Wählerberatungen ergibt, daß für einen „entschieden“ Freisinnigen in dem betreffenden Bezirk wenig Stimmung vorhanden ist, dann ist — wenigstens bei den freisinnigen Wählern der dritten Abteilung — mit einem Male der ganze, angeblich so überaus tief gehende „Gegensatz“ vergeffen, und es heißt nur noch: „Seid einig — einig — einig!“ Selbst der „entschiedenste“ Freisinnsmann pfeift dann auf die Ehre des „Liberalismus“ und gibt seine Stimme mit Begeisterung für den „Kammweichen“ der „auch“ freisinnigen Richtung ab. Er erinnert sich noch zu rechter Zeit, daß schließlich doch auch ein Liberaler, der dem Liberalismus zur Schande gereicht, immer noch ein Liberaler ist, und daß das Wort: „Für einen solchen Liberalen lieber gar keinen!“ zwar in der Theorie sehr schön ist, aber in der Praxis doch lieber in der Umkehrung zu befolgen ist.

Besonders lehrreich in dieser Beziehung ist der Enttäuschungsfall, der diesmal gegen den jetzt viel genannten freisinnigen Stadtvordnenen Jacobi unter einem Teil der freisinnigen Wählerschaft seines Bezirks eingestuft worden ist. Herrn Jacobs Unschauungen über die socialen Aufgaben einer Kommune sind sojamm bekannt. Sie kennzeichnen ihn als den verbobtesten Manchestermann und den rücksichtslosesten Vertreter privatkapitalistischer Interessen. Die „entschieden“ Freisinnigen haben erklärt, es sei für den Liberalismus eine Ehrenpflicht und ein Gehot der Selbst-erhaltung, einen Mann wie Jacobi nicht länger in der Stadtvordnen-Versammlung zu dulden. Und doch hat der Gegenkandidat, den sie ihm in der Person des Rechtsanwalts Wieber gegeben haben, rücksichtslos erklärt, daß auch er gegebenenfalls für die Umkehrung des Wortes: „Für einen solchen Liberalen lieber gar keinen!“ einzutreten bereit sei. Wenn der Bezirk für den Liberalismus gefährdet wäre, würde er selber mit allen Mitteln darauf hinwirken, daß alle Liberalen — koste es, was es wolle — sich auf einen Kandidaten einigten, und auch er würde in diesem Falle für Jacobi eintreten. Mit diesem „Koste es, was es wolle!“ hat der „entschieden“ freisinnige Mann in der That den Nagel an den Kopf getroffen. „Koste es, was es wolle!“ Das ist der Gedanke, der den in die Enge getriebenen Liberalismus bei den diesmaligen Wahlen beherrscht. Nur nicht noch weiter zurückgedrängt werden, nur nicht noch mehr Mandate verlieren — koste es, was es wolle, und wenn es die „Ehre des Liberalismus“ kostet!

Der Mann, der in dieser Weise aufs neue die alte Wahrheit bekräftigt, daß die Liberalen aller Schattierungen trotz aller Mandat-Streitigkeiten zusammengehören, sprach vor Wählern der zweiten Abteilung, in der der Liberalismus, auch wenn er meinet ist, kaum etwas zu fürchten hat. Praktische Bedeutung gewinnt die Zusammengehörigkeits-Idee erst in der dritten Abteilung. Hier fällt es dem Freisinn nicht ein, die Mandatstreitigkeiten erst durch die Wahl selber zu entscheiden. Hier reichen sich die feindlichen Brüder — koste es, was es wolle — beizeiten versöhnt die Hände. Darum ist es aber auch nur gerecht, wenn alle ernsthaft demokratisch gesinnten und social empfindenden Wähler dritter Abteilung die Liberalen aller Schattierungen als zusammengehörig behandelt und ihnen am Wahltage die verdiente Niederlage bereiten.

### Verlorene Mühe!

Die „unpolitische“ Mieterpartei hofft bei den diesjährigen Stadtvordnen-Wahlen den einzigen Kandidaten, den sie aufgestellt hat, den National-socialen und Bodent reformer Damaschke, zum mindesten in die Stichwahl zu bringen. Vor 2 Jahren, wo sie zum erstenmale und zwar erst bei der Nachwahl in den Kampf um das rote Haus eintrifft, schnitt sie recht kläglich ab. Ihr Kandidat brachte es damals in denselben Bezirk, in dem er jetzt wieder kandidiert, dem Moabit 44. Bezirk der 8. Abteilung, nur auf 318 Stimmen bei überhaupt 2024 abgegebenen Stimmen.

Inzwischen hat Damaschke allerdings fleißig agitiert. Seine Behauptung, daß sich in Moabit in den letzten beiden Jahren sein Anhang vermehrt habe, kann sogar zutreffen, soweit es sich um den Kern seines Häufchens, die Deamentenschaft, handelt. Es heißt, daß ein Teil der Deamenten, die vor zwei Jahren in dem konservativ-antifamilialen „Würgerpartei“ ihren würdigen Vertreter sahen, diesmal zu dem Mieterkandidaten abgeschwenkt sind — zum großen Leidwesen der Moabiter Führer der „Würgerpartei“, die sich bitter darüber beklagen.

Man wird indes kaum fehl gehen, wenn man annimmt, daß Herr Damaschke selber im Innersten seines Herzens die Meinung des Julaufs aus diesen Kreisen noch nicht als einen besondern Erfolg ansieht. Ursprünglich wenigstens hatte er sich die Sache doch sehr viel anders gedacht. Er hatte gehofft, daß ihm die Arbeiterchaft in hellen Haufen zuströmen und ihn als den lang ersehnten Messias begriehen würde.

Seine ganze Agitation war auch von Anfang an darauf zugeschnitten, gerade in den Arbeiterkreisen Anhänger zu werben. Das Programm, mit dem er vor die Wähler tritt, ist zum allergrößten Teil dem socialdemokratischen Programm entlehnt. Er hütet sich aber, das den Wählern zu sagen oder gar darauf hinzuweisen, daß die Socialdemokratie in den 18 Jahren, die sie nun im Roten Hause vertreten ist, thatsächlich schon manche Verbesserungen durchgesetzt hat. Wer die Verhältnisse nicht kennt und den Mieterkandidaten sprechen hört, der muß glauben, daß er der Erste ist, der eben diese Forderungen aufstellt. Herr Damaschke weiß wohl, warum er von dem bisherigen Wirken der Socialdemokratie in der Berliner Kommune schweigt. Wer würde ihm sonst wohl glauben, daß er erst kommen muß, damit unsere Kommunalverwaltung endlich einmal an ihre socialen Pflichten erinnert werde!

Die Hoffnung, mit dieser Art der Agitation Anhänger aus der Arbeiterbevölkerung zu werben, ist vor zwei Jahren zu Damaskus großer Misserfolg und schmerzlicher Enttäuschung fehlgeschlagen. Sie wird sich diesmal voraussichtlich noch weniger erfüllen. Die Arbeiterbevölkerung Moabits hat nicht die geringste Veranlassung, sich statt durch einen Socialdemokraten mit einemmal durch einen National-socialen und Vordenkformer im roten Hause vertreten zu lassen. Sie hat dazu um so weniger Neigung, da sie noch nicht vergessen hat, welche zweideutige Haltung Damaskus eingenommen hat, als er — selber in Wahlkampf unterlegen — zu der Stichwahl zwischen unserem Genossen Glöckle und dem Kandidaten der „Bürgerpartei“ Stellung nehmen sollte. Obwohl der „Bürgerpartei“ in öffentlicher Versammlung die Baustellen-Spekulation in Schutz genommen und für seine Person eingestanden hatte, daß er selber in Baustellen spekuliere, obwohl Damaskus diesen Namen aufs schärfste bekämpft hatte, erklärte er vor der Stichwahl, er könne seinen Wählern nicht raten, für Glöckle einzutreten. Seine Wähler sahen das so auf, wie es allein aufzufassen werden konnte: sie stimmten, soweit sie sich an der Stichwahl beteiligten, größtenteils für den „Bürgerpartei“-Kandidaten der Baustellen-Spekulation. Nach den von unsrer Seite geführten Abstimmungslisten stimmten 135 von ihnen für den „Bürgerpartei“-Kandidaten und 9 (neun) für Glöckle.

Wenn Herr Damaskus glaubt, hiernach noch mit Erfolg um die Stimmen der Arbeiterbevölkerung werben und gegen den Kandidaten der Socialdemokratie, Genossen Glöckle, aufzutreten zu können, so wird ihn hoffentlich der Ausfall der Wahl sehr nachdrücklich eines andern belehren.

„Das Wohl der Stadt“ haben die Sonderkandidaten im Auge, die für die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen von den Berliner Grundbesitzer-Vereinen präsentiert werden. So steht es wenigstens so in einem Aufsatze, den der Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine in seinem offiziellen Organ veröffentlicht. „Wir bedürfen Männer in der Stadtverordneten-Versammlung, welche unparteiisch, ohne Rücksicht auf einseitige Fraktionsinteressen, das Wohl der Stadt im Auge haben. Es bleibe daher niemand am Wahltag zu Hause, und jedermann richte sein Augenmerk auf die Person des Kandidaten, dem er seine Stimme giebt.“ Derselbe Ratgeber richtet wir an die werthätige Bevölkerung Berlins. Man sehe sich die Kandidaten genau an und gebe seine Stimme vor allem jenem von den Grundbesitzer-Vereinen approbierten Kandidaten, die unter dem „Wohl der Stadt“ nur das Wohl der Hausbesitzer verstehen und darum die städtische Verwaltung hindern wollen, auch nur das geringste zur Besserung der Wohnungsverhältnisse zu thun. Wer wünscht, daß den Hausagrarier in der Stadtverordneten-Versammlung nachdrücklich auf die Finger geklopft werde, der wähle die Kandidaten der Socialdemokratie, die entschiedensten Gegner des Hausagrarismus!

**Freiinn und Arbeiterinn.** Aus Jittau wird gemeldet, daß die dortige Stadtverordneten-Versammlung, die nur aus Freiwählern und zwar aus solchen vom linken Flügel des Freiwahlens zusammengesetzt ist, sich nahezu einstimmig gegen die von den Handlungsgehilfen geforderte weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe (Schluß der Geschäfte an allen Sonntagen um 2 Uhr nachmittags) erklärt hat. Nicht einmal für den vom Jittauer Stadtrat gemachten Vorschlag, wenigstens für die Sonntage des Hochsommers (mit Ausnahme der Jahrmärkte- und Schiefsonntage) den Ladenschluß auf spätestens 2 Uhr nachmittags festzusetzen, war der Freiwahl zu haben. Es bleibt also noch wie vor beim 5 Uhr Ladenschluß an den Sonntagen.

Wie die Freiwählern in der Provinz sich zu den Forderungen der Arbeiterinn stellen (dem auch die Handelsangestellten gehören zu den Arbeitern, obwohl viele von ihnen das noch immer nicht einsehen wollen), das ist hier wieder einmal klar und handgreiflich zum Ausdruck gekommen. Der Beschluß der Jittauer Stadtverordneten wird die Handlungsgehilfen Berlins daran erinnern, in welcher Weise hier die Stadtverordneten-Versammlung vor zwei Jahren mit dem socialdemokratischen Antrag, die Sonntagsruhe der Handelsangestellten zu erweitern, umgesprungen ist. Der Antrag forderte den Gehalt eines Ortsstatuts, durch das für Fabrik-, Expeditions-, Engros- und Einzelgeschäfte die volle Sonntagsruhe, für Detailgeschäfte wenigstens die Beschränkung der Geschäftszeit auf drei Stunden und die Festsetzung des Ladenschlusses auf spätestens 10 Uhr vormittags angeordnet werden sollte. Er fand bei der Mehrheit der Versammlung zunächst eine scheinbar wohlwollende Aufnahme — es war damals gerade vor den Stadtverordneten-Wahlen! — und wurde einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen. Dieser Ausschuss gelangte zu dem Ergebnis, der Versammlung die Ablehnung des Antrages zu empfehlen, und die Mehrheit der Versammlung beschloß, nachdem in zwischen die Wahlen stattgefunden hatten, dem Vorschlag des Ausschusses gemäß tatsächlich die Ablehnung. Es wurde damit den einseitigen Wünschen der Arbeitgeber nachgegeben. Die bewusste Vertretung der Handel- und Gewerbetreibenden in Berlin, das Kassenkollegium der Kaufmannschaft, hatte sich in einem an den Magistrat gerichteten Schreiben dahin ausgesprochen, daß zur Zeit ein Bedürfnis zur weiteren Ausdehnung der Sonntagsruhe durch Ortsstatut nicht vorhanden sei. Für die Mehrheit der Versammlung war das ein ausreichender Grund zur Ablehnung! Ein Antrag, die Beschäftigung zu verlagern und zunächst alle Beteiligten zu hören, nicht nur die Geschäftsinhaber, sondern auch die Angestellten, wurde gleichfalls abgelehnt.

Das Vorgehen unserer Genossen im roten Hause war damals von der Gesamtheit der Handelsangestellten Berlins mit lebhafter Befriedigung begrüßt worden, nicht von den Socialdemokratischen allein, sondern ebenso von den Freiwählern und, soviel wir uns erinnern, auch von den konservativ-ausschließlichen. Der Parteigenosse der letzteren, Stadtverordneter Fregel, ein Vertreter der „Bürgerpartei“ in der Stadtverordneten-Versammlung, schloß allerdings bei der Abstimmung, er entging so der Gefahr, es entweder mit den Handelsangestellten zu verderben, oder mit jener Gruppe von Geschäftsinhabern, die von einer weiteren Ausdehnung der Sonntagsruhe eine Schwächung ihrer Einnahmen befürchteten. In Wirklichkeit wurde ja die Annahme des socialdemokratischen Antrages auch den zahlreichen kleinen Geschäftsleuten zu gute gekommen sein, die kaum weniger als die Angestellten unter der Beschränkung der Sonntagsruhe auf wenige Nachmittagsstunden zu leiden haben. Inzwischen dürften die Erfahrungen mit dem Auktions-Ladenschluß, von dem man ähnliche Schwächungen befürchtete, die meisten eines Besseren belehrt haben. Uebrigens nahmen damals auch die Sprecher der freiwählern „Neuen Linken“ in der Stadtverordneten-Versammlung, die Herren Ullstein und Karl Goldschmidt, der eine in der ersten, der andre in der zweiten Beratung, eine nicht ganz eindeutige Haltung ein. Sie versicherten zwar die Handelsangestellten ihres Wohlwollens, aber aus ihren Ausführungen kam doch heraus, daß sie auch den Wünschen jener kurzfristigen Ladenschluß-Rechnung tragen zu müssen glaubten.

Die Berliner Handelsangestellten, denen die Mehrheit der freiwählern Stadtverordneten Berlins vor zwei Jahren eine Erweiterung der Sonntagsruhe versagte, können sich jetzt mit den Handelsangestellten von Jittau trösten, wie die Jittauer sich mit denjenigen von Berlin trösten müssen. Das Treiben des Freiwahlens in den Kommunen ist überall das selbe.

**Einer der erheblichsten Mängel in den Berliner Gemeindeschulen** ist die überaus starke Klassenfrequenz, die es dem Lehrer unmöglich macht, sich des einzelnen Kindes anzunehmen, um es seiner ideoellen geistigen Veranlagung entsprechend zu fördern.

Zur Vorschau und Vogen wird an der Gemeindeschule die geistige Mifütterung besorgt. Dieser von den socialdemokratischen Stadtverordneten so oft gerügte Mangelstand erhält von neuem eine Bestätigung in dem soeben angelegenen Bericht über die in Wilmsdorf errichtete Pflanzschule Erziehungs-Anstalt für 1899—1901. Mit der Anstalt ist eine Vorschule verbunden, die in den Berichtsjahren von 18—24 Kindern besucht war, welche sich auf drei Klassen verteilten. Ueber den Erfolg des Unterrichts heißt es:

„Die geringe Zahl ermöglicht es den Lehrkräften, jedes einzelne Kind im Auge zu behalten und sich auch der milderbegabten oder durch Krankheit zurückgebliebenen Kinder — — — besonders anzunehmen. Infolgedessen gelang es den Kindern stets, das Lehrziel der einzelnen Klassen in der vorgeschriebenen Zeit zu erreichen.“

Nach Absolvierung der Vorschule wurden die Kinder den höheren Schulen außerhalb der Anstalt überwiesen. Hier erfüllten nun nicht alle Pöglinge die Erwartungen, die nach ihren Leistungen in der Vorschule gehegt werden konnten, und zwar hatte dies — bei manchen Schülern nur die dem Privatunterricht nahe kommende Behandlung des Lehrstoffes in der Vorschule herbeigeführt; in den großen Klassen aber, wo sich der Lehrer nicht dauernd mit dem Einzelnen beschäftigen konnte, fiel es dem Betreffenden recht schwer, den Anforderungen zu genügen.“

Ein hartes, aber gerechtes Urteil über die Berliner Gemeindeschulen spricht aus diesen Zeilen. Gönnte es sich hier sogar doch um eine höhere Schule, wo die Frequenzverhältnisse wahrscheinlich bedeutend günstiger wären, als in den Volksschulen mit ihren von 60—70 Schülern besetzten Klassen.

**Ueberfluß an Gemeindeschulen?** Nun wird auch aus der Luisenstadt ein Rückgang der Zahl der Gemeindeschüler gemeldet. Von magistratsmäßiger Seite wird mitgeteilt, daß hier bereits ganze Klassen eingegangen sind und daß bei einem weiteren Rückgang der Schülerzahl wahrscheinlich mehrere Schulen zusammengelegt werden müssen. Diese Erscheinung ist bei der Luisenstadt eher begreiflich, als bei der Tempelhofer Vorstadt, aus der kürzlich ein Gleiches gemeldet worden war. Aus der Luisenstadt wird die Wohnbevölkerung — infolge der fortschreitenden Ausbreitung von Handel und Industrie in diesem Stadtteil — immer mehr hinausgedrängt, eine Entwicklung, die das Centrum und die Friedrichstadt bereits früher durchgemacht haben. Die Fällung der magistratsmäßigen Notiz läßt vermuten, daß in der Luisenstadt die Zusammenlegung von Schulen tatsächlich beabsichtigt wird und wohl schon sehr bald erfolgen soll, vielleicht schon im nächsten Jahre. Diese Maßregel würde allerdings einer Resolution entsprechen, die die Stadtverordneten-Versammlung im Frühjahr 1895 bezüglich der fortschreitenden Verlagerung der Gemeindeschulen im Innern der Stadt gefaßt hat und auf Grund deren dann in den nächsten Jahren ein paar dieser Schulen eingezogen bzw. nach den Außenbezirken hinausverlegt worden sind. Davon indes, daß bei einem Rückgang der Schülerzahl die betreffenden Schulen zusammengelegt werden „müssen“, kann gar keine Rede sein. Es ist durchaus kein Unglück, wenn wenigstens in einigen Schulen die Frequenz von selber auf ein vernünftiges Maß herabsinkt. Im übrigen kann die Zusammenlegung von Schulen auch deshalb nicht gebilligt werden, weil dadurch einer großen Zahl von Schülern der Schulweg verlängert wird. Man sollte doch endlich einmal aufhören, in Fragen des Schulwesens immer nur die finanziellen Gesichtspunkte zu beachten, immer nur auf Ersparnisse bedacht zu sein, wie es bisher leider nur zu sehr die Gepflogenheit unserer freiwählern Stadtverwaltung gewesen ist.

**Der heilige Profit!** Unter der Spitzmarke „Wo bleibt die Gerechtigkeit?“ verbreiten die Berliner Badeanstalts-Inhaber in den Kreisen der Hausbesitzer ein Flugblatt, das von neuem Klage führt über die „verwerfliche Konkurrenz“, die den Inhabern privater Badeanstalten von der Stadtgemeinde gemacht werde. Sie halten mindestens die Einrichtung von Bäumenädem in den städtischen Badeanstalten für überflüssig, da ein Mangel an Badeanstalten mit Bäumenäde-Einrichtung nicht bestünde und der Preis für Bäumenäde in den privaten Anstalten nicht höher sei als in den städtischen. Sie betrachten die städtischen Volks-Badeanstalten in ihrer jetzigen Form als einen „schweren Eingriff in den geschäftlich gewährleisteten freien Gewerbebetrieb“. Diese Leute begreifen nicht, daß die Förderung der Hygiene, mithin auch die Errichtung und Unterhaltung von Badeanstalten, eine öffentliche Angelegenheit sein muß, daß sie daher der Privat-Spekulation am besten überhaupt zu entziehen wäre. Ihren bisher erfolglos gebliebenen Versuchen, bei der Gemeindevverwaltung mehr Berücksichtigung ihrer Privatinteressen zu erzwingen, wollen sie jetzt dadurch einen größeren Nachdruck geben, daß sie sich hinter die Grundbesitzer stellen. In diesem Zweck weisen sie auf die Absicht einer Unterfütterung von Baugenossenschaften durch die Stadtgemeinde hin und stellen sich selber als ein warnendes Beispiel für die Grundbesitzer auf. Damit sind sie nun allerdings vor die richtige Schmelde gegangen. Die Grundbesitzer sind die rücksichtslosesten Vertreter privatspekulativen Interesses, die eifrigsten Schützer des heiligen Profites — wenigstens so weit, als ihre eigenen hausagrarischen Interessen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Sie werden sich sicherlich beeilen, den Badeanstalts-Inhabern zu Hilfe zu kommen.

**Wie für unsre Gegner agitiert wird.** Im Moabiter 44. Kommunalwahlbezirk war für Sonntag eine „jüngliche Zusammenkunft“ der Buchdrucker durch den Kollegen Arthur Henze-Siebenmühl (früher Breslau) zusammenberufen worden, die sich mit der Stadtverordneten-Kandidatur des National-socialen Damaskus beschäftigten sollte. Von einem Teilnehmer geht uns folgender Bericht zu:

Kollege Henze schilderte Damaskus als einen ehrlichen Mann, der es wirklich mit seinen Forderungen ernst meine, und den man daher unterstützen müsse. Die Kollegen Brandeis, Mey und andre leuchteten Kollegen Henze gründlich heim, indem sie ihm nachwiesen, daß die Socialdemokratie schon längst die jetzt von Damaskus aufgestellten Forderungen vertritt. Wie ehrlich es Herr Damaskus meine, sei daraus zu ersehen, daß er vor zwei Jahren in Moabit, nachdem er selber unterlegen war, nicht den Mut besaß, seinen Wählern zu empfehlen, in der Stichwahl für die Socialdemokratie einzutreten. Auch wurde dem Kollegen Henze in nicht mißzuverstehender Weise gesagt, daß seine Quertreiberei in Kollegentreiben auf das schärfste zu verurteilen sei. Er solle seine Bemühungen nicht fortsetzen, denn er werde bei seinen Kollegen keine Gegenliebe finden. Die allseitige Zustimmung zu diesen Ausführungen ließ erkennen, daß das Liebeswerben für Damaskus umsonst gewesen war. Außer Henze war keiner der Kollegen für Damaskus eingetreten.

**Ueber die Veranlagung der Berliner Gemeindeschulfinder** hat die städtische Schuldeputation, veranlaßt durch das königliche Provinzial-Schulkollegium, im Schuljahr 1900/1901 zum erstenmal Erhebungen angefaßt. Sie erstreckten sich auf 9456 Knaben und 9709 Mädchen, die zu Ostern und Michaelis nach vollendeter Schulpflicht die Schule verlassen. Von den Knaben gingen 184 in Berufsschulen und 277 in höhere Lehranstalten über. 2547 wurden Handwerker, 1188 Arbeiter, 181 Fabrikarbeiter, 1901 widmeten sich einem technischen Gewerbe, 572 dem Kunstgewerbe. Zum Handel gingen 1073, in Schreibdienst 896, die Gastwirtschaft wählten 109 als Beruf, den Land- und Gartenbau 79. Nur 649 blieben zunächst noch im Elternhause. Von den Mädchen traten 221 in höhere Lehranstalten über. 1264 gingen in Dienst, 268 zur Fabrik, 1041 wollten private Handarbeiten übernehmen. Den kaufmännischen Beruf wählten 1862, in Staatsdienst traten 18 ein, 29 widmeten sich der Kunst. 5506 Mädchen, weit über die Hälfte aller, verblieben bis auf weiteres ohne bestimmten Beruf im Elternhause.

**Zur Bäckerverordnung.** Polizeilich wird mitgeteilt: Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 4. März

1896 über den Betrieb der Bäckereien und Konditoreien zu I 3a werden noch der 30. November, 7., 21., 23. und 31. Dezember d. J. als diejenigen Tage festgesetzt, an denen in Bäckereien und Konditoreien Geheizen und Behälter über die vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

**Der nächste Kurstag der Anstalt für die Verhütung der Tuberkulose** beginnt Montag, den 2. Dezember, vormittags 8 Uhr. Meldungen zur Teilnahme sind an den Vorsteher, Ober-Arzt a. D. Herrn Brandt in Charlottenburg, Spreestraße 42, zu richten. Zur Aufnahme sind erforderlich: 1. der Nachweis über Erlebung des Schmeldehandwerks und 2. ein polizeiliches Führungsattest. Unbemittelte erhalten freie Ausbildung und haben keinerlei Prüfungsgebühren zu entrichten.

**Einen verzweifelten Kampf um seine Freiheit** führt der Gärtner Kegel, der in der Großgörschenstr. 27 eine Blumenhandlung betreibt. A. wurde Anfang dieses Jahres wegen Hehlerei zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und zwei Jahren Exzesslust verurteilt, weil er zehn Köpfe Alpenveilchen, die aus einem Diebstahl herrührten, gekauft hatte. Die Behauptung des A., daß seine Ehefrau die Blumen, nachdem sie den Handel zum Abschluß gebracht, mit dem ortsfälligen Preise von 15 M. bezahlt habe, fand keinen Glauben, um so weniger, als der Angeklagte nicht in der Lage war, Zeugen für seine Unschuld beizubringen. Auf Grund eines Auftrages, den Frau A. in unserm Blatt erhielt, äußerte ein Gärtner in einer Gastwirtschaft in der Bauhenerstraße, daß er der Lieferant der Blumenköpfe gewesen wäre und seine Adresse im Interesse des ungeschuldeten Beurteilten bei Frau A. abgeben wolle. Dies ist jedoch nicht geschehen. Dringend zu wünschen wäre es, wenn sich derjenige Mann melden würde, welcher am 11. Dezember v. J. zwischen 8 und 9 Uhr morgens in dem erwähnten Geschäft einen Blumentopf kaufte und mit ausgehen hat, wie Frau A. Zahlung für einen Korb Alpenveilchen leistete.

**Der „Naturmensch“ Gustav Nagel** wurde gestern in der Jollyschen Klinik für Nervenkrankheiten den Ohren vorgestellt. Nachdem er seine Lebensgeschichte erzählt und seine bekannten „Ideen“ zum besten gegeben hatte, verließ er den Hörsaal. Nunmehr äußerte sich Geh. Rat Jolly über die Krankheit des Naturmenschen. Nagel leidet an Paranoia. Seine fernen Ideen sucht er durchzuführen. Eine Schwester von ihm ist kranke; auch sie mußte schon ihres Bruders Behandlungsmethode über sich ergehen lassen. Die Patienten, die am selben Leiden kranken — so z. B. auch der bekannte Maler Dieffenbach — haben, wie Prof. Jolly an Photographien erläuterte, alle das Bestreben, ihr Bild christlich zu gestalten, sich entsprechend das Haar zu kämmen und zu flechten. Solche Kranken tragen oft eine große Eitelkeit zur Schau. So läßt sich auch Nagel beispielsweise sehr gern photographieren. Die Krankheit selbst ist aufsteckend. Wärter, die solche Patienten zu beaufsichtigen hatten, dann aber auch nervenschwache Personen sind das von befallen worden.

**Gestern nacht wurde im Zeughaus** von zwei Zeughauswärttern ein Mann festgenommen, der in den unteren Männlichkeiten in der Nähe der Thür nach dem Plage zu ohne Stiefel angetroffen wurde. Die Stiefel wurden in der entgegengesetzten Ecke des unteren Raumes aufgefunden. Der Mann stellte sich als der hier ohne Wohnung weilende, 1877 in Dräsel geborene Tischler François Durand heraus. Er hat sich am Sonntagmittag, um zu flechten, einschließen lassen; ein Schraubenzieher, ein zerbrochenes Schloß, zwei kleine Schrauben, ein Stück Licht und eine Schachtel Streichhölzer wurden bei ihm aufgefunden. Von einem Schloßkasten waren sechs Schrauben und der hintere Schloßdeckel bereits abgelöst. Durand ist der Staatsanwaltschaft überwiesen worden.

**Eine weitverzweigte Einbrecher- und Hehlverbindung** hat die Kriminalpolizei durch die in der letzten Zeit erfolgten Verhaftungen aufgedeckt. Wie jetzt festgestellt ist, standen die Handläufer Raphael und Rosenberg, die zuletzt als Hehler hinter Schloß und Riegel gebracht wurden, auch mit dem Goldwaren- und Uhrenhändler Wolff von der Spandauer Brücke und Broß aus der Schwangelstraße in Geschäftsverbindung. Raphael und Broß sind Schwäger, Wolff ist ein guter Bekannter und entfernter Verwandter von Rosenberg. Die Rosenberg bei seiner Verhaftung, so mochten auch Wolff und Broß den wilden Mann und werden auf ihren Geisteszustand untersucht werden. Das ist allerdings auch der einzige Ausweg gegenüber dem Belastungsmaterial, das durch die Verhöre der Einbrecher und die Verfolgung der hierdurch gewonnenen Spuren herbeigeführt worden ist. Die Beute, die die Einbrecher machten, kam erst aus der dritten und vierten Hand unter das Publikum. Die ganze Hehlverbindung stand mit den „bedeutendsten“ Einbrechern der letzten Zeit, Wink, Fiedner, Damm, der Kronenbänder, in Verbindung. Uhren und Goldwaren aus den Einbrüchen bei Petermann in der Schönhauser Allee und Kunkel in der Bredowstraße wurden jetzt bei Raphael u. Rosenberg gefunden, nachdem ein Teil von dieser „Ware“ und von der Einbrecherbeute bei Quade in der Gleditschstraße und Fiebig in der Kommandantenstraße bereits im Wolfischen Laden an den Mann gebracht worden war. Raphael war schon früher verdächtig und eines Tages mit einer Anzahl Cigarrenlisten nach Hamburg gefahren. Als er glaubte, daß mit der Festnahme von Wink und Wolff diese Sache als erledigt angesehen werde, kam er nach Berlin zurück. Die Cigarrenlisten brachte er wieder mit. Sie enthielten, wie sich jetzt bei der Verfolgung herausstellte, Uhren aus dem Einbruch bei Kunkel.

**Unmittelbar vor der That ertappt** und festgenommen wurde in der Nacht zum Montag ein Einbrecher, der es auf das Haus Kreuzigerstraße Nr. 12 in Friedrichsberg abgesehen hatte. Hier plante er einen schon vor längerer Zeit „ausbalbieren“ großen Metalldiebstahl. Die Polizei überraschte ihn jedoch und nahm ihn außer seinen Einbrecherwerkzeugen auch einen zweideckigen, auf Federn liegenden, umgestrichenen Handwagen ab, den er anderswo gestohlen und zum Wegschaffen der Beute mitgebracht hatte.

**Die Angelegenheit des Stadtverordneten Lüben**, der wegen Steuervergehens zu 180 000 Mark Strafe verurteilt worden ist, wird in einigen Blättern zu demänteln gesucht. Herr Lüben sei unschuldig zu der Strafe gekommen, denn sein Buchhalter habe die Bücher unordentlich geführt und wäre demnach deswegen entlassen worden. Nun ist die „Berliner Zeitung“ aus Anlaß einer ihr zugegangenen Zuschrift dar, daß Lüben sehr wohl über den Stand seines Vermögens unterrichtet gewesen sein muß und daß er den Buchhalter in einem Penunsi als fleißigen, umsichtigen und gewissenhaften Mitarbeiter empfohlen habe, der auf eignen Wunsch aus seiner Stellung geschieden sei. Die Steuervergehungen sollten aber dies zu einer Zeit erfolgt sein, als dieser Buchhalter noch gar nicht bei Herrn Lüben angestellt war, nämlich vor dem Jahre 1896.

**Eine umfangreiche Verlagsaffaire**, die um so größerer Aufmerksamkeit erregt, als ein Berliner Arzt hierbei seine Hand im Spiel hat, meldet der folgende Polizeibericht: Aufsehend sehr zahlreich sind die Opfer, welche das betrügerische Treiben des Dr. med. C. U. T. m. a. n. u. bisherigen Inhabers einer Privatklinik, Große Hamburgerstraße 20, sowie des Dr. med. Joseph, Artilleriestr. 9, und des Dr. med. Georg Jacoby, Kommandantenstraße 61, die zum Teil gemeinschaftlich operierten, gefordert hat. Dr. med. Guntermann betrog solche Personen, welche sich auf entsprechende Zeitungsinserate als Kaiserliche bei ihm melden, unter falschen Vorwägungen zur Übergabe von Kauttionen in erheblicher Höhe; daselbst wanderte für die, wenn auch mit geringeren Erfolge, Jacoby aus. Gemeinschaftlich betrieben Dr. Guntermann und Joseph einen umfangreichen Kreditwandel, indem sie Gewerbetreibende um Waren der verschiedensten Art, wie Schreibmaschinen, Fahrräder etc. betrogen, welche absoldet veräußert oder veräußert wurden. Die Vorgenannten sind sämtlich vor kurzem flüchtig geworden und dürften sich nach England gewandt haben.

**Den vieljährigen Bemühungen der Direktion des Schiller-Theaters** ist es gelungen, sowohl mit der Stadt Berlin wie mit der Stadt Charlottenburg die Organisation regelmäßiger

Wollschüler-Vorstellungen durchzuführen. Die gesamten Klassen der Berliner Mädchen- und Knabenschulen, wie die Oberklassen der Charlottenburger Schulen, sollen in diesem Winter in insgesamt zwölf Vorstellungen „Wilhelm Tell“ sehen. Die Herren Stadtschulrat Carl Gerstenberg (für Berlin) und Dr. Hermann Reufert (für Charlottenburg) sind eifrige Freunde dieses neuen wichtigen Unternehmens.

Die Dierkerweg-Stiftung hielt dieser Tage ihre Hauptversammlung in der Aula hinter der Garnisonkirche ab. Der Vorsitzende, Reichstags-Abgeordneter Schulrat Dr. Zwick, hob in seinem Jahresbericht zunächst hervor, daß sich in den letzten zehn Jahren die Mitgliederzahl verdreifacht habe und daß zwei Preisaufgaben bearbeitet sowie sechs Studienreisen im Auftrage der Stiftung unternommen worden seien. Der zuletzt über das französische Schulwesen erhaltene Bericht der Herren Pragermann und Groppel ist in demnächstigen Verlage erschienen, den Behörden, Mitgliedern und Sömern überhand und mit wohlverdientem Beifall aufgenommen worden. Sodann unterbreitete er der Versammlung den Vorschlag des Antrags, die für Berlin brennend gewordene Fortbildungsschulfrage erneut in Angriff zu nehmen und einen geeigneten Schulmann zur Verwirklichung über den gegenwärtigen Stand des obligatorischen gewerblichen Fortbildungsschulwesens in den deutlichen Großstädten zu entsenden, was auch Zustimmung fand. Ferner teilte er mit, daß der bekannte Dierkerweg-Biograph v. Soltwisch in Karlsruhe sich bereit erklärt habe, Anfang nächsten Jahres hier einen Vortrag über „Wissenschaft und Erziehung bei Dierkerweg“ zu halten. Nachdem dem Schatzmeister Entlastung erteilt worden war, wurde des verstorbenen Schulrats Professor Dr. Euler ehrend gedacht und an seine Stelle Herr Neolschuldrer Dr. Pöhlle in das Kuratorium gewählt. Den Hauptvortrag hielt Herr Lehrer Kohn über „Dierkerwegs parlamentarische Tätigkeit und seinen Einfluß auf die Schulgesetzgebung“. Der von reichem Studium und großer Begeisterung zeugende Vortrag fand wohlverdiente Anerkennung.

Der Sternhimmel im November. Bei Anbruch des Abends sind bereits die Sternbilder des Orion und Eiser sichtbar, um Mitternacht erreichen den höchsten Stand Walfisch, Widder, Stier, Perseus.

Von den Planeten geht Merkur mit der Sonne auf und unter, und wird erst von der Mitte des Monats ab vor Sonnenaufgang sichtbar. Venus steht am Abendhimmel und geht um 1/7 Uhr. Ende des Monats vor 7 Uhr unter. Mars geht bereits vor 6 Uhr. Ende des Monats vor 1/2 Uhr abends unter. Jupiter steht im östlichen Teil des Schützen, er ist bis nach 1/2 Uhr. Ende des Monats bis 1/7 Uhr abends sichtbar. Saturn, der ebenfalls im Schützen steht, geht nur wenig später unter als Jupiter; er nähert sich diesem mehr und mehr, die größte Annäherung beider Planeten findet am 29. November statt. Uranus im Sternbild des Skorpion geht um 6 Uhr abends, zu Ende des Monats schon um 1/2 Uhr unter. Neptun, der in den Zwillingen steht, ist von 1/8 Uhr abends an die ganze Nacht hindurch sichtbar.

Der Mond geht als letztes Viertel am 3. November um 1/12 Uhr nachts auf. Reumond ist am 11. November, an diesem Tag befindet sich der Mond in Erdferne. Als erstes Viertel geht er am 19. November um 1/4 Uhr mittags auf, um Mitternacht unter; Vollmond haben wir am 26. November, und zwar geht der Mond um 1/2 Uhr abends auf, um 9 Uhr morgens unter. Die Erdnähe erreicht er am 25. November.

Am Tage des Reumonds, 11. November, findet eine ringförmige Sonnenfinsternis statt, die in Arabien, Schindien und dem östlichen Teil des Mittelasiatischen Meeres sichtbar sein wird. Für Deutschland ist die Finsternis nur partiell, in Berlin kann das Ende derselben, der Ausbruch des Mondes aus der Sonne, um 8 Uhr 5 Minuten morgens beobachtet werden.

Orgelkonzert. Herr Otto Diemel gibt in der Maxienstraße am Mittwoch, den 6. November, mittags 12 Uhr, ein Bach-Konzert bei freiem Eintritt unter Mitwirkung von Frau Ami John-Höfel, Fräulein Teresia Gläfer, Herrn Arthur Barth, Herrn Konzertmeister Leopold Hartmann und Herrn Rob. Schwieffmann.

Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern. Der Kursus „Einführung in die lateinische Sprache“, eine Wiederholung des im vorigen Winter abgehaltenen, beginnt am Dienstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des Französischen Gymnasiums, Reichstags-Ufer 6. Herr Geh. Reg. Rat Prof. Dr. Diels wird den einleitenden Vortrag halten, Herr Privatdozent Dr. Heim den eigentlichen Kursus übernehmen. Im Anschluß an diesen soll nach Wunsch ein zweiter Kursus stattfinden, in dem ein Buch aus Götzers gallischem Krieg gelesen und erklärt werden wird. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für den sechs Wochentage umfassenden Vortragskursus sind in haben bei: Georg Bellini, Cigarrenhandlung, W. Leipzigerstr. 136; A. Schütz,endant, O. Holzmarkt 60; G. U. Tischendorf, C. Spohlerstr. 7; R. B. Weberer, Buchhandlung, W. Kurfürstenstr. 70; Bernhard Star, Buchhandlung, SW. Friedrichstr. 250; Centralstelle für Arbeiter-Vorbereitungseinrichtungen, W. Köthenerstr. 23.

Arbeiter-Bildungsschule. Bei dem am vergangenen Sonntag stattgefundenen Fest im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, ist ein Fortrennmaße mit über 2000 M. Inhalt verloren gegangen. Der Finder wolle dasselbe gefälligst in der Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule oder beim Portier des Gewerkschaftshaus abgeben.

### Aud den Nachbarn.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Spandau, welche für die dritte Abteilung am 12. November (in der Zeit von 10 bis 11 Uhr und von 5 bis 8 Uhr) stattfinden, haben diesmal die Gegner ganz besonders auf die Beine gebracht. Während früher schon bei allen Kommunalwahlen die Mitglieder der Kriegervereine zum Kampf gegen den „Mistwurf“ kommandiert wurden und regelmäßig der amtliche Wahlapparat in Funktion gesetzt wird, sind diesmal ihre Gegner auf den Ausweg verfallen, alles, was sich die Bekämpfung der vorwärtsstrebenden Arbeiterklasse zum Lebenszweck gemacht hat, unter einen Hut zu bringen. Daß dieser Zusammenschluß aber unter Umständen den Wiedermännern erst recht zum Verhängnis werden kann, scheinen sich diese Leute wohl nicht überlegt zu haben, denn sonst hätten sie zum mindesten nicht den Grundbesitzer-Verein in ihre Gewerkschaft aufgenommen. Dieser Umstand allein lehrt den Wählern der dritten Abteilung schon, was Geistes Kinder die vereinigten Ordnungshelden sind. Die Grundbesitzer werden aus der Koalition den Vorteil ziehen. Welchen unheimlichen Einfluß diese Herren heute schon ausüben, lehrt die Tatsache, daß sich 33 von den 42 Stadtverordneten in ihren Händen befinden. Und da sollte sich wirklich die Wählerchaft der dritten Abteilung von diesen Ordnungsheldern lösen? Das wird nicht geschehen! Zeit jeder von unsren Anhängern bis zum Tage der Wahl seine Pflicht und gelangt es, das anstimmende Hausagatorium samt den liberalen und andren verkappten Arbeiterfeinden kräftig zurückzuwerfen, dann ist auch der Sieg wieder unser.

Steglich. In der letzten Gemeindevorstandersitzung machte der Vorsitzende zunächst die Mitteilung, daß der Gemeindevorstande Haack sein Amt niedergelegt habe. Sodann wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Anstellungsbedingungen für den neugewählten Gemeindevorsteher festgelegt. Zur Regulierung und gütlicher Ausgleichung des Farmerplayes wurden 3000 M. bewilligt, ebenso auf demselben Antrag des Gemeindevorstandes 7000 M. zum Bau eines Wohnhauses für Saisonarbeiter auf dem Nieselgute Klein-Gietzen. Dieser Antrag kam etwas überraschend, denn noch vor kurzer Zeit, als unser Vertreter die Gelegenheit der Annahme der Jahresrechnung über das Nieselgut die Wohnräume als nicht menschenwürdig bezeichnete, war der Gemeindevorstand der Meinung, daß sie den Ansprüchen der Arbeiter genügen. Im Interesse der Arbeiter ist diese plötzliche Meinungsänderung nur zu begrüßen. Der Antrag unseres Genossen Rapp, die Grabstellen-Gebühren für Reihengräber aufzuheben, wurde als „socialistisch“ gegen eine Stimme abgelehnt; es wäre auch zu viel verlangt von den Freimurhern, für eine solche „alte“ liberale Forderung einzutreten, welche sie offenbar als eine „Jugendfeier“ des Liberalismus betrachten. Ein

Antrag auf Aufnahme einer Wohnungsstatistik wurde angenommen, nachdem in der vorigen Sitzung dies als Zugabe angesehen und abgelehnt wurde — „wie's trefft!“, mal so, mal so! — In einer persönlichen Bemerkung glaubte der Gemeindevorsteher Krieger sich als Großingquistor gegen unsern Genossen Rapp aufspielen zu können; in juchbar feierlicher Weise verlangte er Ausschluß über einen Satz, den nach einem Beschlussebericht Genosse Rapp in einem Referat über die Wohnungsfrage im Wahlverein gesprochen haben soll. Die Antwort erfolgte so, wie sie erteilt werden mußte.

## Gerichts-Beitrag.

Renner-Ladenstahl und Warenautomaten. Der Direktor Krawitzer von der Aktiengesellschaft für automatischen Verkauf war vom Landgericht I Berlin wegen Uebertretung des § 139 s der Gewerbe-Ordnung, wonach offene Verkaufsstellen von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen, zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Er wurde dafür verantwortlich gemacht, daß einige der auf allen Bahnhöfen stehenden Chocoladen- und Postkarten-Automaten der Gesellschaft nach 9 Uhr abends vom Publikum durch den Einwurf von Geldstücken zur Herausgabe von Waren veranlaßt werden konnten. — Der Angeklagte legte Revision ein und machte vor allem geltend, daß § 139 s hier überhaupt nicht Anwendung finde, weil die Warenautomaten nicht offene Verkaufsstellen im Sinne dieses Paragraphen seien.

Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Warenautomaten seien offene Verkaufsstellen gemäß § 139 s der Gewerbe-Ordnung. Die §§ 41a und 189 s dienen nicht nur dem Schutze der Angestellten im Handelsgewerbe, sondern es solle dadurch für die fraglichen Stunden auch dem gewerblichen Betreibe derjenigen Geschäfte vorgebeugt werden, die Arbeiter nicht beschäftigen. Hiernach müßten Warenautomaten an sich von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh, sowie auch Sonntags zu den für den Geschäftsverkehr nicht freigegebenen Stunden für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein, soweit nicht gesetzliche Ausnahmen in Betracht kämen. Im vorliegenden Falle müßte das Landgericht nachprüfen, ob der automatische Verkauf von Bonbons, Chocolate und Ansichtskarten unter die Ausnahmen falle, welche der Berliner Polizeipräsident als Ortspolizeibehörde nach § 139 s Absatz IV bestimmen könne und bestimmt habe. Handelte es sich um solche Ausnahmen, dann sei Angeklagter freizusprechen, im andern Falle müßte es dagegen bei der Verurteilung bleiben.

In Wolen begann gestern der im Juli d. J. vertagte Prozeß gegen 13 polnische Studenten wegen Teilnahme an einer geheimen Verbindung. Es sind nur acht Angeklagte erschienen, darunter der Student der Medizin Sulzowski, der im Juli fehlte. Ferner ist der von der Verteidigung als Entlastungszeuge geladene Student Polewski zur Stelle.

## Bereinskalendar.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu nützlichem Gebrauch für jedermann. Alexandrinenstraße 26, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—5 und 7—5 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 430 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. II. Sängerkreis: A. Hüner, Wilhelmstraße 134. Erster Kassierer: Seltsch, Fiedrichstraße 16. Alle Vorstellungen im Bereinskalendar sind zu richten an Friedrich Korum, Vorkassierer 33. Dienstag, Uebungsstunde abends 9—11 Uhr — „Gretchen“ (Wien), Bartel, Bismarckstr. 59. — „Olympia“, Zimmermann, Gruner Weg 29. — „Hand in Hand I“, Turan, Rammstr. 88. — „Kreuzberg“, Heize, Bergmannstr. 70. — „Gehweh“, Hüper, Reichstraße 15. — „Geh“, Münder, Uminstr. 19. — „Wiederhall“, Schieder, Admiralsstr. 21. — „Freiheit II“, Schmauer, Adlerhof, Bismarckstr. 16. — „Nordenblätter“, Spät, Georgenstraße 65. — „Ankerzug II“, Bachstein, Salzweberstr. 16. — „Rote Kette II“, Kohn, Nippnerstr. 42. — „Liederkreis IV“, Schulz, Wittenberg, Jägerstr. — „Alpenblode“, Gold, Große Frankfurterstr. 133. — „Wedding-Darmania“, Mühlroth, Müllerstr. 7. — „Honorat VIII“, Schurbaum, Normal in der Wart — „Sangstich II“, Bergmann, Polowitzerstr. 3. — „Weiße Rose I“, Weller, Reinholdstr. 3, Provinzstraße. — „Arbeiter-Raubband“, Heine, Komowes, Bismarckstr. 55. — „Glasarbeiter“, Lepinski, Müggelheimerstr. 29. — „Gauwolda“, Schammler, Bismarckstr. 14. — „Kreuzberg Harmonie“, Köhler, Admiralsstr. 18c. — „Nord-DB“, Conrad, Hornbörgerstr. 6. — „Freie Heilblume“, Schmidt, Stallgerstr. 51/52. — „Ging, Sch“, Blumenstr. 38. — „Garcia“, Brandenburg, A. J. Wettermann, Wilhelmstr. 111. — „Schneeblöden II“, Potsdam, Glatzer, Brandenburger Kommunität 16. — „Lilla“, Beigel, Wrangelstr. 136. — „Froh-Postung“, Schilling, Ruffstraße 16. — „Kofentrot“, Pernitz, Schwedenstraße 11a. — „Alpenblöden“, Dilligfeld, Bergstr. 60. — „Auferschleider“, Reind, Weinstraße 11. — „Schwaben“, Weigmann, Andreestr. 32. — „Frohmann I“, Ammelsburg, Weidling, Wölfe und Kantstr. 64. — „Kafke“ (gen. Chor), Dals, Stallgerstr. 24b. — „Gutenkranz“, Brenzlan, Lorenz, Klosterstraße. — „Hand in Hand II“, Fiedrichsberg, Seider, Frankfurter Allee 176. — „Honorat IX“, Charlottenburg, Bernice, Bismarckstraße 34. — „Malgolde II“, Lepinski, Pöhlmann, Müggelheimerstr. 35. — „Gmteig“, Kummerlohn, Reclin, Neue Prinz Albrechtstraße 44. — „Freiheitskämpfer“, Weinsack, Grünstr. 21. — „Ging“, Schulz, Blumenstr. 38. — „Alte Erde“, Apfel, Bringen-Allee. — „Kofentrot Vorwärts“, Ad. Krumann, Brunnstr. 150. — „Jugend I“, Steglik, Schellstr. 10, Hornstraße 15a. — „Concordia“, Vier, Alte Jakobstr. 119. — „Kofentrot“, Lanzel, Wiesenstr. 29. — „Freier Männerchor Nord-Weß“, Phannbaum, Hohofstr. 28.

Arbeiter-Männerbund Berlin und der Umgegend. Änderungen im Bereinskalendar sind zu richten an Albert Liebermann, Berlin, Bismarckstraße 44. IV. Dienstag: Rausch, Egidorstr. 6, Grüner Weg 120, Sinitz. — „Weiße Erde“, Urbanstr. 51, Weh. — „Kudaloma“, Hofstraße 10, Udel. — „Reiter Berl. Kanaklub“, Reichensbergerstr. 146, Ruffam. — „Domingo“, Waldemarstr. 16, Schriebe. — „Kohlegä“, Reichensbergerstr. 157, Bergner. — „Gmteig I“, Prinz Hagenstr. 72, Zum Ambo. — „Korea“, Weidenweg 40. — „Neuer Pakt“, Vongebacher, 7, Teilmeyer. — „Arbeiter-Bund“, Grünauerstr. 5, Gassoldorf. — „Blütenputz“, Götthelmsstr. 1, Heide. — „Kudaloma“, Bergstraße 46, Herzog. — „Pfeifenputz“, Falkenheinerstr. 5, Gensel. — „Gmteig II“, Wartenstr. 101, Wälder. — „Diana“, Schöb, Brennerstr. 71. — „Jugend“, Deich, Zeughausstr. 9. — „Kais“, Schulstraße 5. — „Blau-Weiße IV“, Putzstr. 30, Rösch. — „Rein Streit“, Jordanstraße 9, Runkel. — „Weißblumen“, Wundstraße 56, Dünke. — „Kämpfer“, Rieding, Stallgerstr. 41. — „Eidorado I“, Albersdorferstraße 11, Neumann. — „Germania“, Jordanstraße 8, Wälder. — „Weißblumen II“, Adolmerstr. 3, Krabbenhoff. — „Seegras“, Völgelstr. 18, Wangen. — „Böden“, Wälderstraße 9, Kudke. — „Liljeblöden“, Reu, Weidenstr. 10, Wälder. — „Fidele Brüder III“, Fiedling, Putzstr. 10. — „Victoria“, Heiler, Vorhangenstr. 21. — „Ebelweiss“, Altdorf, Ringstraße 24, Kaufner. — „Gmteig“, Reu, Weidenstr. 11, Wilhelmstr. 2, Trumler. — „Piera“, Witten, Fiedrichsberg, Kronprinzstraße 14. — „Kajuh II“, Schulz, Fiedrichstr. 30. — „Gloria“, Röllingerstr. 11. — „Jugend“, Reu, Weidenstr. 11, Wälder, Fiedrichstr. 5. — „Lafot zur Erde“, Kant, Charlottenburger Ufer 2. — „Liederkreis“, Schöneberg, Seider, Seiderstr. 82. — „Kajuh“, Gmteig, Hennigsdorferstraße 4. — „Weißblumen III“, Schulz, Reu-Weidenstr. Seiderstr. 24. — „Grüner Pakt“, Rott, Strahmannstr. 23. — „Kampfer“, Krummstr. 10, Jägerstr. 69. — „Gmteig“, Conrad, Urbanstr. 87. — „Vortrot“, Schete, Vongebach, 23. — „Rein Ränder“, Rubel, Grünstr. 21. — „Tata“, Giedel, Reu-Weidenstr. Seiderstr. 30. — „Weißblumen IV“, Jibell, Köthenerstr. 31. — „Kieblatt“, Ammelsburg, Rantke, 43. — „Gmteig“, Klinge, Koloniestr. 137. — „Wiederhall“, Reu-Weidenstr. Seider, Fiedrichstr. 35.

Gesang, Turn- und geistliche Vereine. Dienstag. Schöneberger Theaterverein, Wilhelmshof, Goethestr. 81. Arbeiter-Turnerbund. Dienstag und Freitag: Turnv. „Nichte“, Berlin, abds 8—10 Uhr: 2. Männerabtl.: Stallgerstr. 55/56; 4. Männerabtl.: Noack, Siemensstr. 20; 5. Männerabtl.: Adlerstr. 67; 6. Männerabtl.: Stallgerstr. 54; 9. Männerabtl.: Müllerstr. 158. Alte Triftstraße: 10. Männerabtl.: Petersburgerstr. 4; 11. Männerabtl.: Fiedrichstr. 33; 1. Verbandsabtl.: Fiedrichstr. 37; 1. Jugendabtl.: Fiedrichstr. 37; 2. Verbandsabtl.: Fiedrichstr. 17, 26; 6. Verbandsabtl.: Reichensbergerstr. 67/70; 8. Jugendabtl.: Fiedrichstr. 36/37; 1. Damenabteilung: Mariannen-Ufer 1a. Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an C. Bratte, Panstr. 21. Dienstag: Reutun (Weidenstr.), abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Badeanstalt Lurstr. 89a; „Honorat“, öffentliche Badeanstalt Schillingstraße. Arbeiter-Szenographenverein „Trotz“. (Eintigungsverein.) Bezirk Nord: bei Wilmstr. Schulstr. 29, abends 8 1/2 Uhr. Arbeiter-Kadaberbund „Solidarität“. Gau I (Prov. Brandenburg). Alle Aufschreiben und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW, Waldstr. 8. Dienstag: Ad. Radt, Berlin, Rixdorf, Thomas, Hermannstr. 48/50. — Radt, Berlin, „Rück auf“ in Baumgartenweg jeden 1. und 3. Dienstag im Monat.

Dabelow, Baumgartenstr. 14. — Ad. Radt, Berlin, „Honorat“ in Schöneberg, jeden Dienstag nach dem 8. und 21. bei Döb, Weiningerstraße 8. — Ad. Radt, Berlin, „Reiter Wille“ in Berlin, Bismarckstr., Schwendeburgstr. 34. — „Kajuh“, Glühmann, Fandberger Allee 40/41. — „Kajuh“, wahl II, 1900. — „Kajuh“, Hülstr. 9. — „Kajuh“, Wälder, Panstr. 32d. — „Oberpost“, Ober-Schöneberg, John, Wilhelmstr. 18. — „Gmteig“, Fiedrichsberg, Landhaus, Büttelstr. 22. — „Adler“, Rixdorf, Brant, Jochenstr. 77.

## Vermischtes.

Aus Krefeld schreibt man uns: Durch eine Explosion im Reinigungsraum der städtischen Gaswerke entstand am Sonnabend in der Anstalt Großfeuer. Glücklicherweise sind keine Toten zu verzeichnen; auch hofft man, die zwei Arbeiter, welche schwer verletzt sind, am Leben zu erhalten. Da aber der Reinigungs- und Maschinenraum zerstört ist, so lag Krefeld auf einige Tage im Dunkeln. Ein Teil der Hauptstraße und einige Restaurationen sind elektrisch erleuchtet, sonst müssen aber Petroleumlampen, welche jetzt ein gesuchter Artikel sind, in Aktion treten. Unsere Parteigenossen, welche auf Sonntag eine stark besuchte Volks-Versammlung einberufen hatten, wußten sich mit gutem Humor in die Sachlage zu fügen. Genosse Hofrichter, welcher über Kommunalpolitik referierte, und der überwachende Beamte erhielten eine Petroleumlampe, während ein Dutzend Kerzen in dem großen Saale verteilt wurden.

Figurkelt. Am Sonntag war bekanntlich in Leipzig die Beerdigung unres Genossen Schoenlan. Bereits am Montagmorgen lief mit der ersten Post eine von der Reproduktionsanstalt Schömy in Leipzig-Meuditz hergestellte — Ansicht-Postkarte, auf der wohlwollenden der Trauerzug dargestellt war, bei unserer Redaktion ein.

Vom seltsamen Verschwinden eines Kindes. Aufgefährt dürfte eine Affäre werden, die vor etwa sechs Jahren die Bevölkerung des Landwalder Kreises außerordentlich beunruhigt hatte und auch von antisemitischen Agitatoren ausgenutzt wurde. Damals verschwand aus dem Dorfe Menten der dreijährige Sohn des Besitzers Fenske. Nachdem alles Nachsuchen vergeblich gewesen, nahm ein Teil der Bevölkerung an, daß das Kind von einer in diese Zeit in der Gegend gesehenen Zigeunerbande entführt worden sei, andre freilich ging das Gerücht, daß der Kleine einem Mordmord zum Opfer gefallen. Jetzt verlautet, daß ein in jener Gegend wohnender Förster K. auf seinem Sterbebette bekannt habe, daß er den Knaben persönlich erschossen und dann aus Angst, bestraft zu werden, verscharrt hätte. Die Behörde beschäftigt sich bereits mit dieser Angelegenheit, und es dürfte so gelingen, Licht in die mysteriöse Sache zu bringen.

Marktpreise von Berlin am 2. November 1901 nach Ermittlungen des sal. Polizeipräsidenten.

Ware	Art	Preis	Ware	Art	Preis
Weizen	gut	14,00	Kartoffeln	neue, D-Gr.	5,-
	mittel	13,50		alte, D-Gr.	1,70
	gering	13,00	Rindfleisch	Beule 1 kg	1,20
Roggen	gut	12,50	do. Bauch		1,40
	mittel	12,00	Schweinefleisch		1,60
	gering	11,50	Rohfleisch		1,80
Gerste	gut	14,40	Hammerfleisch		1,90
	mittel	13,60	Butter		2,80
	gering	12,90	Eier	60 Stück	5,00
Hefe	gut	16,20	Karpfen	1 kg	2,20
	mittel	15,30	Katze		2,50
	gering	14,50	Hühner		2,50
Malz	gut	7,50	Fische		2,00
	mittel	7,00	Barack		1,80
	gering	6,50	Schmalz		2,80
Öl	gut	40,-	Biere		1,40
	mittel	35,-	Rebhe	per Scho.	16,-
	gering	30,-			3,-

\* frei Bogen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 4. November. Auf dem Getreidemarkt entfaltete sich am 4. November, hauptsächlich infolge des aufeinander gleichmäßig entrenden Winterwetters, Weizen und Roggen waren 1/2 bis 1/3 M. höher gehalten, doch blieb das Geschäft ruhig, da die Unternehmung sich vorläufig noch zurückhalten. Das Barcament blieb knapp. Die abnehmend nicht rentablen russischen Mehlarten sellten sich infolge erhöhter Frachtkosten noch teurer als in den letzten Tagen. Wehl noch fast gar keine Beachtung. Von den ausländischen Getreidearten wurden meist erhöhte Preisnotierungen gemeldet. Hafer und Weiz verkehrten in fester Tendenz. Auch Rüböl war im Preise leicht gebessert, aber sehr still. Spiritus war unverändert, 70er loco 32,90 M. — Schluß für Getreide: Dezember-Weizen je 1 M. höher; sonstige Lieferungen beider Troppfrüchte geschäftlos.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

**E. S. 59.** Die Genossen in der ersten und zweiten Abteilung verdienen in allen Dingen ihre Stimme auf den Wahlen zu geben.

**W. S. 99.** Die Kinder eines Bruders sind Bräuer, auch wenn sie außerhalb Bräuers geboren sind. Jeder Deutsche kann nachher die Aufnahme in den Staatsverband verlangen, in dem er sich niederlassen hat. Er hat dann zwei Staatsangehörigkeiten. — **E. S. 39.** Wenden Sie sich mit einer Beschwerde über den Rektor Prügelwitz an die Schuldenrat und beantragen Sie ferner Umschulung Ihrer Tochter. — **W. S. 100.** Nehmen Sie Zahlung der Forderung ab. Die Forderung ist längst verjähr; überdies hatten Sie nicht für die Schanden Ihres Namens. — **Klein.** Der Lehrer ist verpflichtet, dem Handlungslehrling die zum Besuche einer Fortbildungsschule erforderliche Zeit zu gewähren. Sie können auf Erfüllung dieser Pflicht beim Amtsgericht klagen. — **R. 25.** Sie sind seit dem 1. Januar 1900 nicht mehr zur Erhaltung der Kosten verpflichtet, die dadurch erwachsen sind, daß die Gemeinde als Armenverband Ihren Sohn krankenspezifisch gewährt hat. Ebenso hat Sie zur Erhaltung der Armen nicht verbunden. Die Schaltung, ratenweise Abtragung dieser Kosten und dergleichen befreit den durch Beschluß der als Armenunterstützungen betrachteten Leistungen eingetretenen Verlust Ihres Wahlrechts nicht. — **W. S. 100.** 1. Die Reichstags-Abgeordneten erhalten keine Diäten. Ein Abgeordneter, der dies verlangt, ist dazumal vom Reichstag angenommen, vom Bundesrat aber nicht. 2. Ihre Frau ist invalide, nicht krankenspezifisch. — **J. 9.** Die Urkunde braucht nur dem Betreffenden selbst (vom Amtsgericht) erteilt zu werden. Sie können auf Grund der Urkunde solchen Vollmacht solchen Antrag für den Betreffenden stellen. — **W. S. 1.** und 2. Ein eigenhändig ge- und unterschriebenes, formgerecht abgefaßtes Testament ist ohne Stempel und Uebergabe an Gericht, Notar usw. gültig. Beispiele finden Sie S. 238, 231, Nr. 55—59 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. 3. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts. — **W. S. 100.** **Haude.** 1.—4. Der Austritt aus der Kirche ist in Bayern bei dem Pfarrer zu erklären, ist aber für Rüd. Bayern überhaupt unzulässig. 5. 20 M. — **Mariendorf 73.** 1. Schulden auf Ihren Namen kann die Betreffende mit rechtlicher Wirkung nicht machen. Sollen nämlich Sie zahlen. 2. Nein, Sie haben etwa 18 bis 25 Mark Alimente monatlich zu zahlen. 3. und 4. Nein. — **Kassel.** Eine solche Verurteilung wäre eine strafbare und außerdem mit hohem Vorkerkampfe beladene Verurteilung einer Votterie ohne behördliche Genehmigung. — **W. S.** Sie müßten das gesamte Restguthab und die Kosten zahlen. Wenn Sie vor dem Termin zahlen und mit dem Anwalt Klageraufnahme vereinbaren, so würde die Kostenlast eine erheblich geringere sein. — **O. 10.** Ja. — **W. S.** Die Kontrollverpflichtungen haben fast ausschließlich in der ersten Hälfte des Monats November stattgefunden und sind fast stets mit den Stadtverordnetenwahlen zusammengetroffen. Die öffentliche Stimmabgabe, die Ausübung des Wahlrechts wird durch den Verfall nicht betroffen. Derselbe Verfall, wie der jetzt im „Honorat“ erfolgt, ist bei früheren Stadtverordnetenwahlen veröffentlicht und ohne irgend einen Nachteil befolgt worden. Die im Reichstog wiederholt befolgte Befreiung des Erlasches abermals zum Ausdruck zu bringen, liegt kein Anlaß vor. Die Befreiung finden Sie in den Staatsverordnungen. — **H. S.** Das Brantweinsteuer Gesetz vom 24. Juni 1887 und 16. Juni 1895 ist keineswegs in seinem ganzen Umfange aufgehoben. Es sind aber nach § 50 des Gesetzes die Vorschriften über die Brantweinsteuer mit dem 30. September dieses Jahres (infolge der Obstruktion am 15. Juni) gefallen. Die Brantweinsteuer darf also für die Zeit nach dem 30. September nicht mehr erhoben werden. Beantragen Sie Rückerstattung des irrthümlich erhobenen Betrages. — **H. S. 6.** Ja. — **W. S. 1000.** Die Ehefrau haften nicht für die Schulden ihres Mannes. — **E. S. Altwasser.** 1. und 2. Die Räume müssen den baupolizeilichen Vorschriften entsprechen; wie die dortigen lauten, ist unbekannt. Wegen des Verbot können Sie den Weg des Verwaltungsrechtes-Berfahrens beschreiten. — **Hildorf 100.** Ein Prozeß hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — **H. S. 56.** 1.—4. Ueber Heilgelegentheiten u. dergl. geht am besten das amtliche Kurbuch und die amtliche Kuranstaltliche (Anhalter Bahnhof) und Bahnhof (Alexanderplatz) Auskunft. 5. Nein. — **H. Rein.**

## II. Wahlkreis.

Dienstag, den 5. November, abends 8 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 58:

### Kommunalwähler-Versammlung für den 4. u. 9. Bezirk

Tages-Ordnung:

1. Was wollen die Sozialdemokraten? Referent: Stadtverordneter Arthur Stadthagen.
2. Ansprache des Kandidaten für den 9. Wahlbezirk Dr. med. Alfred Bernstein.
3. Diskussion.

Dienstag, den 5. November, abends 8 Uhr, bei Schuegelberg (Inhaber Schindler), Hasenheide Nr. 21:

### Kommunalwähler-Versammlung für den 10. Bezirk.

Tages-Ordnung:

1. Was wollen die Sozialdemokraten? Referent: Stadtverordneter Bruns.
2. Ansprache des Kandidaten Fritz Zabel.
3. Diskussion.

Um recht zahlreichen Besuch ersucht  
Das Wahlkomitee.

## Berlin 4. Kreis (Osten).

Dienstag, den 5. November 1901, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Stechert, Andreasstraße 21:

### Kommunalwähler-Versammlung für den 22. und 23. Wahlbezirk.

Tages-Ordnung:

- Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Singer. — Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung rege zu agitieren.

## IV. Wahlkreis (Süd-Ost).

Dienstag, den 5. November ex., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, in den Central-Festhallen, Oranienstraße 180:

### Oeffentliche Versammlung der Kommunalwähler des 11. und 12. Kommunalwahl-Bezirks.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Fritz Kanert über: Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen.
2. Diskussion.

## Achtung! 5. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 5. November 1901, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12:

### Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 29. und 41. Bezirk.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Dr. Curt Freudenberg.
2. Diskussion.

## Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

4 grosse

### Kommunalwähler-Versammlungen.

Dienstag, den 5. November, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr:

1. Für den 34. und 35. Bezirk in Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148. Referenten: Die Kandidaten Reichstags-Abg. Wurm und Ramlow.

2. Für den 32. Bezirk bei Dase, Brunnenstraße 154. Referent: Der Kandidat Dr. Karl Liebkecht.

3. Für den 36. Bezirk, Ewinemünder Gesellschaftshaus, Ewinemünderstr. 42 bei Hübner. Referent: Der Kandidat Dr. Hermann Weyl.

4. Für den 48. Bezirk bei Herrn Zimmermann, Badstraße 58. Referent: Der Kandidat Reichstags-Abg. Wilhelm Pfannkuch.

Das Wahlkomitee.

## Achtung! I. Wahlkreis. Achtung!

### Socialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 6. November, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Lokale des Herrn Trieschmann, Jädenstraße 55:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichtigung des Wahlergebnisses der Stadtverordnetenwahlen aus allen Bezirken.
2. Bericht der Statutänderungs-Kommission. Referent: Genosse Christian Bohn.
3. Bericht des Vorstandes und Kassenericht.
4. Neuwahl des Vorstandes und Wahl der Abteilungsführer.
5. Vortrag des Genossen Walder Manasse über: „Kommunale Streiklichter.“

Gratüloberweisung der Broschüre „Zur Landtagswahl“. Die Mitglieder erhalten das Parteitaggs-Votum gegen Nachzahlung von 20 Pf. in der Versammlung sowie an den Zahlenden. Der Vorstand.

## III. Wahlkreis.

Mittwoch, den 6. November, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 15:

### Versammlung des Wahlvereins.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

### Zur Beachtung!

Die Bezirksvertrauensmänner-Versammlungen finden der Stadtverordneten-Wahlen wegen morgen, Mittwoch, nicht statt. Die Ortsverwaltung.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 6. November ex., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr: Bezirksversammlung für Moabit in den „Arminiushallen“, Bremerstr. 70-71.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Bading über: „Schlösser Glaube“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 121/15

Mittwoch, den 6. November ex., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Bartel, Große Frankfurterstraße 18: Vertrauensmänner-Konferenz für den Osten.

Mittwoch, den 6. November, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Barthel, Bülowstraße 59: Vertrauensmänner-Konferenz für den Westen. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

## Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 7. November 1901, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal III, Engel-Ufer 15:

Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Krankenversicherung der Heimarbeiter. Ref.: Stadtverordneter Genosse Borgmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen ersucht. Der Vorstand. J. A.: R. Ahrens.

## Achtung! Gattler. Achtung!

### Gr. öffentl. Protestversammlung

der Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin

am Donnerstag, den 7. November 1901, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: Die Gründung einer Zwangs-Zunigungs-Krankenkasse und unsere Stellungnahme dazu. 275/3

Mitglieder! Wenn Euch das eigne Interesse am Herzen liegt und Ihr diese Veranlassung nicht über Euch ergehen lassen wollt, dann ist es Eure Pflicht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Gefellen-Ausschuss. J. A.: Albert Hoffmann, Vors., Schmiedstr. 31.

## Abbruchs

des Hauses Breite Strasse 20, gegenüber dem Köllnischen Fischmarkt, löse ich mein seit 43 Jahren bestehendes Geschäft auf.

Gänzlicher Ausverkauf

der grossen Lager von Teppichen Gardinen Parkieren Steppdecken Schlafdecken Täucherstoffen etc. etc.

Verkauf von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr nur gegen Kasse.

Der Ausverkaufspreis ist auf jedem Gegenstand neben dem alten Preise mit Blaustift vermerkt.

## A. Löwenthal

Brette Strasse 20 Ecke Scharrenstrasse.

Eigene Konfektion.

## Fertige Kleider

Enorm billig praktische reinwoll. Jackettkleider neue Modelle (27133) elegante Façons in Covercoat u. Homespun 15 W., 20 W., in feinsten Ausführungen 30 W.

Reich garnierte Strassenkleider 20 W., 25 W., 30 W.

Schwarze Kleider in Phantasiefarben 20 W., 25 W., Eleg. weisse Kleider in Giletstoffmangarn 25 W., 30 W.

Golf-Capes 5.50 W., 8 W., 12 W., 15 W.

Jacketts aus Costimo, Homespun, moderne Façons, in tabellierter Verarbeitung, 10 W., 12 W., 15 W.

Sackpaletots 90-110 cm lang, von 12 W.

Selbstenplüsch-Jacketts Selbstenplüsch-Kragen glatt, leicht und leichtweg 27 W., 30 W., bis 50 W.

Schwarze glatte und bestickte Capes und Kragen in Costimo a. waffelt 10 W., 15 W.

Kostümröcke elegante Façons 6 W., 7 W., 10 W., 12 W., 15 W., aus Seide 25 W., aus Alpaca 4.50 W., 6 W., bis 30 W., aus weissen und crème-Cheviot und Piqué 3, 5, 7-15 W.

Sielmann & Rosenberg Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße, Mass-Anfertigung.

Harmonium, vorzögl., auch Sonnt. zu vert. Friedrichstraße 68, Litzsch. 137/4

Stempel-Fabrik von 1884 Robert Hecht, Berlin S., Cranichstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Rauten-Linien-Verfekt zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 W. an

Herren-Anzüge, Paletots eleg. Ausführung bei nur gering. Teils. J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13, partier. 26662

Herm. Arnhold Alexandrinenstrasse 110, Messaplatz, 1. Etage im 2. Hof Verkauf direkt aus dem Fabrikmutterlager Private auch Teilsahlung

Salontrompeten von 21.00 W. an Speisefaal-Kronen 35.00 W. " " 2.00 " " " " 4.00 " " " " 10 zu den elegantesten Genres. Gasöfen, Gasöfen, Gasplatten, Petroleum- u. alle Bronzekronen werden in Zahl. gen. u. a. Wunsch auch anfront.

Empfehle allen Genossen mein

Total-Beilsalliance-Strasse 74a. Achtungsvoll Fritz Preuss.

5 $\frac{1}{2}$  Pfund Brot 50 Pf. Backware 6 Stück für 10 Pf. Albrechts-Bäckerleien: Brangelstraße 9, Kranichstraße 19, Falkensteinstr. 25, Paulsenstr. 2.

Geld! Wer Darlehen oder Hypothek sucht, erw. lange Prospekt von H. Sittner u. Co., Hannover B.

Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9, Sprechstunden: 1/2, 12-1/2, 1/2-1/2.

Dr. med. Schaper homöop. Arzt u. Spec.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten, Königgrätzerstr. 47, Spr. 9-1, 4-7.

Bruch-Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Geradenhalters, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

Eigene Werkstatt. Siegelantf. u. Giltst.-Krankentafeln Berlin C., [22422]

30. Finien-Strasse 30.



L. Löwenthal, 84gr. 1866. Fabrik: Reichenbergerstr. 121. Filiale: Jerusalemstr. 50/51. Musik-Instrumente. Italien. Mandolinen. Italienische Gitarren. Bass-Gitarren, 8-, 10-, 12saitig. Prim- u. Streich-Zithern. Elegie- u. Arion-Zithern. Vorzögl. Konzert-Flöten. Piccolos. Clarinetten. Glockenspiels. Xylophone. Becken, Meissner Porzellan- u. Ocarinas, Tambourins, Castagnettes. Anerkant billigste Preise. Grösstes Lager Berlins. 6 Schaufenster mit Neuheiten. Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.



## Louis Kellers Festsäle

Ropenstr. 20.

Jeden Dienstag: Norddeutsche Sängerkörner (Fuhrmann, Horst, Walde).

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pfennig. 25192\*) Nach jeder Seite: Familien-Kränzchen.

— Bond haben Gültigkeit. — Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Rastanien Allee.

## Charlottenburg.

F. Kunstmann, Wallstr. 1. Uhren und Goldwaren!

Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Resolute Garantie! Zähne 2 M.

## Für Manrer,

welche sich im Bekleiden, Bekleidungen sowie allen technischen Bauarbeiten z. z. zum Polier ausbilden wollen, bietet sich günstige Gelegenheit, an dem Winterkursus (Abendstunden und Sonntags) teilzunehmen. Carl Karras, Rannertstr. 71. 20660\*

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 W. Plomben 1.50 W. Zahnabst. wöchentl. 1 W. Zahnarzt Wolf, Reingegr. 130. Spr. 9-7.

Eine Kreisversammlung für Niederbarnim

Am Sonntagabend in Mummelsburg. Dieselbe war besucht von 10 Vertrauensleuten und 39 Delegierten aus 13 Orten des Wahlkreises. Außerdem nahmen an der Konferenz teil: Der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, der Kreisvertrauensmann, zwei Vertreter der Presse, je einer der Agitations- und der Lokal-Kommission und ein Revisor.

Das Bureau bildeten die Genossen Gerstenberger, Gebauer und Haal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken des verstorbenen Genossen Schoenlant.

Sodann erstattete der Kreisvertrauensmann Gary den Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Einnahmen betragen 6514,80 M., die Ausgaben 4868,14 M., der verbleibende Bestand 1646,66 M. Unter den Ausgaben befinden sich folgende Posten: An den Parteivorstand 500 M., an die Agitations-Kommission 500 M., für schriftliche Agitation im Kreise 1288,85 M., desgleichen für mündliche 183,25 M., Agitation in Westhavelland 200 M., Projektionen 500 M., an die Provinzialtagung 240 M., der Rest ist für verschiedene Ausgaben verwendet worden. — Im abgelaufenen Jahre fanden 2 Kreisversammlungen statt und 2 Agitationstouren über den ganzen Kreis. Zur Verbreitung gelangten 23 000 Exemplare des „Märkischen Landboten“, 54 000 Flugblätter „Was losen uns die Junter“, und monatlich 1000 Exemplare der „Fackel“. — Was die Organisation betrifft, so läßt deren Ausdehnung und Stärke zu wünschen übrig. Den 23 000 bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen stehen nur 2071 organisierte Genossen gegenüber. Die Mitgliederzahlen der einzelnen Wahlvereine sind folgende: Bernau 53, Erkner 25, Lichtenberg 612, Pantow 210, Mummelsburg 365, Stralau 125, Ober-Schöneweide 180, Friedrichshagen 180, Friedrichsfelde 76, Reinickendorf 292, Weihensee 506, Dalldorf-Waldmannslust 160, Oranienburg 60. — Zur Agitation gegen den Vorkonkurrenz fanden an einem Tage 5 Protestversammlungen im Kreise statt. Auf die Petitionslisten gegen den Vorkonkurrenz sind bis jetzt 44 518 Unterschriften aus dem Kreise eingegangen. Dabei ist zu bemerken, daß die Listen aus einem Bezirke bei der Zusammenstellung des Resultats noch nicht vorliegen, und auch aus einzelnen Teilen anderer Bezirke noch Unterschriften zu erwarten sind, so daß sich die Gesamtzahl noch um wenigstens 2500 vermehren dürfte. Die Unterschriftensammlung in den einzelnen Bezirken ergab bis jetzt folgende Resultate: Erkner 288, Lichtenberg 10 520, Pantow 3480, Mummelsburg 6200, Weihensee 10 181, Friedrichshagen 1696, Friedrichsfelde 1800, Reinickendorf 3039, Stralau 1358, Ober-Schöneweide 1776, Oranienburg 1179.

Dem Bericht des Vertrauensmannes folgte eine längere eingehende Diskussion, in der an der Geschäftsleitung des Genossen Gary keinerlei Ausstellungen gemacht wurden. Die Redner besprachen zum größten Teil die Partei-Arbeiten und deren Ausführung in den einzelnen Bezirken. Insbesondere stellte man Betrachter an über das Resultat der Unterschriftensammlung auf den Petitionslisten. Während einzelne Redner durch das Ergebnis nicht befriedigt waren, meinten andere, die Zahl der Unterschriften sei in Anbetracht der Verhältnisse im Kreise eine durchaus befriedigende. Stadthagen gab der Ansicht Ausdruck, daß das Ergebnis der Unterschriftensammlung seine Erwartungen übertroffen habe. Wenn man bedenke, daß der Kreis 23 000 sozialdemokratische Wahlstimmen abgegeben habe, wovon 1200 auf den zu Berlin gehörenden Bezirk (Niedhof-Gezond) kommen, so daß für den eigentlichen Kreis etwa 22 000 Stimmen verbleiben, so ergebe sich als Resultat der Unterschriftensammlung bis jetzt schon mehr als das Doppelte unserer Wahlstimmen. Das sei für einen größtenteils ländlichen Kreis ein über Erwarten gutes Resultat. Für die Stimmung, die in der Bevölkerung gegen den Vorkonkurrenz herrscht, sei nicht allein die Gesamtzahl der Unterschriften maßgebend, sondern noch andre Umstände. So haben beispielsweise in einem Dorfe sämtliche Einwohner unterzeichnet mit Ausnahme des Amtsvorstehers, des Pastors und eines schwerverwundeten alten Mannes, dem man den Zweck der Petition nicht klar machen konnte. Ähnliche Fälle liegen noch mehrere an. Auch in der Gegend von Zerpenschulke sei die Stimmung gegen den Vorkonkurrenz in drastischer Weise zum Ausdruck gekommen. Eine dabei von unserer Seite einberufene Versammlung, die von 150 Personen besucht war, nahm einstimmig eine Resolution gegen den Vorkonkurrenz an. Darauf veranlaßte der Bund der Landwirte als Gegenmaßnahme eine Versammlung, zu der sich ganze 26 Mann einfinden, und diese Versammlung lehnte eine Resolution für den Vorkonkurrenz ab.

Nach Schluß der Diskussion über den Geschäftsbericht wurde beschlossen, daß die Orts-Vertrauensleute und die Bezirks-Wahlvereins-Vorstände möglichst vor der Kreisversammlung einen spezialisierten Geschäftsbericht an den Kreisvertrauensmann einzureichen haben.

Dem Kreisvertrauensmann wurde einstimmig Decharge erteilt. Rühmlich erstattete Genosse Grauer den Bericht der Pressekommision. Er verwahrte sich zunächst dagegen, daß die Pressekommision, wie neulich ein Genosse in einer Berliner Versammlung sagte, eine Schattenkommission sei. Die Pressekommision habe ausreichende Befugnisse, die sie auch erforderlichenfalls ausüben. Im übrigen führte der Redner aus, daß gegen die Haltung des „Vorwärts“ keinerlei wesentliche Einwendungen zu machen seien. — Genosse Gerstenberger, ebenfalls Mitglied der Pressekommision, schloß sich dem an. — In der Diskussion wurde unter anderem besprochen, daß die Parteipetition bei der Abfertigung in der Expedition oft sehr lange warten müssen, wohingegen die Berliner Expedition schneller abgefertigt würden. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Redaktion sich mit den Verleumdungen der Bororte bespreche, um die Verleumdungen nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln. Gegenwärtig würden aus einem Teil der Bororte nur sehr kurze, aus andern dagegen fast täglich längere Verleumdungen gebracht.

Darauf erstattete Genosse Freywaldt einen kurzen Bericht der Agitationskommission, der ohne Debatte entgegengenommen wurde.

Anschließend erfolgten die Wahlen. Zum Kreisvertrauensmann wurde Freywaldt, Pantow gewählt, nachdem der gleichfalls vorgeschlagene bisherige Vertrauensmann eine Wiederwahl abgelehnt hatte. Ferner wurden gewählt: Als Revisoren: J. J. J., Mummelsburg, Seiler, Lichtenberg, Eichler, Pantow; in die Pressekommision: Grauer, Lichtenberg, Gerstenberger, Weihensee; in die Agitationskommission: Taubmann; als Obmann der Lokalkommission: Liebe, Friedrichsfelde.

Der letzteren Wahl ging ein kurzer Bericht des seitherigen Obmanns Kette voraus, woran sich eine Besprechung über Lokalverhältnisse in einzelnen Orten schloß.

Der in der Tagesordnung folgende Vortrag des Genossen Stadthagen über Agitation wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit abgelehnt. Dann folgte eine Besprechung von Angelegenheiten aus verschiedenen Orten, namentlich bezüglich der Errichtung von Gewerbe-gerichten, und damit waren die Verhandlungen der Konferenz beendet.

Versammlungen.

Die Arbeiter (Lapiezerei) hatten am Mittwoch, den 30. Oktober, eine öffentliche Versammlung bei Jannasch, Inselstr. 10. Zum 1. Punkt der Tagesordnung berichtete Ueffler über die Tätigkeit der Lohnkommission und teilte mit, daß zwei Werkstätten-Einreichungen in der dritten Fall die Maßregelung eines Kollegen durch Eingreifen der Lohnkommission zu Gunsten der beteiligten Kollegen geregelt worden seien. Nach dem Bericht des Kassierers sah man zum Streiffonds beträgt die Einnahme im 2. Quartal 314,75 M., die

Ausgabe 334,08 M., der Bestand vom 1. Quartal 239,86 M., bleibt ein Bestand von 220,53 M. am 30. Oktober 1901. An Streiffonds-Einreichungen für andere Gewerkschaften sind 230 M. gezahlt worden. An Stelle von Jacob, bisher Mitglied der Lohnkommission und stellvertretender Kartelldelegierter, wurden Behr als Lohnkommissions-Mitglied und Winkler als 2. Delegierter zum Kartell gewählt. Der Antrag der Lohnkommission, den Vertrag zum Streiffonds vom 4. November ab auf 25 Pf. zu erniedrigen, wird einstimmig angenommen. Straffer teilte mit, daß der ehemalige Hilfskassierer Wieje einen Betrag von 22,50 M. schuldig und wird der Streiffonds gegen Wieje wegen von diesem in Umlauf gebrachter falscher Berichte zu stellen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung erledigte sich Straffer seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise, indem er in seinem Vortrage über Ziele und Zweckmäßigkeit unserer Organisationsform nachwies, daß nur die politisch-gewerkschaftliche Organisation im Stande ist, die Mitglieder zu wahren Klassenkämpfern zu erziehen. Ferner wurde lebhaft Klage geführt über die Einrichtung des paritätischen Arbeitsnachweises für das Tapezierergewerbe, was die anwesenden Verbandsmitglieder Pönide und Hedmann dahin erklärten, daß an einem neuen Unternehmen doch nicht alles gleich fehlerfrei sein könne und man doch auch die Wünsche der Unternehmer berücksichtigen müsse. Nachdem der Vorsitzende aufgefodert hatte, fest und treu zur Organisation zu halten, damit man im Frühjahr bei Ablauf des Vergleichsvertrages gerüstet dastehen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Centralverband der Fleischer etc. (Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend) hielt am Donnerstag, den 31. Oktober cr., seine quartalsmäßige Hauptversammlung ab. Nach einem Vortrage des Herrn Marx über „Natur, Kunst und Sittlichkeit“ wurden die jetzt geltenden Vorschriften für die privaten Stellenvermittlungen besprochen. Besonders hervorgehoben wurden vielfach Umgebungen der gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. die Verletzung von Vermittlungsgeschäften auf Straßen, der Central-Markthalle, dem Schlachthofe und in Restaurants, sowie die Stellenaussage des Sonntags nach 2 Uhr nachmittags, die Verdrängung der Gehilfen-Tarife, das Einbehalten von Legitimationspapieren und Gegenständen und dergleichen mehr. Man beschloß daher, der Behörde eine schärfere Kontrolle der Stellenvermittler nachzulegen, damit dem Gesetz mehr Geltung verschafft werde. Als Abwehr gegen die Ueberverteilung durch den privaten Stellenhändler empfahl man den Kollegen die Benutzung des gebührenfreien Arbeitsnachweises des Centralverbandes. Hierauf kam dann der Kassierbericht zum dritten Quartal zur Verlesung. Einnahme und Ausgabe balancieren mit 298,15 M. für die Centralkasse und 212,63 M. für die Lokalkasse. Der Kassierbericht betrug 62,30 M. Unter Berufungsmöglichkeiten kamen die Ursachen der gesteigerten Verzinsung der Gesellen-Organisationen und die Angriffe der Christlichen auf den Centralverband zur richtigen Würdigung und Beleuchtung. Die Quertreibereien des Bundes der Christlichen Fleischer-Gesellen wurden allgemein verurteilt. Außerdem kam noch zur Sprache, daß auf dem Bureau der Orts-Krankenkasse der Fleischer-Gesellenkrankenkassen Mitglieder, die wegen Ueberfüllung nicht in Krankenhäusern untergebracht werden konnten, der Rat gegeben worden sei, sich auf der Heberge einzulagern. Es sollen sogar schon derartig kranke Gesellen dort einquartiert sein. In dieser Sache wurde die Ortsverwaltung beauftragt, Remedur zu schaffen. Zum Schluß wurden noch einige Mißstände ähnlicher Art geheielt.

In der Generalversammlung der Ungebildeten teilte Brückner mit, daß die seit Anfang des Jahres beständig anhaltende Abnahme der Mitgliederzahl ihr Ende erreicht habe; es sei jetzt eine Zunahme um 114 Mitglieder zu konstatieren. Die Einnahme der Centralkasse im dritten Quartal belief sich auf 11 540,70 M., die Ausgabe auf 5735,35 M. Der nach Stuttgart zu entsendende Ueberfluß beträgt 5805,35 M. Unter den Ausgaben steht in erster Linie die Arbeitslosen-Unterstützung mit 3350,40 M., während dieselbe sich fürs gleiche Quartal vorigen Jahres auf 1132 M. bezifferte. Obgleich auch jetzt noch der Geschäftsabgang als unangenehm bezeichnet werden muß, ist doch eine Abnahme der sich arbeitslos meldenden Kollegen zu verzeichnen. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 4514,77 M., die Ausgabe betrug 1906,91 M., so daß hier ein Ueberfluß von 2607,86 M. vorhanden ist. Für die Vervollständigung der Bibliothek wurden 150 M. bewilligt. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine Mitgliederversammlung des Central-Verbandes der Maurer (Berlin II) tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die in diesem Jahre verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Plätzen. Nachdem der Schriftführer das Protokoll verlesen hatte, erstattete der Kassierer E. Lehmann den Kassierbericht vom III. Quartal, welcher eine Einnahme von 19 088,54 M. und eine Ausgabe von 12 540,82 M. zeigte; es bleibt demnach ein Bestand der Lokalkasse von 6547,72 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit dieser Abrechnung und dem Kassierer wurde hierauf Decharge erteilt. Es wurde ferner von der Versammlung verlangt, daß eine genaue spezialisierte Abrechnung von der Dampfparterie herausgegeben und den Bezirken zuzuschicken sei. Ein Antrag des Kollegen Lemm, den Vergütungsfonds der Lokalkasse zu überweisen, wurde angenommen. Aus der Abrechnung geht hervor, daß so wenig Protokolle vom Verbandstage verkauft sind, wovon A. Winkler sein Bewundern ausdrückt, da doch der Preis so gering ist und es jeder Kollege haben möchte zur besseren Agitation. B. Schulz weist noch auf die am 6. November stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen hin, bei denen jeder Kollege seine Pflicht ausüben und die Säumigen heranziehen müsse, damit der Sieg ein glorreicher wird. Nachdem noch verschiedene Redner Mißstände auf den Bauten kritisiert hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 30. Oktober eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den verstorbenen Kollegen W. H. Braun in üblicher Weise. Hierauf hielt Genosse Dr. Wolfheim einen Vortrag über „Luft und Leben“. Unter Verschiedenem wird folgende Erklärung bekannt gegeben:

Es waren vor einiger Zeit Gerüchte von Verbandskollegen verbreitet worden, welche den Vereinsvorsitzenden Julius Gebl dahin kompromittierten, daß derselbe sich mit dem Verbandsvorsitzenden der Zählstelle Berlin I — Karl Panzer — in Verbindung gesetzt hätte zwecks Ueberführung des Vereins in den Verband. Der Ausschuß des Vereins schloß sich verpflichtet, der Sache auf den Grund zu gehen und lud den Verbandsvorsitzenden zur Aufklärung ein. Diese hat stattgefunden. Der Verbandsvorsitzende Karl Panzer war erschienen und erklärte folgendes: „Es ist ihm nicht bewußt, daß Gebl sich schriftlich oder mündlich an ihn gewandt hätte zwecks Ueberführung des Vereins in den Verband. Er sprach ferner sein Bedauern darüber aus, daß Kollegen auf Bauten dergleichen Gerüchte verbreiten, die jeder Grundlage entbehren. Folgender Antrag wird beschloß: Kollegen, welche von einer Bauparterie der Bauarbeiter mit betroffen werden, werden vom dritten Tage ab mit 3 M. pro Tag unterstützt. Eine rückwirkende Kraft hat dieser Beschluß nicht.“

Die Korbmacher hielten am Montag ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, wobei sie einen Vortrag des Herr D. Wolke über „Luft und Leben“ entgegennahm. Des weiteren wurde dann über Werkstellen verhandelt, in welchen Lohnherabsetzungen stattgefunden hatten. Es wurde darauf hingewiesen, bei der jetzigen schlechten Konjunktur Vorsicht abzuwalten zu lassen, damit die Organisation keine Nachteile erntet. Die Kommission berichtete dann über die Agitation in Friedrichshagen.

Schmargendorf. Am Dienstag, den 20. Oktober, hielt der Wahlverein seine Generalversammlung ab. Der Kassierbericht wies eine Einnahme von 34,74 M. auf. Die örtlichen Ausgaben betragen 10,92 M., an den Central-Wahlverein wurden 23,16 M. abgeführt, so daß für das neue Quartal ein Bestand von 0,66 verbleibt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Gut hier ist erster, Schmidt zweiter Vorsitzender, Seeger Kassierer, Peters Schriftführer und Kirchner Beisitzer.

Wirkverder a. d. Nordbahn. Eine auch von Frauen gut besuchte Volksversammlung fand hier am 30. Oktober statt. Die Anwesenden lauschten den Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Genossen Stadthagen in seinem 1 1/4stündigen Vortrag mit gespanntester Aufmerksamkeit. Um 10 Uhr wollte der überwachende Beamte die Versammlung wegen eingetretener Polizeistunde auflösen, wurde aber vom Referenten über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen eines Besizers belehrt und gab dieser sich damit zufrieden. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende machte noch darauf aufmerksam, daß am 10. November der „Märkische Volkskalender“ verbreitet wird, und ersuchte die Anwesenden, dem Wahlverein von Wirkverder beizutreten. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 5. Heft des 10. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Bruno Schoenlant f. — Einladungen des Volkstrags. — Beiträge zur Geschichte der Volksschule. Von Heinrich Schulz. 1. Die Entstehung der Volksschule im Mittelalter. — Moderne Anschauungen und Socialismus. Von J. Karst. — Handhaltungs-Rechnungen der Arbeiter. Von Adolf Braun. — Notizen: Strömungen im deutschen Genossenschaftswesen. Die Forderungen seit Abschluß der Handelsverträge. Kapitalismus und Sozialismus. Des Königs Einzug. Eine wahre Begebenheit, beobachtet von Ferd. Frey.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben die Nr. 23 des 11. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Bruno Schoenlant f. — Für freies Vereins- und Versammlungsrecht. — Die schärfste Gewerbeaufsicht und die Arbeiterinnen. Von A. Br. — Aus der Bewegung. — Heftigkeit: Hartingens alte Berlin. Von A. Kagenbruber (Fortsetzung). — Notizen: Weibliche Fabrikinspektoren — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Socialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1901 unter Nr. 2978) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Von der „Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (Dresden, Verlag Rader u. Comp.), ist soeben die Nr. 19 des 1. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Zum Berliner Konflikt. Wohnungskontrolle in der Stadt Friedrich. Das Gemeindefortschritt in Berlin. — Zum Kommunalwahlverfahren in Götting. — Kommunales Wahlrecht in Hannover. — Wahlrecht-Reform in Dortmund. Beteiligung der Sozialdemokraten an den Gemeindefortschritten in Gelsenkirchen. — Arbeitslosenversicherung in Danzig. — Zum Bauarbeiterlohn in den Gemeinden. — Die Stadt Braunschweig als Arbeitsgebiet. — Bauarbeiterlohn in Braunschweig. — Arbeiterunzufriedenheit in Leipzig. — Bewegung für kommunale Arbeitsnachweise in der Schweiz. — Gemeindefortschritt gegen Arbeitslosigkeit in Belgien. Die Gemeinden und die Arbeitslosigkeit. Zur Wohnungsfrage in Berlin. — Wohnhäuser für häusliche Bedienstete in Kassel und Nürnberg. — Eine städtische Wohnungskommission in Wandsbek. — Wohnungspolitik in Stuttgart. Kommunalisierung der Apotheken. — Die Abwasserfrage. — Fernstudien auf Bauplätzen. Städtische Protokolle in Nürnberg. — Die Finanzen Münchens. — Erhöhung der Gemeindefortschritte in Hamburg. Abgabe von Schutzwerk an schulpflichtige Kinder in Hamburg. Der Jütower Stadtrat gegen die Arbeiter. Die Kosten des Erbschaftssteuer-Nachlasses.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 M. (eingetragen in der Postzeitungsliste für 1901 unter Nr. 4019, 4. Nachtrag).

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. J. J., Berlin, Verlag von Georg Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 3 des 5. Jahrganges unter anderem: Amtliche Nachrichten über die Arbeitslosigkeit in Deutschland. — Der Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinenindustrie. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Hütten (Steigerung des Roheisensportals. — Arbeiter-Unzufriedenheit und Lohnherabsetzungen); Textilgewerbe, Beyerung der Beschäftigungs-Verhältnisse in Hork, Mecklenburg; Meerane; Krimmitschau, Schleifen, Elsch, Baden); Holz- und Schnitzwerke (Umsatz); Handel (Entlohnungen von Bankbeamten). — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Statistik. — Literatur. — Hausholdungen. — Konsum: Lebensmittelpreise im Oktober. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Arbeitsnachweise, Herberge und Einigungsamt im mitteldeutschen Metallgewerbe. — Arbeitslosen-Fürsorge; Die Arbeitslosigkeit vor der bairischen Kammer. — Kommunale Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit. — Monatliche Arbeitslosen-Zählung in Leipzig und Umgebung.

Gewerbegerichts-Gesetz in der Fassung vom 29. September 1901. Textausgabe mit Anmerkungen und Register. Erläutert von Dr. E. Penzinger und Dr. J. B. Brenner. München, C. S. Verl.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 23. Nummer seines 18. Jahrganges erscheinen lassen. Das Titelbild behandelt den Berliner Mißhag. Auch die „Kreuztragung“ wird in einem Vorkbild behandelt und ein weiteres Bild bringt eine Siegesallee auf Vorrat.

Advertisement for Margaret Kettenbach, a bookbinder. Text includes: 'Nachruf. Am Sonntag früh 7 Uhr verschied im Alter von 34 Jahren unsere langjährige Kollegin Margaret Kettenbach. Die Verstorbene war uns stets eine liebevolle Mitarbeiterin, welche durch ihr einfaches, erheiterndes und freundliches Wesen jedermann mit Achtung erregte. Ihr edler Charakter soll uns allen ein Vorbild sein und wird sie uns stets in dauernder Erinnerung bleiben. Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 3 Uhr nach der Leichenhalle des alten Jakobikirchhofes am Hermannplatz statt. Das Personal der Buchdruckerei Max Bading.' Below this is a notice for the 'Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgegend' with a death notice for Richard Pfeifer: 'Richard Pfeifer. Ihre feinen Andenken! Die Beerdigung findet heute, den 5. November, nachmittags 3 Uhr, von der Charité aus nach dem Friedhof der Preussischen Gemeinde statt. Die Teilnahme erwünscht. Der Vorstand.' To the right is a notice for 'Deutscher Buchbinder-Verband, Zahlstelle Berlin' with a death notice for Margaret Kettenbach: 'Margarete Kettenbach. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Jakobikirchhofes am Hermannplatz statt. Um recht zahlreichere Beteiligung der Mitglieder ersucht die Kreisverwaltung.' Below that is a notice for 'Franz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2'.



# Künstl. Zähne

ohne Entfernung der Wurzel  
Schmerzloses Zahnziehen.  
Plomben sowie sämtliche  
Zahnoperationen schmerzlos.  
Teilszahlung per Woche 1 Mk.



Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung.  
Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

# Reinhold Werner

Schneidermeister 2617L  
jetzt nur: Gr. Frankfurterstr. 70, parterre u. I. Etage  
Elegante Anzüge und Paletots  
nach Mass von 30 M. an. — Telefon Amt VII No. 23.  
Elegante Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden verfertigt.

Uhrmacher,  
Franz Reinfeldt, Gr. Frankfurterstr. 105,  
empfehlen sein Lager in Uhren und Goldwaren.  
Reparaturen billig unter Garantie.

# Puppen-Fabrik

## Otto Kreyszig

Grösstes Special-Geschäft für Puppen.

### 14. Ziehung 4. Klasse 205. Rgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 4. November 1901, Mittags.  
Aus der Gewinne über 232 1/2 Mill. hat das betriebsfähige  
Klassen in Nummern beigefügt.  
(Oben Gewinne.)  
204 396 428 87 571 (10000) 604 (30000) 823 1104  
42 201 344 77 766 811 14 74 914 30 2182 276 303  
62 (3000) 78 689 86 884 3289 (3000) 346 (500) 439  
79 679 833 (1000) 933 4056 132 45 82 201 43 628  
989 5104 22 78 283 324 429 32 80 832 99 742 68 813  
86 (500) 6019 252 629 (1000) 77 763 804 975 5176  
232 448 49 654 720 948 8042 55 75 104 397 450 547  
63 685 762 9124 214 19 333 518 893 4 36 888  
10716 82 822 914 33 77 11000 317 (500) 240  
77 475 94 586 610 64 728 906 12808 140 332 480  
555 602 705 69 80 810 13092 187 430 32 60 544 (500)  
729 63 816 (1000) 46 73 945 14019 43 (3000) 96 349  
88 467 505 757 937 (3000) 77 15132 79 238 41 59  
78 95 407 717 832 71 916 (500) 16431 521 615 729  
45001 846 78 910 17329 919 18054 96 119 620 46  
634 87 748 970 19350 783 62 84 (500) 95 911  
20204 228 285 593 650 791 888 21038 292 318  
79 628 69 22600 228 391 71 (500) 636 78 700 48 926  
23139 214 20 410 734 838 49 (500) 50 967 24794  
105 41 81 203 18 32 35 508 30 45 731 933 25017  
251 62 439 99 676 26012 20 158 251 388 453 623 59  
789 97 (10000) 27027 64 267 (5000) 379 572 77  
711 850 802 86 28034 67 307 75 80 643 704 34 (500)  
873 (500) 904 29199 338 (3000) 64 446 636 732 890 965  
30201 385 682 728 857 21190 265 429 69 696  
604 9 44 (1000) 735 44 49 59 79 328 347 (1000)  
32039 69 170 400 524 88 788 833 33239 330 54 536  
681 70 736 906 34005 254 87 930 842 914 37 54627  
34522 620 49 730 (1000) 83 83 974 37525 96 620  
36072 746 865 (500) 38010 149 244 316 (3000) 41  
534 (500) 87 680 882 83 39003 68 101 73 353 99 418  
885 745 837 75 839 97  
40070 87 162 81 308 545 93 41000 120 293 70  
(1000) 90 645 690 746 56 968 42045 341 63 80 641  
837 978 43011 510 51 668 (3000) 834 69 809 17  
44270 323 34 35 72 407 559 67 (1000) 774 888 928  
78 45226 32 300 429 518 640 816 88 909 56 46127  
281 504 671 908 (1000) 9 86 47059 280 483 646 62  
748 83 819 99 981 48076 264 494 514 20 96 (3000)  
860 839 49071 199 358 (500) 93 430 (500) 760 830  
50090 72 99 304 64 (1000) 394 429 54 501 24  
638 812 44 958 56 95 5139 285 986 48 750 949  
52145 93 333 73 331 41 200 000 71 (3000) 939  
60 12 53109 52 85 303 414 798 885 54002 244  
79 475 84 625 758 911 55684 138 32 223 58 409 19  
646 810 40 932 56001 190 334 60 430 560 804 84 814  
685 989 (500) 57032 34 (1000) 258 (5000) 529 885 893  
14 (3000) 47 77 58018 (1000) 138 248 307 402 540  
753 915 96 59030 192 315 83 734 90 99 836 902 74  
60015 30 147 341 653 (1000) 61384 426 57 531  
617 39 746 (500) 91 847 73 904 9 77 62081 115 63  
454 919 45 63236 901 27 71 91 889 720 30 827 57 964  
64401 202 424 41 83 597 765 93 827 75 65066 282  
320 61 (500) 82 446 87 527 68 614 (1000) 16 743 (500)  
57 802 35 78 977 86 66047 48 (1000) 191 374 91  
997 67106 508 25 698 88 835 927 68438 678 839  
69094 17 66 163 307 9 473 612 727 35 934  
70107 97 217 80 302 417 57 598 (500) 612 927  
71291 363 441 63 620 22 779 823 922 97 72011 318  
557 82 907 (1000) 728 73209 62 378 473 83 839  
663 74134 244 53 437 618 774 885 75021 70 225 42  
64 322 428 808 (1000) 27 72008 227 64 75 315 41 811  
55 765 911 77010 214 28 72 414 545 601 784 (500) 95  
914 78308 594 449 62 596 602 3 23 59 713 42 83 (500)  
806 28 (3000) 53 70004 20 48 (1000) 91 (500) 250  
86 98 329 84 389 959  
80099 39 69 304 70 427 (500) 55 583 531 787 845 906  
81241 59 543 735 50 849 82072 224 57 621 (500) 740  
61 89 943 78 83074 119 300 460 566 739 50 84030 37  
460 94 837 71 608 790 897 817 85222 130000 40 623  
761 94 924 74 86028 85 223 88 428 87123 30 87 417  
44 (500) 76 610 710 990 78 88076 281 304 20 429 45  
710 70 530 933 89 89021 28 42 (500) 128 401 563 71 913  
19 29  
90103 302 899 87 932 91001 24 64 208 390 87 77  
50 411 91 501 (3000) 35 613 82 92055 95 254 319 692  
923 47 93078 183 206 76 429 39 87 94274 338 445  
629 795 841 84 828 (500) 95071 118 375 85 468 630 41  
718 33 65 92556 346 330 572 87 994 97060 490 539  
720 70 858 (1000) 98128 34 296 498 678 789 833 89412  
38 597 672 801 91 978 79 92  
100029 371 408 25 600 993 101221 82 387 96  
(500) 456 535 691 899 102346 107 877 906 94 103051  
304 67 71 298 356 424 40 90 545 630 707 (500) 11 75  
817 66 989 104141 201 358 472 (500) 616 762 947  
1035147 57 219 48 453 675 106161 289 540 613 776  
957 72 107057 (500) 97 108 33 45 344 51 430 469 826  
90 972 108103 224 337 77 444 591 634 830 109900  
168 280 494 798 985  
110370 485 86 792 988 72 111169 72 201 358 450  
735 81 (1000) 847 922 112042 58 87 93 225 86 240 85  
740 837 79 631 (500) 113045 63 105 (500) 225 26 300  
60 628 877 114000 55 123 40 421 837 982 96 115063  
180 442 513 15 (500) 895 897 116154 (500) 228 28 342

### 14. Ziehung 4. Klasse 205. Rgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 4. November 1901, Mittags.  
Aus der Gewinne über 232 1/2 Mill. hat das betriebsfähige  
Klassen in Nummern beigefügt.  
(Oben Gewinne.)  
392 426 34 604 (500) 785 946 1171 215 28 354 57  
417 905 627 898 (1000) 2012 48 251 551 84 832 99 (500)  
3141 90 80 399 499 563 63 77 85 716 4314 624 635 717  
5490 156 75 452 791 86 825 916 29 (1000) 7286 412  
6134 323 69 452 791 86 825 916 29 (1000) 7286 412  
323 6073 74 334 72 426 540 891 (3000)  
10203 18 28 148 99 758 92 11007 17 44 67 182 251  
417 700 808 19 975 12166 245 474 924 723 962 98  
12827 489 525 62 721 24 808 38 939 79 93 14105 210  
346 (3000) 474 84 600 736 852 981 (1000) 96 97 15291  
329 53 573 654 702 90 820 97 16088 229 282 88 371  
651 56 96 717 828 927 17026 325 46 67 635 44 81 789  
91 862 935 97 18046 73 75 206 492 508 55 646 999  
19698 155 276 363 463 (500) 78 505 6 13 37 (3000) 46 59  
607 706 29 955  
20041 399 583 619 93 901 81 21028 133 256 82 89  
304 635 83 920 22257 (500) 81 392 679 23161 254  
353 457 79 724 28 57 985 24016 56 119 77 220 351 01  
401 50 647 56 732 890 946 25011 29 35 54 901 33  
26058 94 303 430 504 11 943 27047 63 153 292 376  
(500) 564 622 27 708 85 840 (500) 87 (1000) 901 51  
28149 293 480 589 99 680 722 922 29286 304 43 54  
431 97 505 640 81 863  
30207 61 363 422 48 564 65 77 614 726 920 88  
31022 39 58 300 74 94 409 90 657 704 38 57 964 (500)  
32016 179 253 62 548 63 76 (3000) 702 27 962 33126  
311 62 84 590 747 61 607 34029 257 149 94 586 90 776  
890 2 948 58 35425 26 38 637 965 115 858 36014 597  
626 700 24 37092 230 356 442 729 (500) 877 39863  
198 265 60 61 661 721 39088 233 88 94 389 436 506 20  
709 21 36 68 873  
40344 452 696 751 57 869 41006 39 116 323 638  
10000 810 42062 161 75 208 313 567 97 614 79 766  
820 74 80 932 43273 416 (500) 79 580 619 755 808 918  
44024 128 68 (1000) 361 (500) 419 84 724 35 (500)  
45075 77 171 251 994 46130 213 319 58 475 545 69  
861 (500) 75 813 51 81 47070 490 796 900 28 89 48012  
90 102 66 270 873 487 819 75 49230 402 61 67 537 87 924  
50154 402 546 772 96 819 70 51039 65 73 (500)  
30 130 242 63 87 786 52071 124 35 242 402 97 543 918  
55 53177 95 255 81 934 (1000) 428 37 44 67 91 682 86  
860 64 88 55162 205 49 401 670 710 95 899 55107 36  
211 71 79 465 24 (500) 634 44 717 82 326 907 58  
56031 81 52 215 97 95 514 620 42 51 (500) 898 57015  
70 89 335 458 99 583 861 986 58200 29 41 301 908  
59183 308 21 49 532 701  
60066 96 451 681 708 61084 124 71 249 55 377 85  
(500) 449 537 608 93 947 62043 306 7 27 488 621 29  
62073 157 60 62 93 355 (1000) 487 557 59 726 816  
94171 75 (3000) 295 381 480 649 89 865 95 928 65081  
181 (500) 749 62 477 833 797 801 895 66134 90 211  
843 (500) 760 77 983 67033 592 94 624 741 68185 250  
97 592 671 87 91 926 69012 84 296 347 81 849 85 910  
70045 183 313 307 28 64 462 551 00 732 820 26 994  
71023 262 308 202 836 72588 73008 66 102 366 466  
89064 502 689 718 856 990 74657 75 76 247 334 537  
75162 399 492 842 7147 541 96 679 788 99 77300  
419 76 569 610 855 89 922 66 78474 904 79923 (500)  
328 63 318 26 30 579 618 30 746 83 898  
80006 88 (500) 123 96 204 19 (500) 626 943 81015  
73 117 304 76 439 602 715 47 877 864 94 82132 (500)  
89 70 79 915 22 83051 194 246 518 904 (1000) 757  
70 84403 191 360 470 697 792 983 (500) 98 (500)  
85027 72 324 (500) 408 610 62 713 78 86037 47 189  
242 303 679 89 847 87245 468 730 (3000) 85 (3000)  
88177 423 74 82 777 821 929 89100 287 333 38 466  
(3000) 89 531 642 89 925  
90092 358 (1000) 417 573 747 67 875 (1000) 975  
(500) 91002 39 105 223 327 431 65 823 43 98 637 (500)  
95 730 78 90 92166 226 386 92 443 48 515 623 72 710  
27 38 901 93110 228 312 467 516 79 679 747 (500) 875  
94406 201 22 739 820 81 945 95360 413 507 59 630 761  
77 866 96022 184 707 310 76 97344 487 792 841  
98342 426 820 57 59 74 020 99022 132 79 225 366 465  
744 363 74  
100004 289 818 920 101202 661 842 54 102029  
99 114 77 82 221 75 373 447 561 725 90 879 966  
103147 220 72 389 92 407 25 67 605 772 889 906 63  
104012 63 154 280 90 301 39 471 94 537 32 56 886 915  
105029 143 (5000) 229 27 36 311 22 413 60 89 872  
106025 51 135 74 345 31 77 606 916 88 107228 61 302  
109 519 94 99 108038 170 210 39 696 (1000) 853  
904 72 109057 (500) 79 499 685 890 86 915 (5000) 83 67  
110038 236 82 392 410 48 (500) 522 764 82 896  
913 111095 136 65 222 30 78 79 389 (5000) 456 76  
655 800 78 (3000) 908 74 (500) 112012 160 302 32 39  
647 113447 49 512 82 783 29 821 41 114037  
76 160 230 70 388 441 66 744 801 35 115071 108 21  
289 533 610 27 711 922 35 116999 135 99 416 93 627  
71 620 52 731 46 819 918 89 117002 19 59 121 315 40

### 14. Ziehung 4. Klasse 205. Rgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 4. November 1901, Mittags.  
Aus der Gewinne über 232 1/2 Mill. hat das betriebsfähige  
Klassen in Nummern beigefügt.  
(Oben Gewinne.)  
50 419 32 678 98 901 118187 216 (3000) 573 74 638 709  
870 955 (3000) 119246 63 91 96 643 712 77  
120013 32 118 309 58 73 432 638 43 (1000) 121102  
83 420 96 122038 49 410 505 77 610 961 128355 362  
212 305 25 567 615 774 89 608 30 124021 183 286 322  
(3000) 849 67 853 125002 (1000) 18 110 386 570 734  
814 60 944 126011 71 291 95 443 (500) 572 77 (3000)  
730 31 (500) 874 (500) 979 127132 260 84 302 403 36  
663 74 126130 359 704 16 25 32 73 (1000) 129026  
89 400 4 31 514 56 644 99 713 20 (500) 82 86 97 894  
130014 146 233 491 528 72 686 131238 98 69 97  
305 54 77 486 (1000) 97 521 957 132038 (1000) 44 245  
335 42 401 13 32 644 906 133002 97 138 (3000) 63  
75 309 16 413 53 44 681 738 832 134037 148 253 318  
483 605 744 (3000) 960 81 135169 279 327 98 806 78  
95 930 136128 526 609 21 78 137015 (500) 182 346  
400 28 694 745 882 915 131818 327 550 705 961  
139141 97 810 633 732 (3000) 60 73 803  
140038 140 237 308 440 54 737 74 813 (500) 95  
028 141124 28 62 217 21 47 78 555 644 728 54 142090  
(500) 98 246 408 584 91 (3000) 94 973 143636 86 298  
632 862 94 946 144563 633 798 874 145011 142  
283 654 75 708 53 806 (500) 80 (500) 911 (500) 146080  
736 438 46 48 304 (500) 66 634 90 755 147057 92 128  
267 419 48 (500) 579 647 69 631 148031 305 26 401  
401 512 921 34 88 149039 156 304 488 822 602 62 594  
70 938  
150098 113 531 85 91 827 70 86 986 151077 (500)  
199 314 432 698 800 906 53 152031 70 88 231 417  
556 664 818 63 92 (500) 155257 84 303 90 426 519  
44 87 979 144002 133 41 493 390 612 155114 91  
253 552 94 672 988 156110 309 10 517 70 91 701 78  
(500) 563 15736 105 95 230 415 35 (500) 51 529  
636 71 846 97 969 (1000) 23 27 158317 (500) 843 562  
760 899 965 159129 201 69 303 446 538 75 635 717  
61 (3000)  
160173 221 618 94 55 (3000) 161129 255 519  
602 162518 701 163011 (5000) 198 296 863 733  
800 164102 91 291 437 563 615 81 812 (500) 14 35  
911 165253 95 349 565 671 969 166005 51 56 83  
147 293 477 537 696 742 94 (500) 880 91 96 167110  
73 251 422 (500) 29 49 675 605 727 48 930 168000  
19 132 329 400 16 96 511 (500) 825 50 709 807 97 927  
169413 14 (1000) 529 74 685 731 972  
170248 311 554 86 620 816 44 992 171176 309  
414 (1000) 20 62 172038 176 230 337 454 704 868 89  
172005 50 139 224 33 502 636 46 826 95 984 174229  
77 303 73 551 (5000) 637 769 80 175077 107 (3000)  
534 (1000) 611 176003 592 73 (1000) 606 710 22 28  
854 95 968 (1000) 177109 207 426 521 73 607 57 69  
711 178055 156 (500) 229 (3000) 449 515 24 708 97  
838 77 940 179882  
180501 22 612 (3000) 61 88 881 984 (3000) 181193  
96 404 (500) 968 671 (1000) 96 842 68 71 182039 318  
475 7